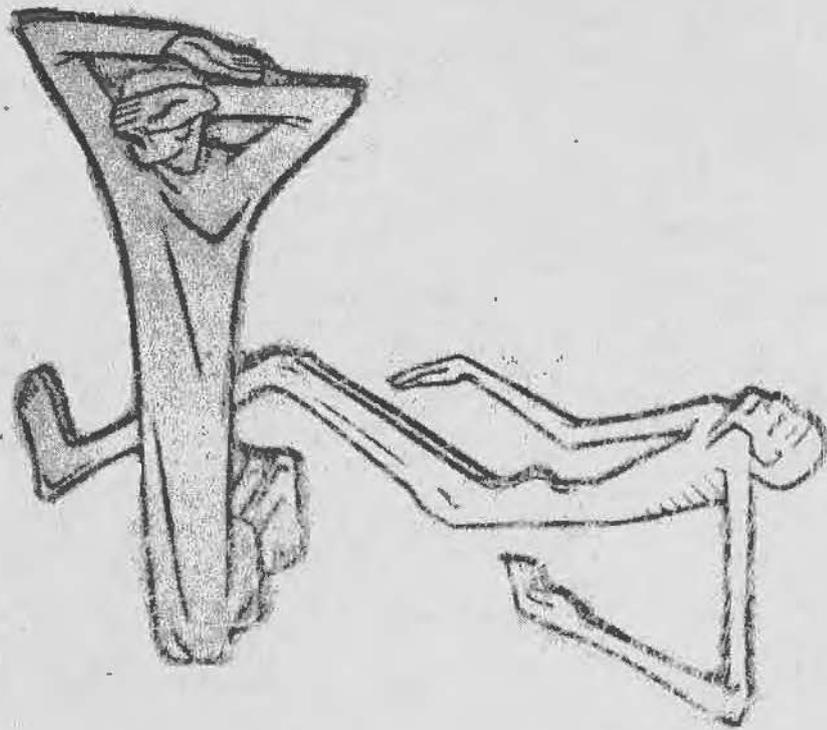


Eine Dokumentensammlung

Die Geschehnisse am Wenzelnberg



Zusammengestellt von Annelies Rejek

Herausgegeben vom Stadtarchiv Langenfeld Rhld
2000

Inhalt

1. - Vorwort
2. - Chronik zum Geschehen am Wenzelnberg
3. - Chronik zum Kriegsende
4. - Telegramm vom 24.01.1945 des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA)
5. - Tagesbefehl von Generalfeldmarschall Model vom 07.04.1945
6. - 1. Bericht von Dr. Engelhardt (1945)
7. - 2. Bericht von Dr. Engelhardt (1947)
8. - Namensliste der am Wenzelnberg Ermordeten
9. - 3 Augenzeugenberichte
10. - Bericht über die Exhumierung der Opfer in der Wenzelnbergschlucht
(aus "History of the 94 th Infantry Division", S. 473)
11. - Jahre in Lüttringhausen; Endstation Wenzelnberg
Berichte von antifaschistischen Widerstandskämpfern
12. - 4 Fotos
13. - Zeitungsausschnitt Rheinische Post vom 20.01.1965
14. - Zeitungsausschnitt Neue Rhein Zeitung vom 26.01.1965
15. - Schrift zur Gedenkfeier 1986
16. - Auszug: "Aus den letzten Kriegswochen 1945"
Niederbergische Beiträge, Band 33; S 313- 324; Hrsg.: H. Strangmeier

17. - Auszug: "Se krieje us nit kaputt"; Gesichter des Wuppertaler Widerstands;
Dr. Dirk Krüger; S. 117- 139; Hrsg.: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand
18. - Auszug: "Widerstand in Solingen"
Inge Sbosny, Karl Schabrod; S. 119- 120
19. - Auszug: "Aus den letzten Kriegswochen 1945"
Niederbergische Beiträge, Band 33; S. 307- 312; Hrsg.: H.Strangmeier
20. - 3 Karten: Vormarschrichtung der alliierten Truppen
21. - Mitteilung des Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B über Todesurteile
22. - Räumungsbefehl von Gauleiter Florian
23. - "Durchhalteparolen"
24. - Sprengungsbefehl
25. - Urkunde zur bedingungslosen Kapitulation
26. - Artikel Christoph Schotten, Rheinische Post vom 07.05.1985
27. - Artikel Lutz Pinkert, Anno 1/95

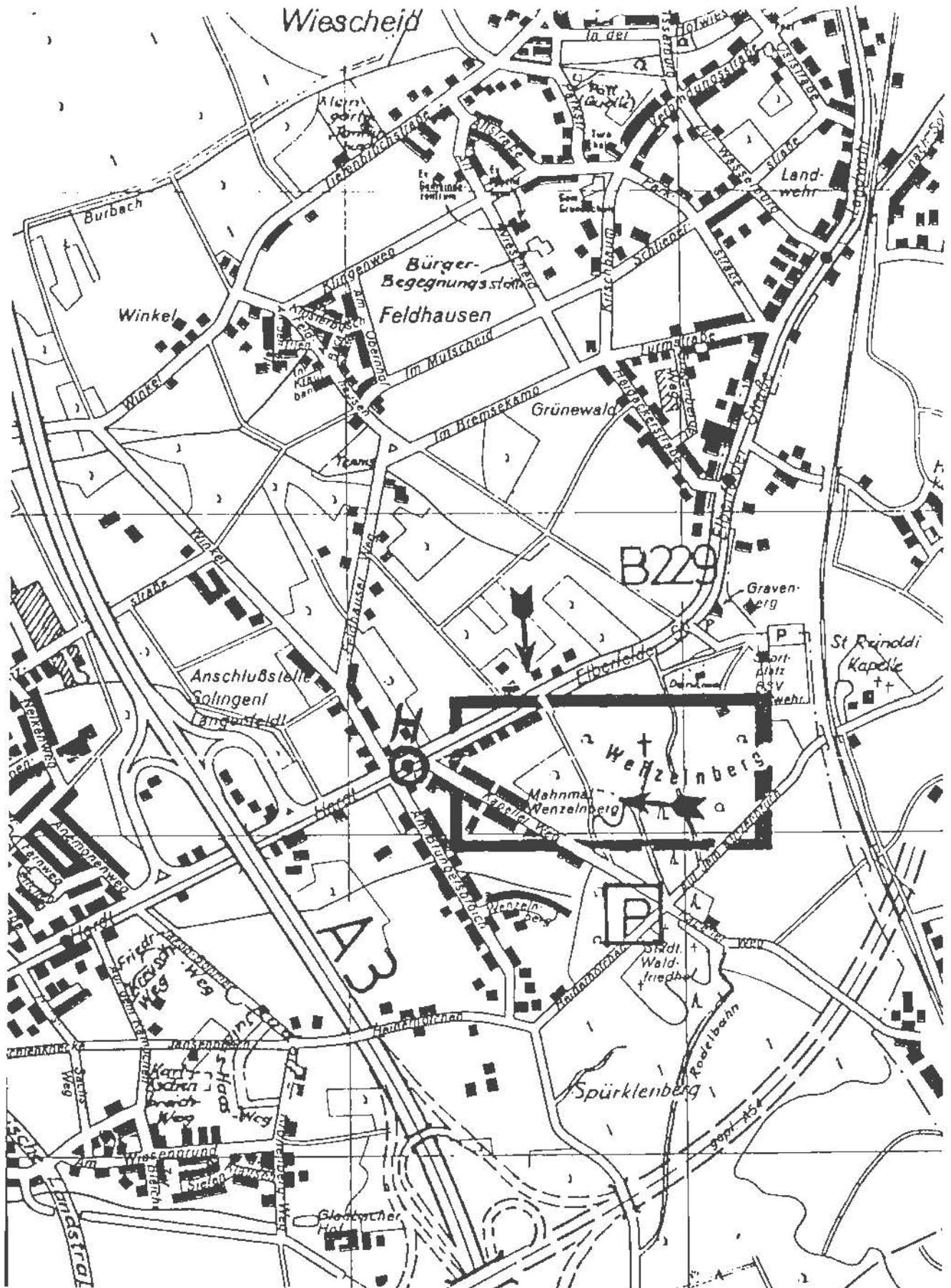


Abb. 17: Das Mahnmal liegt in einer Schlucht am Fuße des Wenzelnbergs in Langenfeld; man erreicht die Gedenkstätte zu Fuß auf einem Waldweg von der Elberfelder Straße (B 229) aus oder vom Parkplatz des Städt. Waldfriedhofs am Kapeller Weg

Ute Schulz

Melewen nit mieh

Melewen nit mieh Mord on Dut.

Melewen nit mieh Leïd on Nut.

Melewen nit mieh strieden, fennen.

Melewen nit mieh angern schennen —

Melewen nit mieh Kfiëg!

Vorwort

Beim Zusammenstellen der Informationen zum Geschehen am Wenzelnberg habe ich Dokumente, Zeitberichte, Zeitungsausschnitte und auch Ansprachen gelesen, die von Persönlichkeiten des öffentlichen und kirchlichen Lebens anlässlich der Feierstunden am Wenzelnberg gehalten wurden. Alle diese Zeugnisse enthalten eindringliche Bitten, ja sogar Forderungen, dafür zu sorgen, daß die Opfer und der politische Hintergrund der Tat, vor allem bei der Jugend nicht vergessen werden. Diese Hinweise richten sich an die Großeltern, Eltern, Lehrer, Verantwortliche in Kirche, Vereinen und Jugendorganisationen, alle Möglichkeiten in diesem Sinne zu nutzen.

Die vorliegende Sammlung der Dokumente und Informationen soll vor allem Lehrern und allen Interessierten helfen, zu informieren. Hier begegnen uns in unserer Langenfelder Ortsgeschichte der Nationalsozialismus und seine Folgen, aber auch der Widerstand gegen den Faschismus. Diese Tatsache sollten alle nutzen, die die Gelegenheit haben, Schüler und junge Leute über Geschehenes zu unterrichten.

Vielleicht motiviert diese Zusammenstellung, Schüler oder andere Gruppen, fortführend am Wenzelnberggeschehen zu forschen und zu arbeiten. Dabei ist das Stadtarchiv Langenfeld gern behilflich.

Es ist geplant, diese Mappe um die Geschichte des Mahnmals und der Gedenkfeiern zu vervollständigen und durch Fortsetzungsblätter zu ergänzen.

Bei den hier vorliegenden Abschriften wurden offensichtliche Tippfehler nicht übernommen.

Nicht zuletzt möchte ich Frau Schröter und Frau Martin vom Stadtarchiv Solingen und Herrn Wohler vom Archiv des Vereins der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) ganz herzlich danken, sie haben meine Arbeit mit Interesse und großem Zeitaufwand unterstützt. Ohne ihre Hilfe hätte diese Informationsmappe nicht entstehen können.

- 12. April 1945** 16⁰⁰ Uhr, Lastkraftwagen mit starkem Polizeiaufgebot holen die Gefangenen laut aufgestellter Liste ab:
- 55 Gefangene aus der Haftanstalt Remscheid-Lüttringhausen, die sofort verfügbar sind,
 - 5 Gefangene aus der Haftanstalt Remscheid-Lüttringhausen werden in das Polizeipräsidium Wuppertal nachgeschickt (ein zum Abholen vorgesehener sechster Gefangener konnte in einem unbeachteten Augenblick in eine Spülzelle entkommen),
 - 4 Gefangene aus dem Gefängnis Wuppertal-Ronsdorf,
 - 4 Gefangene aus dem Untersuchungsgefängnis Wuppertal-Bendahl,
 - 3 Gefangene, für die Namen und Herkunft nicht zu ermitteln sind.
- 13. April 1945** 71 Gefangene werden von Wuppertaler und Solinger Gestapo-Beamten erschossen. Sie sterben zu zweit aneinandergefesselt durch Genickschuss.
- 17. April 1945** Ein ehemaliger Angehöriger des Staatshilfsdienstes meldet die Erschießung der 71 Gefangenen dem amerikanischen Kampfkommandanten.
- An angegebener Stelle wird das noch frische Massengrab entdeckt.
- 27. April 1945** Ein amerikanischer Sergeant und Mitglieder der Solinger Antifa-Gruppe erhalten die Aufgabe, den Mordfall am Wenzelnberg aufzuklären. Vorbereitung zur Exhumierung der Toten beginnt. Eine Liste mit Namen belasteter Nationalsozialisten wird aufgestellt.

- 30. April 1945** Prominente Mitglieder der Solinger NSDAP graben die 71 Leichen der Gefangenen aus.
- 1. Mai 1945** Die 71 Opfer werden auf Anordnung der Amerikaner vor dem Rathaus in Solingen-Ohligs feierlich beigesetzt.
- 19. Januar 1965** Die sterblichen Überreste der am 13. April 1945 am Wenzelnberg erschossenen Häftlinge werden exhumiert.
- 23. Januar 1965** In 12 Särgen werden die 71 Opfer zum Wenzelnberg überführt und umgebettet.

Chronik zum Kriegsende

- Feb./März 1945** Die "Westfront" wird durch anglo-amerikanische Truppen durchbrochen, von Pionieren neu eingerichtete Rheinfähren unterstützen den Rückzug deutscher Truppen auf die rechte Rheinseite (Monheimer Fähre!).
- 4./5. März 1945** Amerikanische Truppen besetzen das linke Rheinufer zwischen Köln und Düsseldorf.
- 7. März 1945** Amerikanische Truppen überschreiten den Rhein bei Remagen.
- 22./23. März 1945** Amerikanische Truppen nehmen den Vormarsch nach Osten, bzw. Südosten nach zweiwöchigem Stillstand wieder auf, vereinigen sich bei Lippstadt mit anglo-kanadischen Truppen. Britische Truppen rücken bei Wesel vor mit dem Ziel der Eroberung des Ruhrgebietes und Schließung des sog. Ruhrkessels.
- 29. März 1945** Gauleiter Florian erteilt den Räumungsbefehl an die Zivilbevölkerung.
- 1. April 1945** Ostersonntag; Der sog. "Ruhrkessel" wird geschlossen und zur Festung erklärt. Die Heeresgruppe B ist damit eingeschlossen. Befehle zur Sprengung wichtiger Objekte ergehen.
- Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, Generalfeldmarschall Model, gibt "Durchhalteparolen" an "seine Soldaten" aus.
- 1.-7. April 1945** Amerikanische Truppen nehmen von Süden her den Raum Köln/Düsseldorf und das Bergische Land ein. Die "Front" ist weniger als 50 km von Langenfeld entfernt.
- 8. April 1945** Befehl zur Verteidigung des Raumes Opladen/Langenfeld/Monheim an Generalmajor Weber, Kommandierender der "363. Volksgrenadier-Division". Diese Division besteht aus älteren "Volkssturmmännern" und zu Soldaten gemachten Jugendlichen, aus Überresten einer Artillerie-Abteilung, einigen Pionieren und Panzerjägern.

- 10./13. April 1945** Eine Abordnung Solinger Bürger trifft in Landwehr ein und kann General Weber überzeugen, Brücken nicht zu sprengen, die nur der Verbindung zweier Städte dienen und nicht von militärischem Nutzen sind.
- 11. April 1945** General Weber erhält den Befehl zum Aufbau einer Flankenschutzstellung entlang der Wupper, Schwerpunkt zwischen Rhein und Opladen. Flakbatterien in Wiescheid und Immigrath (Flachenhof) werden aufgestellt und Sprengladungen an Autobahnbrücken im hiesigen Raum und an der Müngstener Brücke angebracht.
- 14. April 1945** Die "Front" verläuft an diesem Tag im Köln/Leverkusener Raum.
- 15. April 1945** Am Flachenhof wird eine "Flakbatterie in Stellung" gebracht, darauf setzt starkes Artilleriefeuer der Amerikaner ein.
- 16. April 1945** Amerikanische Truppen besetzen Langenfeld, Generalfeldmarschall Model löst seinen Stab auf und begibt sich nach Düsseldorf. Am 21.4.1945 endet Model durch Selbstmord (Wedauer Park/Duisburg).
- 25. April 1945** Bei Torgau an der Elbe treffen amerikanische Truppen und die Truppen der Roten Armee zusammen.
- 8. Mai 1945** In Berlin wird die Urkunde zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht unterzeichnet.

Geheime Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Tag 24 Monat Jan Jahr 1945 Zahl 2237 <i>16583</i>	Name für Eingangsprotokoll <i>M...</i> <i>...</i> <i>...</i>	Datum Monat Jan Jahr 1945 Zahl 22 <i>15/45 p23</i>
<i>plän</i>	Geheime Staatspolizei Düsseldorf 23 JAN 1945	Vermerk <i>...</i>
Telegramm - Funkpruch - Fernschreiben - Fernspruch		

INSP. DUESSELDORF NR. 7900 24.1.45 22.05 - GQE -
 AN DIE LEITER DER STAATSPOLIZEI (LEIT) STELLEN DUESSELDORF
 MUESTER, DORTMUND UND KOELN
 G E I M E R E I C H S S A C H E - P R S O N E L I C H
 DIE GEGENWERTIGE GESAMTLAGE WIRD ELEMENTE UNTER DEN
 AUSLAENDISCHEN ARBEITERN UND AUCH EHEMALIGE DEUTSCHE
 KOMMUNISTEN VERANLASSEN, SICH UMSTUERZLERISCH ZU BETAETIGEN
 GROESSTE AUFMERKSAMKEIT IST DAHER GEBOTEN, DASS DER
 FEIND VORBEREITUNGEN GETROFFEN HAT, GEHT AUS EINER MELDUNG
 DES O. B. - WEST HERVOR. ES IST IN ALLEN SICH ZEIGENDEN
 FAELLEN SOFORT UND BRUTAL ZUZUSCHLAGEN. DIE BETREFFENDEN
 SIND ZU VERNICHTEN OHNE IM FORMELLEN WEG VORHER BEIM
 RSHA SONDERBEHANDLUNG ZUBEANTRAGEN. DIE LEITER DER
 KRIMINALPOLIZEISTELLEN SIND PERSOENLICH VON IHREN ENTSPRECHEND
 ZU INFORMIEREN.

Mehr

Reglaubigte Abschrift

Oberkommando der H.Gr.B.

H.Qu., 7.4.1945

Der Oberbefehlshaber

III Aa. 14

Auf Grund der mir vom Führer übertragenen Vollmachten ordne ich an, dass die Zuchthausgefangenen, die in den innerhalb des vom Feind eingeschlossenen Gebiete befindlichen Strafanstalten einsitzen, den Organen der Sicherheitspolizei zur sicherheitspolizeilichen Überprüfung zu übergeben sind.

Dasselbe gilt für die in den Strafanstalten einsitzenden Untersuchungshäftlinge, soweit sie wegen politischer Vergehen oder Verbrechen in Haft sind oder Zuchthaus- oder Todesstrafe zu erwarten ist.

Die nähere Regelung trifft der Hh.SS- und Polizei-Führer.

gez. Model

Generalfeldmarschall

P.d.R. d.A.

gez. Schneider

L.S. Heeresjustizantmann

Mit der Bitte um Weiterleitung an den
Herrn Generalstaatsanwalt in Düsseldorf

Für richtige Abschrift.

gez. Unterschrift

L.S.

Verwaltungs-Obersekretär.

Reglaubigt:

gez. Unterschrift

Verwaltungsoberinspektor

A B S C H R I F T

Die Abholung von 60 deutschen Strafgefangenen
 aus dem Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen am 12. April 1945
 durch die Gestapo Wuppertal "zur Überprüfung"
 auf Befehl des Generalfeldmarschalls MODEL

 Bericht des Anstaltsleiters
 Regierungsrat Dr. Engelhardt

Am 10.4.1945 gegen Mittag meldete sich am Fernsprecher der Kriminalassistent DAHLMANN der Gestapo Wuppertal und fragte mich, ob er mich nachmittags in einer Sonderangelegenheit sprechen könne. Vereinbarungsgemäß erschien nach 15 Uhr unter Führung des genannten Beamten eine Abordnung von 4 Personen - (die Namen habe ich nicht behalten, eins der Mitglieder war ein uniformierter SS-Mann) - mit dem schriftlichen Antrag des Höheren Polizeiführers West, die Insassen des Zuchthaus darauf zu prüfen, wie weit aus Sicherheitsgründen ihre Herausgabe an die Sicherheitspolizei erforderlich sei. Unter Bezugnahme auf eine unter dem 7.4.1945 erlassene Anordnung des Obersten Militärbefehlshabers in dem von den alliierten Streitkräften eingeschlossenen Ruhrkessel wurde in der Anweisung mitgeteilt, daß dem Vernehmen nach etwa 500 "gefährliche politische und kriminelle Verbrecher" in der Strafanstalt Lüttringhausen noch in Gewahrsam seien. Gemeint waren damit alle im Zuchthaus einsitzenden Gefangenen. Tatsächlich betrug die Belegungsziffer damals mehr als 900. Das schien jedoch nicht bekannt zu sein. DAHLMANN erkundigte sich jedenfalls nicht näher nach der Zahl der Insassen, sondern begnügte sich mit der Feststellung, daß 500 Gefangene zu überprüfen seien, deren Personalakten oder Karteikarten man einsehen müsse. Da der Befehl MODEL's vom 7.4.1945, der über die Justizaufsichtsbehörde mir zur Kenntnis gebracht werden sollte, bis dahin nicht eingegangen war (er kam einen Tag danach mit der gewöhnlichen Post), erklärte ich dem Vertreter der Gestapo, daß ich ohne Vorlage dieses Ausweises - und zwar in beglaubigter Anfertigung - Gefangene nicht herausgeben würde. Das sah er ein und bat lediglich darum, in die Anstaltsakten vorbereitend informativische Einblicke nehmen zu dürfen. Dies zu verwehren, erschien mir weder recht, noch zweckmäßig. Ich schlug aber der Abordnung vor, mir die Durchsicht der Akten zu überlassen; ich sei auch bereit, in die aufzustellenden Listen genaue Bemerkungen über die einzelnen Gefangenen aufzunehmen, damit man sich ein zutreffendes Bild ihres wesenhaften Charakters zu machen vermöge. DAHLMANN ging auf dieses Anerbieten ein und überließ mir die Arbeit in der Erkenntnis, daß ich besser in der Lage sei, die Gefangenen zu beurteilen.

Während er und seine Begleiter sich dann mit Oberinspektor SCHARF, meinem ersten Mitarbeiter, unterhielten, fertigte ich -zwischen durch unter verständnisvollster Mithilfe des Oberinspektors - die Aufstellung der für eine Überprüfung in Betracht kommenden Insassen. Dabei ist anzumerken, daß DAHLMANN sich mit seinen Dienstgenossen zunächst wieder nach Wuppertal begeben hatte, wohin ich bis zum nächsten Morgen die Aufstellung durch Kurier senden wollte. Dort angekommen erhielt er von Kriminalrat HUFENSTUHL jedoch die Weisung, sofort nach Lüttringhausen zurückzukehren, um die Aktenmusterung selbst durchzuführen. HUFENSTUHL benachrichtigte mich auch persönlich fernmündlich davon, daß DAHLMANN zurückkomme, damit er das Nötige veranlasse. Erforderlich sei vor allem die Aufnahme sämtlicher politischer Gefangenen, insbesondere auch der ausländischen, die jetzt gefährlicher wären als die Deutschen. Ich erwiderte, daß die Angehörigen anderer Nationen ausscheiden

müßten, sie stünden unter "diplomatischem" Schutz und könnten nur auf besonderen höchsten Befehl herausgegeben werden.

HUFENSTUHL entgegnete, dieser Unterschied sei ihm nicht bekannt, er werde sich aber erkundigen und noch Nachricht geben. Dabei blieb es, sodaß es durch den glücklichen, oder besser gesagt gnadenvollen Einfall gelang, alle Ausländer vor dem Abtransport und damit vor dem Tode zu bewahren.

Bis zum Wiedereintreffen der Abordnung, die hernach ohne den SS-Mann erschien, war mir Oberinspektor SCHARF behilflich, nur die Gefangenen in die Liste aufzunehmen, die entweder schwerstens kriminell belastet oder politisch verhältnismäßig harmlos oder der Wuppertaler Polizei als Funktionäre bestens bekannt waren. Die Gesamtaufstellung enthielt wenig mehr als 90 Namen. Darunter befanden sich auch solche politischen Insassen - die mittlere Gruppe - von denen ich glaubte sicher annehmen zu können, daß man bei der Durchsicht auf sie verzichten würde, da sie nicht vorbestraft und jetzt nicht hoch verurteilt waren. Bei der Gruppe der erheblich belasteten politischen Täter hatte ich vermerkt, daß die Gefangenen sich bei den Sprengkommandos der Luftwaffe befänden. Das traf in dem Augenblick aber lediglich auf einen geringeren Teil zu. Ich war entschlossen, den anderen Teil so schnell wie möglich und noch vor dem Abschluß der Überprüfung in Wuppertal zu den genannten militärischen Sonderformationen wegzuschaffen (wie ich schon früher viele menschlich wertvolle Gegner der NSDAP dem Zugriff durch die Staatspolizei auf dem Wege der Empfehlung für die Bewährungsбатаillone der Wehrmacht entzogen hatte). Das geschah am Morgen und frühen Nachmittag des 11.4.1945, an dem eine günstige Fügung mir den Leiter des Sprengkommandos Ratingen, Hauptmann SCHWEITZER, zuführte, der die ihm unterstellten, aus freiwilligen Strafgefangenen der hiesigen Anstalt bestehenden Sprengtruppe zurückbrachte. Er nahm mir auf meine dringende Bitte hin noch 11 politische "Verbrecher" ab, um mit ihnen in die Gegend von Hagen zu fahren, wo man sie nicht mehr zu erreichen vermochte. Diese Maßnahme ließ sich naturgemäß vor den Beamten, Angestellten und Gefangenen des Zuchthauses nicht verheimlichen, wenn auch alles geschah, um den Vorgang möglichst zu verbergen. Hätte damals jemand die Partei- oder Polizeistellen benachrichtigt, dann wäre mein eigener Tod und der vielleicht aller Anstaltsinsassen besiegelt gewesen. Die Verhältnisse waren in jenen Tagen noch nicht so verworren, daß dies ausgeschlossen erschien; es fand sich aber niemand, der Meldung gemacht hätte.

In der Nacht zum 11.4.1945 gegen 1 Uhr verließ die 3-köpfige Abordnung mit der von mir verfaßten Liste die Anstalt. DAHLMANN und seine Begleiter hatten sich an der Aufstellung in keiner Beziehung beteiligt.

Am kommenden Morgen begab ich mich mit meinem Dienstvorgesetzten, dem mit seinem Stab nach Lüttringhausen evakuierten Generalstaatsanwalt HAGEMANN, nach Wuppertal, um den Versuch zu machen, die Abholung der Gefangenen insgesamt abzuwenden. Da der SS-General nicht anwesend war, sprach ich die Angelegenheit mit Kriminalrat HUFENSTUHL durch, der erklärte, er sei für die Entscheidung nicht zuständig. Der Generalstaatsanwalt bat darauf einen SS-Major, an den wir verwiesen worden waren, Nachricht zu geben, wenn der Polizeiführer zurückkomme. Wider Erwarten wurde gegen Mittag mitgeteilt, daß der Sachbearbeiter zur Verfügung stehe. Wir fuhren sofort abermals nach Wuppertal. Dort erwartete uns Obersturmbannführer Henschke, der für unser Anliegen anscheinend Verständnis hatte, die durchweg entlasteten Bemerkungen zu den einzelnen Namen mit uns durchging und versprach, die Angelegenheit dem Chef in unserem Sinne eingehend vorzutragen. Ich hatte zum Ausdruck gebracht, daß ich die Gefangenen aus jahrelanger Beobachtung mehr oder

minder gut kenne und der Überzeugung sei, daß selbst die schwersten der aufgeführten Fälle keine Gefahr der Art bilden würden, wie der MODEL-Befehl offenbar im Auge habe, ich sei bereit, schriftlich die volle Bürgschaft dafür zu übernehmen, daß für die etwa näherrückende Kampffront in deren Rücken durch die Anstalt keine Unsicherheit entstehe; ich verpfände dafür meinen Kopf.

Das zu versichern, war nicht leicht, bedeutete aber auch keine Vermessenheit, weil ich wußte, daß ich gerade mit Unterstützung der politischen Gefangenen, die mir in ihrer Mehrheit immer tiefe Achtung abgenötigt hatten, die stets durchgesetzte Autorität aufrecht erhalten würde, wenn überhaupt Krisen eintreten sollten (die nur durch die Aufnahme einer großen Zahl auswärtiger Gefangener in den letzten Wochen möglich erschienen). Die politischen Insassen waren bei menschlicher Behandlung, die eine feste Zucht nicht ausschloß, allezeit ausgesprochene Ordnungselemente. Namentlich die deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten haben nie den Sinn für Takt und Disziplin vermissen lassen, wenn das Menschentum in ihnen geehrt und der ehrliche Gegner ritterlich respektiert wurde.

Erwähnen muß ich ferner, daß mein Anrather Amtsgenosse, Dr. COMBRINCK, der auf höhere Weisung mit einem Teil seiner Gefangenen und Beamten nach Lüttringhausen geflüchtet war (entgegen seiner eigenen Ein- und Absicht), mir nur einen Insassen seiner Anstalt benannt hat, der notfalls der Sicherheitspolizei zu überstellen sei. Dieser Verurteilte war einer der am meisten vorbestraften Kriminellen.

Am Abend des 11.4.1945 setzte DAHLMANN mich davon in Kenntnis, daß entschieden worden sei, alle in der Liste bezeichneten Gefangenen müßten abgeholt werden. In dem Ton der Mitteilung lag ein aufrichtiges Bedauern. Schon am Morgen nach der Besprechung mit HENSCHKE war DAHLMANN hinter uns hergekommen, als der Generalstaatsanwalt im Begriff war, mit mir das Polizeipräsidium zu verlassen, und hatte uns gefragt, ob unser Bemühen Erfolg gehabt hätte. Er ließ dabei unverhohlen seine Hoffnung erkennen, daß es gelingen werde, den Abtransport zu vermeiden. Dies offensichtlich von Herzen kommende Interesse berührte uns wohlwollend, bzw. wohltuend, bestärkte uns freilich auch in der tiefen Besorgnis, es sei unter Umständen Furchtbares geplant. Wenn ich bei der ganzen Aktion auch vorsorglich von solchen Möglichkeiten ausgegangen war, um keinen Fehlgriff zu tun (weil leider Anlaß zu solchen Befürchtungen bestand), so hatte ich bis dahin doch angenommen, man würde sich zunächst damit begnügen, die Gefangenen an einer anderen, vermeintlich sicheren von der Polizei bewachten Stelle zu sammeln, nur in letzter Bedrängnis würde man - so mußte ich vermuten - fähig sein, das Äußerste zu tun. Diese Annahme erschien um so berechtigter, als Anzeichen äußerer Verwirrung und überstürzter Kopflosigkeit weder im Polizeipräsidium noch sonst örtlich erkennbar waren.

Es ging noch alles seinen ruhigen Gang. Aber nun mußte man auf das Schlimmste gefaßt sein. Ich überlegte deshalb fieberhaft, wie es durchführbar sei, wenigstens noch die Gruppe der nicht schwerbestraften Politischen außer Gefahr zu bringen, nachdem die Funktionäre sich bereits in Sicherheit befanden (mit Ausnahme von Kaplan Dr. ROSSAINT, für den Hauptmann SCHWEITZER keinen Platz mehr gehabt hatte und den ich auf andere Art hoffte, der Polizei entziehen zu können). Da DAHLMANN nicht sagen konnte, wann die Abholung erfolgen sollte, stand für mich fest, und ich hatte das Recht, die betreffenden Gefangenen bei Außenarbeit einzusetzen, soweit das noch nicht geschehen war. Ich ordnete daher im Einvernehmen mit Oberinspektor SCHARF und Inspektor NUSCH, die mir innerlich zustimmten, das Erforderliche an.

Dazu gehörte am nächsten Morgen, dem 12.4.1945, auch die Mitteilung an einige Unternehmer in Remscheid und Wuppertal, daß die bei ihnen be-

schäftigten Gefangenentrupps ausnahmsweise später zurückkehren dürfen. Auf diese Weise wollte ich erreichen, daß die bedrohten Insassen nicht sofort zur Hand waren. Jede Verzögerung aber konnte ihre Rettung bedeuten. Ferner rief ich Kriminalrat HUFENSTUHL an, um ihn zu fragen, ob es nicht auf einem Versehen beruhe, daß auch die weniger belasteten Politischen abgeholt werden sollten. Als er verneinte und ausdrücklich versicherte, daß sich die Anordnung auf alle Gefangenen erstrecke, bat ich ihn, wenigstens dafür zu sorgen, daß ROSSAINT ausgenommen würde, für den ich mich noch einmal besonders verbürgte. Ihn hatte ich nicht auf Außenarbeit versetzen können, weil das nach den Vorschriften unzulässig gewesen wäre und sofort Anlaß zu Mißtrauen gegeben hätte. HUFENSTUHL sagte zuerst, das sei nicht möglich. Als ich dann in ihn drang und umgekehrt betonte, es sei doch unmöglich, einen solchen Mann - den ich niemals als Hetzer, sondern nur als einen Menschen mit außergewöhnlich feinem Gewissen kennengelernt habe - für unzuverlässig zu erklären, zögerte er und gab schließlich nach mit den Worten, er wolle mal sehen; wenn ich keinen gegenteiligen Bescheid erhalte, könne ich eine Zustimmung annehmen. So wurde auch der katholische Priester gerettet.

Am 12.4.1945 vormittags meldete sich am Fernsprecher wieder Kriminalassistent DAHLMANN mit der niederschmetternden Nachricht, daß die Gefangenen wahrscheinlich im Laufe des Nachmittags abtransportiert werden würden. Ich vereinbarte darauf mit Oberinspektor SCHARF, wenn ich bei Ankunft der Polizei nicht anwesend sei, solle er darauf hinweisen, daß man auf mich warten müsse; er habe nicht die Befugnis, mich bei derartigen Vorgängen zu vertreten, dürfe die Gefangenen ohne meine Gegenwart oder Anweisung auch nicht antreten lassen oder sonstige Vorbereitungen treffen; ich könne jeden Augenblick kommen, da ich ihn nicht unterrichtet habe, wohin ich gegangen sei.

Als ich kurz nach 16 Uhr zwei große möbelwagenähnliche Lastkraftwagen mit einem starken Polizeiaufgebot von meiner Dienstwohnung aus auf die Anstalt zufahren sah, verließ ich schleunigst unbeobachtet mein Haus, um zum Zahnarzt zu gehen, bei dem ich für den nächsten Nachmittag angemeldet war. Dort mußte ich erst eine Weile warten, kam dann an die Reihe und ließ mich gründlich behandeln. Nach etwa 50 Minuten rief der Oberinspektor an und sagte, ich müsse sofort kommen, die Polizei verlange mich unverzüglich zu sprechen. Der Zahnarzt brachte die Behandlung aber erst zum Abschluß, ehe ich mich zur Anstalt aufmachte. Als ich dort eintraf, bat mich DAHLMANN ziemlich aufgeregt, ich möge für baldige Abfertigung Sorge tragen, da er sich eilen müsse. Oberinspektor SCHARF hatte auf inständiges Ersuchen des Kriminalassistenten bereits damit begonnen, einige kriminelle Gefangene zu sammeln, um den Eindruck zu vermeiden - außer DAHLMANN war noch ein Polizeioffizier erschienen, der die Wachmannschaften befehligte -, die Anstaltsverwaltung beabsichtige die Aktion zu sabotieren.

Ich beruhigte DAHLMANN mit dem Hinweis, es sei doch noch Zeit, und wenn der Abtransport nicht in Frage gestellt werden solle, sei es geboten, die Aufstellung in aller geordneten Stille vor sich gehen zu lassen, damit keine Unruhe entstände. Ich verfügte dann, daß die Gefangenen, die schon auf dem Verwaltungsflur standen, in die Anstalt zurückzubringen seien. Darauf nahm ich Oberinspektor SCHARF und I. Hauptwachtmeister EICHHÖFER mit in den Besuchsraum, um dort - den Blicken der Polizei entzogen -, in Beratung mit den beiden Beamten diejenigen politischen Gefangenen auszusondern, die unbedingt verschont zu werden verdienten. Das dauerte naturgemäß eine Weile. Indessen mahnte DAHLMANN nervös wieder zur Beschleunigung. Er schien Besorgnis zu haben, daß man ihn in Wuppertal schon lange vermissen würde. Als schließlich abgezählt wurde, ergab sich, daß erst 55 Gefangene bereitstanden. DAHLMANN

stellte dann fast verzweifelt fest, das sei ganz unmöglich, er könne unter keinen Umständen mit nur wenig mehr als der Hälfte der Aufgeschriebenen erscheinen, das würde auffallen. So war ich gezwungen, weitere Gefangene herauszugeben, um Schlimmeres größeren Umfangs zu verhüten. Ich konnte aber erklären, daß einige Gefangene von Außenarbeiten noch nicht eingerückt seien. Wenn man nicht länger zu warten vermöge, müsse ich die erst später zurückkommenden und 2 im Lazaratt liegende kranke Gefangene mit dem Anstaltswagen nachbringen lassen. Ich hoffte damit unliebsame Nachfragen zu vermeiden und weitere Zeit zu gewinnen. Jede Stunde konnte den vor der Türe stehenden Vormarsch der Alliierten Truppen bringen und damit das Unheil verhindern. DAHLMANN gab sich mit meiner Versicherung, die Abstellung von mindestens noch 6 Gefangenen bis zum frühen Morgen des 13.4.1945 nach Wuppertal zu veranlassen, zufrieden und fuhr mit den bereits angetretenen ab.

In der Nacht überlegte ich immer wieder von neuem, ob ich es verantworten könne, den Rest der Gefangenen noch zurückzubehalten und es darauf ankommen zu lassen, daß man die Abholung selbst vornehme. In mir wurde auch der lockende Gedanke lebendig, die Abfahrt des Anstaltswagens solange zu hemmen, bis vermutlich die Gefahr vorüber war. Nach eingehenden Erwägungen glaubte ich jedoch, daß das Ausbleiben des Autos erst recht die Gefahr für ALLE heraufzubeschwören geeignet sei; und so kämpfte ich mich zuletzt zu der Einsicht durch, daß ein unbesonnener Mut ein nicht vertretbares Wagnis mit allen verhängnisvollen Auswirkungen eines überspitzten Handelns darstellen würde. Ich erteilte infolgedessen keine Gegenweisung und mußte schweren Herzens auch die 6 Gefangenen in eine Ungewißheit steuern lassen, die unerwartet schnell den Tod bedeutete.

Denn die Amerikaner rückten erst 3 1/2 Tage später vor, da sie mit Widerstand gerechnet hatten, und so fand die Gestapo Zeit, die Gefangenen ungestört nach Solingen-Landwehr zu transportieren, wo sie am 13.4.1945 gegen 7 Uhr morgens in den Sandbergen an der Straße nach Langenfeld unbarmerzig und ohne militärisch-politischen Sinn erschossen wurden.

Wie sich nachher herausstellte, hatte man nicht 61, sondern nur 60 Gefangene von hier bekommen. Der Insasse SAUERWALD war beim Antreten in einem unbewachten Augenblick in eine Spülzelle geflüchtet und von dort mit Hilfe eines Hausreinigers in die Kirche gelangt, wo er sich bis zur Besetzung der Anstalt durch amerikanische Truppenteile hielt.

Am Vormittag des 13.4.1945 rief mich DAHLMANN noch einmal an und bat um eine (neue) Liste derjenigen Gefangenen, die tatsächlich abgeholt worden seien; die erste Aufstellung könne ich vernichten. Ich tat dies unverzüglich. Er selbst wird das ebenfalls getan haben, um die Feststellung unmöglich zu machen, daß mehr als 30 Gefangene der Polizei vorenthalten worden waren.

Unter den 60 Gefangenen befanden sich keine Ausländer und keine Frauen. Lediglich 8 von ihnen rechneten zu den politischen Tätern; 6 davon hatten Zuchthausstrafen von 10 - 15 Jahren zu verbüßen. Der 7. war im Januar 1878 geboren und Fraktionsvorsitzender der KPD in Mülheim-Ruhr; das Urteil gegen ihn lautete auf 8 Jahre Zuchthaus. Seine Frau hatte in demselben Hochverratsverfahren 3 Jahre Zuchthaus erhalten; sein Sohn saß in Buchenwald, nachdem er 1930 in Rumänien wegen kommunistischer Betätigung zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. Als 8. Schicksalsgenosse wurde ein geschiedener Mann betroffen, der 1935 nach Holland emigrierte und in Spanien als Rotfrontkämpfer aufgetreten war. Über ihn verhängte der Sonderstrafsenat beim Oberlandesgericht

Hamm im Juli 1942 eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren (wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens als Staatenloser).

Von den 52 Kriminellen waren 2 zum Tode (8 bzw. 30 Vorstrafen), 5 zu lebenslänglichem Zuchthaus und 26 zu Sicherheitsverwahrung verurteilt. 12 der übrigen 18, wegen schwerer Verbrechen zur Verantwortung Gezogenen hatten Vorstrafen erheblicher Art und Zahl (zwischen 4 und 19). Der Rest (6) stand aus folgenden Gründen vor Gericht: Cl. als betrügerischer Volksschädling (Landstreicher), Trinker, Zuhälter, zweimal schuldig geschieden; Ha. als gefühlsroher Totschläger unter mordähnlichen Umständen (wegen Beleidigung und falscher Versicherung an Eides statt vorbestraft); La. wegen Preisgabe deutscher Staatsgeheimnisse an den tschechischen Nachrichtendienst gegen Entlohnung in fortgesetzter Handlung (Urteil vom März 1943), Li. als wucherischer Volksschädling - "rücksichtsloser Kriegsschieber" -(wegen Diebstahls, Hehlerei und Bandenschmuggels vorbestraft); Ms. als selbstüchtiger Totschläger seiner 12 Jahre älteren, als Holländerin geborenen Frau, die Vermögen hatte und die ihm lästig geworden war (er erschoss sie nach "vielfachen Akten liebloser Behandlung in Wort und Tätlichkeiten"); Sp. als schwachsinniger Kinderschänder, der wegen Wilderns und Erpressung vorbestraft war.

Abschließend muß ich bemerken, daß die Abwehr ausgedehnteren Blutvergießens mir nur gelang, weil einerseits mein damals in Lüttringhausen anwesender Dienstvorgesetzter Generalstaatsanwalt HAGEMANN, andererseits meine Mitarbeiter SCHARF, NUSCH und EICHHÖFER und auch Kriminalassistent DAHLMANN von der Gestapo Wuppertal bewußt hinter mir standen oder mich nicht hinderten. Selbst diejenigen Gefolgschafter, die mir nicht wohlgesinnt waren und mich früher politisch verdächtigt hatten, legten mir nichts in den Weg. Auf diese Weise bin ich persönlich vor dem Ende verschont geblieben, vor dem alle zu bewahren ich mich mit ganzer Kraft eingesetzt habe. Als Christ und grundsätzlicher Gegner der Todesstrafe fühlte ich mich dazu in besonderer Weise getrieben.

Abschrift !

Der Vorstand der Strafanstalt
Regierungsrat Dr. Engelhardt

Remscheid-Lüttringhausen, den
19.2.1947

Anlagen:

In Ergänzung meiner Darstellung der Vorgänge, welche die Erschiessung von 60 Zuchthausgefangenen am 13.4.1945 früh in Landwehr zur Folge hatten, ist noch folgendes an- bzw. auszuführen:

1. Als ich über die Absicht der Gestapo, auf Grund des MODEL-Befehls sämtliche Insassen der von mir geleiteten Anstalt einer Sicherheitsprüfung zu unterziehen, unterrichtet wurde, stand für mich sofort fest, dass ich alles nur irgend Erreichbare aufbieten müsse und aufbieten würde, um schon die Durchsicht der Personalakten oder der Personalkartei, vor allem jedoch die Abholung von Gefangenen zu verhindern.

2. Das galt sowohl für den zunächst angenommenen Fall, dass man die betreffenden Verurteilten lediglich an anderer Stelle aus Sicherheitserwägungen zusammenziehen oder zu Verteidigungszwecken bei Schanzarbeiten einsetzen würde als auch für die Möglichkeit, dass man sie aus vermeintlichen Abwehrequersfordernissen ohne Hemmung umbringen wollte. In Anbetracht all dieser Eventualitäten, vor allem aber im Hinblick darauf, dass auch die letzte Massnahme gemeint sein konnte, war ich entschlossen, die Dinge nicht einfach ihren Lauf nehmen zu lassen (wozu ich an sich berechtigt oder gar verpflichtet gewesen wäre). Vielmehr hatte ich den festen Willen, mit allen mir zu Gebote stehenden tauglichen Mitteln in ihren Gang einzugreifen.

3. Dabei durfte es auch nicht entscheidend sein, ob ich in Verfolg dieses Widerstandes selbst irgend welchen Schaden nehmen würde. Wenn ich durch den Rücktritt von meinem Amt und den Verlust meiner Stellung den Ausgang hätte abzuwenden vermocht, würde ich keinen Augenblick gezögert haben, das zu tun bzw. zu tragen. Und wenn ich mein Leben dafür hätte zum Opfer bringen müssen, wäre ich auch davor schliesslich nicht zurückgeschreckt, obgleich mir ein solcher Entschluss, namentlich um meiner Familie willen, naturgemäss nicht leicht geworden wäre. An schweren Situationen hat es in meinem Beruf als Strafanstaltsleiter nicht gefehlt; und ich war der Ehre und des Dienstes wegen mehr als einmal genötigt und bereit, meine soziale und physische Existenz aufs Spiel zu setzen. Das sage ich nicht, ohne in der Lage zu sein, es zu erhärten.

4. Im vorliegenden Fall ging es jedoch nicht um juristische Handlungsfreiheiten, sondern um moralische und machtmässige Notwendigkeiten, d.h. über einen grundsatzlosen Opportunismus der Tagestaktik hinaus um die höheren Zweckmässigkeiten einer überlegenen Wertpolitik. Die Frage lautete nicht, ob es einfach oder schwierig war, sich einer Sichtung und Abholung von Gefangenen zu widersetzen, die unter den damaligen Umständen nicht ohne weiteres als rechtswidrig erkennbar war. Es kam allein darauf an, ob es in jener Zeit möglich erschien, durch Protestaktionen überhaupt etwas zu erreichen, sei es auch nur sinnvoller idelleer Art. Für jeden wirklichen Kenner und verantwortungsbewussten Beurteiler der Verhältnisse unterlag es aber keinem Zweifel, dass erklärte Weigerungen lediglich dazu geführt hätten, das Unglück ungleich grössere Ausmaße annehmen zu lassen. Man würde nicht nur 60 Gefangene und mich sowie den Generalstaatsanwalt, sondern mindestens 500 Insassen abgeführt haben, von denen in dem Begleiterlass des oberen SS-Führers West die Rede war. Sehr wahrscheinlich hätte sich diese Zahl sogar noch weiter wesentlich erhöht, wenn man festgestellt haben würde, dass sich damals noch mehr als 900 Bestrafte im Sinne der MODEL-Anordnung im Lüttringhauser Zuchtaus befanden. Die meisten ausländischen und der grössere Teil der deutschen, wenn nicht sämtliche politischen Täter wären dann nicht mehr mit dem Leben davongekommen.

5. Hernach wurde von nicht verantwortungsbeschwerten Außenstehenden die Meinung geäussert, man hätte in Anbetracht des nahen Einmarsches der Amerikaner sich vielleicht verbarrikadieren können. Diese ex-post-Theorie übersieht gänzlich die faktischen Momente, die zwischen dem 10. und 13. April 1945 sehr nüchtern in Rechnung zu stellen waren:

a) Es liess sich weder als gewiss noch als wahrscheinlich voraussehen, dass die Truppen nicht später als 4 Tage nach der Abholung der Gefangenen vorrücken würden, nach dem wiederholten Zögern beim Vormarsch - man erwartete offenbar noch stärkere deutsche Kampfhandlungen - lag kein Anhalt dafür vor, dass das Tempo sich plötzlich steigern würde. Man musste vielmehr darauf eingestellt sein, dass der Vormarsch noch ein - bis zwei Wochen auf sich warten lassen könne.

b) Die allgemeinen und militärischen Zustände im Raum des Städtedreiecks Remscheid-Solingen- Wuppertal waren bis zuletzt durchaus geordnet. Nur mit grössten Anstrengungen gelang es mir noch am Nachmittag vor der Besetzung, den Kommandeur einer Artillerie-Abteilung im Stadtwald von Lüttringhausen dazu zu bewegen, zahlreiche LKW's der Wehrmacht nicht ebenso zu sprengen wie die ihm übergebenen Panzerwagen, sondern sie der Anstalt zur Verfügung zu stellen gegen das Versprechen, sie für die nächste Zeit unbrauchbar zu machen.

Von einem Abrücken der Partei- und Polizeistellen war nichts bekannt.

Der Fernsprechverkehr funktionierte wie vorher.

c) Die Gefangenen bewahrten völlige Ruhe und zeigten keine Ansätze zu Widersetzlichkeiten; eine Lockerung ihres Einfügungswillens war nirgends zu beobachten.

d) Selbst wenn es gelungen wäre, die nationalsozialistischen Funktionäre zu entwandern, sie vorläufig festzusetzen und mit den zuverlässigen Kräften der Gefangenen und Beamten eine Art Igelstellung zu organisieren, so wäre es so gut wie sicher gewesen, dass die Gestapo (die damals mit dem Gauleiter zusammen ihr Hauptquartier in Wuppertal aufgeschlagen und starke Einsatztruppen zur schlagartigen Verwendung zur Verfügung hatte) im Verein mit der SS, SA und benachbarter Militärartillerie die Anstalt mit Sprengstoffen und Nahbeschuß angegriffen hätte und zwar nicht erfolglos. Auch im günstigsten Falle wäre dann bei vorsichtiger Schätzung die Zahl der Opfer nicht unter 60 geblieben - ganz abgesehen von dem zusätzlichen erheblichen Sachschaden, der bei einer Strafanstalt vom Sicherheitsstandpunkt der Allgemeinheit aus gerade damals keineswegs bedeutungslos gewesen wäre. Auf solch unsinnige Reaktion musste man zu jener Zeit leider gefasst sein, denn es sind bekanntlich viel schlimmere tatsächlich vorgekommen und zwar nicht vereinzelt, sondern reihenweise.

e) Gerechtfertigt wird der konkreten Lage nur eine historische Betrachtung, die nicht vom gesicherten Standpunkt der späteren Entwicklung urteilt, vielmehr von der prognostischen Perspektive ausgeht, die durch die damals herrschenden Verhältnisse zugelassen wurde.

6. Um zu verhindern, was irgend möglich war, ist folgendes geschehen:

a) Schon damit die Gestapo keinen Einblick in die Gesamtzahlen und die Stärke der verschiedenen Gruppen der Gefangenen wie auch in die Tatumsstände der einzelnen Verurteilungen tun konnte, schaltete ich mich sofort in die Anfertigung der Listen ein. Auf diese Weise allein gelang es, eine beträchtliche Minderung der Ziffern und eine bessere Auswahl unbemerkt durchzusetzen. Ferner bot sich so Gelegenheit, durch günstige Randbemerkungen die betreffenden Gefangenen in einem milderem Licht erscheinen zu lassen, als die oberflächliche Akteneinsicht ergeben haben würde (damals habe ich, ohne unwahrhaftig zu sein, die positiven Seiten der Gefangenen in den Vordergrund geschoben, während die jetzt anliegende Darstellung die negativen Besonderheiten des Urteils hervorkehrt). Die Liste war so angelegt, dass man bei einiger Sachlichkeit und geringem Wohlwollen niemand herauszuverlangen brauchte.

b) Darüber hinaus wurde durch Herrn Generalstaatsanwalt HAGEMANN und mich zweimal in Wuppertal der Versuch unternommen, unter Hinweis auf die bereits einige Wochen früher vorgenommene Verlegung sogenannter gefährlicher Gefangener in das Zuchthaus Hameln die ganze Aktion zur Aufhebung zu bringen.

c) Als das nicht sicher zu gelingen schien, verbürgte ich mich persönlich dafür, dass auch bei Belassung aller kriminellen Schwerverbrecher und politischen Überzeugungstäter eine Beeinträchtigung militärischer Kampfhandlungen nicht eintreten würde, falls das Gelände der Strafanstalt in den unmittelbaren Frontbereich eingezogen werden sollte.

d) Als auch das nichts half, liess ich - ebenfalls im Einvernehmen mit Herrn Generalstaatsanwalt HAGEMANN - die erheblich belasteten "Politischen" zum Sprengtrupp und einige besonders gefährdete Kriminelle zur Außenarbeit abstellen, um sie nicht abgeben zu müssen. Weiter konnte der Kreis nicht gezogen werden, da die technischen Vorbedingungen dafür fehlten und es auch höchst unzweckmässig gewesen wäre, die schon eingeleiteten Hilfsmaßnahmen noch mehr der Entdeckung auszusetzen. Was es bedeutete, die Abschiebungen nach ausserhalb vorzunehmen, vermag nur der zu ermessen, der sich in die Lage der Dinge ganz plastisch und praktisch einfühlen kann. Hier konzentrierte sich der Schwerpunkt aller menschlichen und dienstlichen Handlungen, deren Wagnis ich damals bewusst auf mich genommen habe.

e) Alle ausländischen Gefangenen habe ich grundsätzlich in die Liste nicht aufgenommen, weil ich bei ihnen mit einigem Grund weitere Klärungen fordern konnte. Sie aufzuführen weigerte ich mich Kriminalrat HUFENSTUHL gegenüber - wiederum unter Zustimmung des Generalstaatsanwalts - bis eine ausdrückliche Anordnung MODEL's auch in Bezug auf sie vorgelegt werden würde. Das geschah nicht mehr und so blieben sie verschont.

f) Kaplan Dr. ROSSAINT habe ich als Einzelfall der Aktion zu verreissen vermocht, indem ich seinen Gehorsam meinen Anordnungen gegenüber besonders garantierte.

g) Durch den Weggang zum Zahnarzt wollte und konnte ich nicht nur eine Verzögerung von mehreren Stunden, sondern auch eine weitere Verringerung der Opfer erreichen. Denn ohne die Hinausschiebung der Abholung und die dadurch eingetretene Nervosität des Kriminalassistenten DAHLMANN hätte sich dieser unter dem Druck der Umstände ohne Fragen nicht bewegen lassen, mit viel weniger Insassen abzufahren, als die Listen Namen enthielten.

h) Auch dadurch, dass ich bei der Rückkehr zur Anstalt die Gefangenen, die schon angetreten waren, nochmals zurücktreten und die von der Gestapo Geforderten dann neu aufstellen liess, konnte ich einige relativ ungefährliche Gefangene von dem schweren Schicksal bewahren.

i) Das Versprechen der Nachbeförderung von 6 Insassen sollte keinem anderen Zweck dienen, als die Gestapo einerseits zu beruhigen und von neuen Ermittlungen abzuhalten, andererseits weitere Zeit zu gewinnen.

k) Nach dem Gefangenen, der sich in der Anstalt versteckt hatte, habe ich erst später und lediglich deshalb suchen lassen, weil ich seinen Namen feststellen musste, um die Anfertigung der neuen Liste der tatsächlich Mitgenommenen zu ermöglichen. An der Ergreifung lag mir bis zum 13.4. mittags nicht nur nichts, ich war vielmehr froh, daß noch ein Verurteilter verschont blieb.

Anderes konnte nach meiner redlichen Überzeugung als Jurist, Sozialist und Christ, der seine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Todesstrafe auch in der Zeit der Herrschaft der NSDAP nicht verleugnet hat, nicht getan werden. Es bestand keine Gelegenheit, mehr Besonnenheit und mehr Mut zu beweisen.

7. Widerstand habe ich im übrigen nicht nur bei diesen Vorgängen geleistet.

Erstmalig geschah das nach 1934, als zahlreiche Angehörige der Linksparteien und der christlichen Sonderverbände (z.B. Ernste Bibelforscher) wegen "staatsfeindlicher" Betätigung eingeliefert wurden.

Ich bin damals nicht nur unliebsam in Erscheinung getreten, weil ich als Anstaltsleiter diese Gefangenen im Rahmen der Dienstvorschriften anders behandelte als egoistische Asoziale, sondern vor allem auch deshalb, weil ich ihre Gnadengesuche in vielen Fällen befürwortete. Lediglich die Fürsprache des Celler Generalstaatsanwaltes (PAREY) im Reichsjustizministerium hat 1936 meine Amtsenthebung verhindert. Auch sein Nachfolger (SCHNOERING) sah sich veranlasst, mir in Bezug auf die Empfehlung von Gnadengesuchen politischer Täter grössere Vorsicht nahezu legen. Wegen der Bevorzugung der politischen Gefangenen beim Arbeitseinsatz machte man mir wiederholt Vorhaltungen, drohte sogar in anonymen Zuschriften mit der Anzeige bei der Gestapo.

1940 habe ich Herrn Generalstaatsanwalt HAGEMANN und später gelegentlich eines Besuches des Zuchthauses auch dem Gauleiter mein Bedenken gegen die Behandlung der sogenannten politischen Kriminellen vorgetragen und auf Anregung des Generalstaatsanwaltes zum Gegenstand einer Denkschrift gemacht (die später die Billigung des verabschiedeten Gau-Rechtsführers SCHRÖER gefunden hat).

Trotz meiner anfänglichen Sympathie für die nationalsozialistische Bewegung (seit Mitte 1932) bin ich ihr als Behördenvorstand weder 1933 noch 1937 beigetreten. Das brachte mir 1938 eine stillschweigende Strafversetzung nach Tegel im Range eines nachgeordneten Beamten ein. Bei meiner Versetzung nach Lüttringhausen habe ich sowohl im Ministerium als auch beim Kreisleiter ausdrücklich auf eine Dienstzulage verzichtet, weil ich nicht PG werden wollte.

Erst Ende 1939 lehnte ich nach einer grundsätzlichen Erklärung gegenüber dem Kreisleiter auf dessen wiederholte loyale Bitten hin die Aufnahme in die NSDAP nicht mehr ab in der Erkenntnis, dass ich als ihr Mitglied die Nichtparteigenossen der Gefolgschaft allein oder doch wirksamer schützen und die mir anvertrauten politischen und auch kriminellen Gefangenen vor grösserem Schaden bewahren könne. Ohne diese Haltung wäre mir hernach in der Tat der Schutz der ausländischen und deutschen Insassen nicht in der Masse gelungen, wie es geschehn ist.

Vor der Aufnahme in die Partei habe ich dem Kreisleiter in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass ich mich in Freiheit an die Bibel, insbesondere auch an das alte Testament, und an eine überkonfessionelle Christentumsauffassung protestantischer Grundeinstellung gebunden fühle; dass insbesondere ein Kirchenaustritt nicht in Betracht komme.

Ende 1933 habe ich in den Blättern für Gefängniskunde bei aller notwendigen Kritik das geschichtliche Verdienst der liberalen Strafrechtsschule selbst auf die Gefahr hin vertreten, in der Zeit des ersten Eifers der zur Macht gekommenen Partei keinerlei Verständnis zu finden und infolgedessen beruflich abgetan, bzw. ausgeschieden zu werden.

Die NS-Amtswalter der Lüttringhauser Anstalt liefen hinter meinem Rücken mehr oder minder gegen mich Sturm, weil ich die Werbung für eine nordische Glaubensrichtung im Dienst als unnordisch und ungesetzlich untersagt und weil ich mich den persönlichen Wünschen einiger Funktionäre unzugänglich gezeigt hatte.

Die Einstellung zahlreicher Nichtparteigenossen als Hilfsaufseher, die Entlassung von alten Kämpfern, die sich verfehlt hatten und die Empfehlung von parteilich "nicht bewährten" Beamten zur Beförderung lösten eine wachsende Unzufriedenheit gegen sich aus. Ich musste mich deshalb mehrfach bei dem Ortsgruppenleiter, der Arbeitsfront und der Kreisleitung verantworten.

Im Juli 1944 sollte ein Parteigerichtsverfahren gegen mich betrieben werden wegen "öffentlicher Herabsetzung des politischen Führerkorps der NSDAP im Kreise Bergisch Land" bei einem Beamtenappell der Lüttringhauser Behörden.

Im Herbst 1942 wurden erstmalig vom Justizministerium Listen asozialer Gefangener angefordert. Die benannten Gefangenen sollten durch einen Berliner Beauftragten an Ort und Stelle überprüft und dem Reichssicherheitshauptamt zum Abtransport in Konzentrationslager mitgeteilt werden. Die Überprüfungen wurden von Ministerialrat Dr. HUPPERSCHWILLER vorgenommen. Er ging schon damals auf meine zurückhaltenden Vorschläge im wesentlichen ein. Die ersten Überstellungen erfolgten Ende 1942 nach Mauthausen und Anfang 1943 nach Buchenwald und Auschwitz, Orten, die damals noch kein Begriff waren. Gleichwohl habe ich notgedrungen nur ganz schwere Fälle namhaft gemacht, weil ich damit rechnen musste, dass die Behandlung in den Polizeilagern nicht den Vorschriften entsprach, die für die Justizverwaltung gelten und der Menschlichkeit entsprechen.

Nach geraumer Zeit wurde durch Angehörige der verlegten Gefangenen bekannt, dass manche von diesen "infolge plötzlicher schwerer Erkrankung" gestorben seien. In der Folgezeit habe ich deshalb alles Mögliche versucht, dem Reichssicherheitsamt keine Gefangenen mehr zu benennen. Das konnte jedoch unauffällig nur in der Weise geschehen, dass die Zuchthausinsassen aus Rüstungsgründen als unabhkömmlich bezeichnet wurden. Diesbezüglichen Anträgen wurde in aller Regel zugestimmt.

In einem späteren Zeitpunkt verlangte das Justizministerium auch die Einreichung von Listen schwerer politischer Insassen, die gleichfalls in Lüttringhausen überprüft wurden. Eine Zurückhaltung konnte nicht gelingen, wenn nicht nachgewiesen wurde, dass der betreffende Gefangene sich so gewandelt hatte, dass er unbedenklich zur Einstellung in die Wehrmacht vorgeschlagen oder aus Gründen der Kriegswirtschaft nicht abgegeben zu werden vermochte. Auch bei diesen Musterungen bewies Ministerialrat Hupperschwiller erfreuliches Entgegenkommen. In den wenigen Fällen, in denen er auf Abgabe an die Polizei nach dem ihm gewordenen Anweisungen glaubte nicht verzichten zu können, liess er sich dazu herbei, die Abtransporte mehrfach terminmässig zu verschieben, sodass auf dem Aufgeschoben praktisch ein Aufgehoben wurde. Es sind nach meiner besten Erinnerung dann nur noch Abholungen erfolgt, wenn die Strafe beendet war und Polizeibeauftragte die in Frage kommenden Gefangenen bei der Entlassung in Empfang nehmen.

Gelegentlich der Besprechungen mit Dr. HUPPERSCHWILLER habe ich diesen auch gebeten, sich dafür zu verwenden, dass diejenigen Gefangenen, die sich bei ihren freiwilligen Einsatz auf den Sprengkommandos - zwangsweise sind von mir niemals Zuchthausinsassen abgestellt worden - bewährten, vorzeitig aus der Strafhaft entlassen und nicht etwa noch nach Verbüssung der Justizstrafe in Polizeihaft genommen würden. Er sagte das mit offensichtlicher Anteilnahme zu und hat sein Versprechen auch gehalten. Seine Bemühungen blieben erwartungsgemäss doch erfolglos.

Im Laufe der Zeit waren der Leitstelle der Gestapo in Düsseldorf meine Bestrebungen nicht entgangen, die Abstellung von Gefangenen in ihrem Bereich zu umgehen. Als ich im Mai 1944 die Aufforderung erhielt, den sozialdemokratischen Gefangenen Hermann RUNGE nach Strafablauf in das KZ Sachsenhausen zu überstellen, nahm ich unverzüglich zu dem Düsseldorfer Rechtsanwalt KARL im Rüstungsministerium Verbindung auf, um die Nichtabgabe durchzusetzen. Der Abteilungsleiter Hauptmann BONN-KEUSER verfügte alsbald bereitwilligst, dass RUNGE auch als Polizeihäftling in Lüttringhausen zu belassen sei. Das erregte erneut so sehr das Missfallen der Gestapo, dass sie mir durch ihren Chef, Oberregierungsrat NOSKE, "auf Grund verschiedener sonstiger Vorkommnisse" und meiner "Eigenmächtigkeit" mit der Meldung beim Justizministerium und Reichssicherheitshauptamt drohte, falls ich nicht umgehend die Vernehmung nach Sachsenhausen vornehme lasse. Es gelang dann jedoch abermals, das Rüstungsministerium zu interessieren und durch diese Stelle

eine Anordnung eben des Reichssicherheitshauptamtes zu erwirken, wonach RUNGE in Lüttringhausen bleiben konnte. Der Gefangene durfte dann weiter bei Vorwerck & Co. in Wuppertal in einem Aussentrupp der Anstalt arbeiten. Dort entwich er einige Wochen vor Kriegsende infolge eines Missverständnisses. Die Flucht hätte ich der Gestapo ohne Verzug anzeigen müssen. Im Einvernehmen mit Herrn Staatsanwalt HAGEMANN, der mein Verhalten billigte, unterliess ich die Benachrichtigung jedoch, obgleich ich mich dadurch der sicheren Gefahr aussetzte, bei leichtmöglicher Ergreifung des Funktionäre wegen Begünstigung eines "schweren Staatsfeindes" zur Rechenschaft gezogen, d.h. selbst sofort abgeführt zu werden.

8. Im Strafvollzug habe ich seit 1930 nach bestem Verständnis stets die guten deutschen Rechtsüberlieferungen und die Traditionen geistlicher Gesinnung gepflegt, die von Elisabeth FREY und John HOWARD, Mathilde WREDE und meinen deutschen Landsleuten WICHERN, FLIEGNAR und BODELSCHWINGH ausgegangen sind. Es war für mich unter allen Regierungen ein Gebot der Menschenwürde, der Selbstachtung und des Volkswohls, für eine ebenso gerechte und feste wie warmherzige Behandlung der Gefangenen jeder Art einzutreten.

9. Abschliessend darf ich bemerken, dass die Vorgänge vom 10. bis 13. April 1943 (Gemeint ist sicher das Jahr 1945! - Der Herausgeber dieser Abschrift.) rechtlich nur unter dem Gesichtspunkt des übergesetzlichen Notstandes begriffen werden können, soweit sie überhaupt einer juristischen Qualifizierung zugänglich sind.

Das gilt nicht nur für mich, sondern ebenso für meinen damaligen Dienstvorgesetzten, Herrn Generalstaatsanwalt HAGEMANN, der sich in keiner anderen Lage befand als ich und der mich aus seinem Rechtsbewusstsein heraus in allen Phasen der Aktion nach jeder Richtung hin unterstützt hat. Auch sein Verhalten lässt sich nicht abstrakt, sondern nur organisch und komplex im Rahmen der Umstände beurteilen. Es kann dann m.E. lediglich positiv gewertet werden, zumal er bei den Gefangenen als reservierter Anhänger des NS-Regimes, nicht aber als aktiver Parteigänger bekannt war.

10. Als Zeugen unserer Haltung können sowohl H. RUNGE, der jetzt Bezirkssekretär der SPD ist, als auch der gegenwärtige Verlagsleiter M. DAHLHAUS der kommunistischen Zeitung "Freiheit", beide in Düsseldorf, vernommen werden. Sie waren jahrelang bis 1945 Insassen der hiesigen Anstalt. Im übrigen darf ich auf die anliegenden Abschriften und Druckhefte Bezug nehmen. Die Drucksachen erbitte ich nach Gebrauch zurück.

Die Toten vom Wenzelnberg

8

Die Namen der Ermordeten:

- | | |
|------------------------------|----------------------------|
| 1. Ludwig Baumann | 37. Hermann Landtreter |
| 2. Hugo Broomkötter | 38. Horst Lettow |
| 3. Josef Breuer | 39. Henri Liebisch |
| 4. Leopold Chonczeney | 40. Ferdinand Margreiter |
| 5. Wilhelm Clemens | 41. Heinrich Marth |
| 6. Christian Döhr | 42. Otto Markus |
| 7. Heinrich Dietz | 43. Gustav Marnitz |
| 8. Adolf Führer | 44. Franz Müller |
| 9. Bernhard Funkel | 45. Walter Nell |
| 10. Wilhelm Fatscher | 46. Josef Nikolay |
| 11. Johann Galwelat | 47. Hubert Offergeld |
| 12. Otto Gaudig | 48. Heinrich Rode |
| 13. Karl Gabowski | 49. Adolf Röder |
| 14. Wilhelm Gietmann | 50. Herbert Runkler |
| 15. Albert Grandt | 51. Sylvester Sniatecki |
| 16. Johann Hense | 52. Heinrich Schlieper |
| 17. Adolf Hermanns | 53. Karl Schulz |
| 18. Karl Horn | 54. Wilhelm Stangier |
| 19. Wilhelm Hanrath | 55. Mitrofan Saitzki UdSSR |
| 20. Hans Holzer | 56. Franz Spitzlei |
| 21. Ferdinand Jahny | 57. Theodor Schmidt |
| 22. Wincente Jankowski Polen | 58. Johann Schyra |
| 23. Hermann Jäger | 59. Paul Tegethoff |
| 24. Friedrich Knopp | 60. Max Thiemann |
| 25. Artur Koch | 61. Josef Thiemann |
| 26. Friedrich Kamleiter | 62. Heinrich Tries |
| 27. Jakob Krieger sen. | 63. Paul Wondzinski |
| 28. Josef Kuhnt | 64. Karl Wallraven |
| 29. Heinrich Kubick | 65. Hans Wimmershof |
| 30. Rudolf Käferhaus | 66. Wilhelm Wilgeroth |
| 31. Daniel Kresanowski UdSSR | 67. Victor Wolyneec UdSSR |
| 32. Walter Kuhlmann | 68. August Zywitzki |
| 33. Wilhelm Kranz | |
| 34. Max Lang | |
| 35. Erich Lohmer | |
| 36. Paul Liszum | und drei Unbekannte |

ABSCHRIFT

Immigarth, 19.4.45

Ich mache folgende Aussage:

Am 13.4.45 um 5 Uhr morgens bemerkte ich Unruhe und stellte fest, dass einige Autos mit Polizei und 1 Auto mit Gestapo und darauf ein geschlossenes Auto und dann noch ein Auto mit Polizei vorbeifuhren. Später hörten wir Schiessen und Schreien.

Hans van den Höfel

A B S C H R I F T

In den aufgeregten Tagen der letzten Wochen kursierten in unserem Bezirk die tollsten Gerüchte, die zum Teil mit dem Herannahen der Anglo-Amerikaner zusammenhingen, allerdings auch von einer Massenhinrichtung politischer Häftlinge sprachen.

Solange die Anglo-Amerikaner unseren Stadtkern nicht erreicht hatten, musste selbstverständlich von einer Untersuchung, inwieweit das letztgenannte Gerücht den Tatsachen entsprach, unterbleiben.

Sofort nach Eintreffen der Anglo-Amerikaner haben sich aber beherzte Männer die Aufklärung dieser Angelegenheit zur Aufgabe gemacht. Leider musste festgestellt werden, daß das Gerücht voll und ganz den Tatsachen entsprach und man hier vor einem "Kattyn" in Solingen steht.

Die Nachforschungen ergaben folgendes Bild:

In der Nacht vom 12. bis zum 13. April wurde ein Lastkraftwagen mit 10 Schupoleuten gegen 4 Uhr alarmiert mit der Instruktion, gegen 5 Uhr früh in Ohligs, resp. Landwehr an einem bestimmten Platz zu erscheinen. Der Wagen fuhr auch pünktlich von Solingen ab und war ebenso pünktlich in Landwehr an der festgesetzten Stelle. Nach kurzem Warten fuhren ein Lastkraftwagen mit Anhänger und noch ein Lastkraftwagen vor. Die Wagen wurden vorerst nicht ausgeladen, sondern fuhren in dem Wald herum. Scheinbar hatte man noch nicht die richtige Stelle gefunden. Mittlerweile war auch ein Personenwagen gekommen, dem einige Herren entstiegen. Gegen 7 Uhr wurden die Wagen entladen und es kamen viele Personen vom Wagen, zum Teil Zivilisten, zum grössten Teil aber auch, wie sich herausstellte, Häftlinge. Die Solinger Polizei fand Verwendung zum Absperren des Waldes und nach ca. 15 Minuten wurden in der Gegend markerschütternde Schreie und wildes Geschiesse gehört. Trotzdem hin und wieder die feindliche Artillerie abstreute, waren die Schreie und ebenso das Geschiesse zu hören. Bewohner der Häuser wurden aufgefordert, sich nicht aus der Wohnung zu begeben. Auch diese schlossen aus den Begleitumständen, dass dort Menschen in den Tod geschickt wurden.

Die Untersuchungen haben nun ergeben, daß hier tatsächlich in letzter Minute, nachdem unser Bezirk von unseren Gegnern vollständig eingekesselt war, Hinrichtungen vollzogen wurden, offensichtlich an politischen Häftlingen. Die Ortsansässigen sprachen von ca. 70 Personen, darunter 3 Frauen. Mittlerweile konnte auch die Grabstätte, wenn man von einer solchen reden kann, gefunden werden. Die Leichen waren in einer grossen, vorher aufgeworfenen Grube bestattet und mit Sand in einer Tiefe von ca. 1,20 mtr. bedeckt. Die Richtstätte war so wunderbar getarnt, dass niemand vermuten konnte, dass dort Menschen begraben waren. Eine Leiche ist bisher freigelegt worden, die anderen werden wohl im Laufe des Tages herausgeholt werden.

Soweit der Sachverhalt.

A B S C H R I F T

Sache: Wiescheid

Vorläufiger Bericht

Nach in Ohligs umlaufenden Gerüchten sollte am Freitag, den 13.4.45 bei Wiescheid eine Anzahl Personen erschossen worden sein. Später verdichteten sich diese und es fand sich der Fahrer eines Wagens, der eine Polizeiabteilung, die zur Absperrung bestimmt war, an den Tatort gebracht hatte, der genaue Angaben machte. Aufgrund dieser Angaben wurde am Donnerstag, den 19.4.1945 folgendes festgestellt und durch Aussagen Ortsansässiger erhärtet. Am Morgen des 13. gegen 5 Uhr entstand Unruhe in der waldigen Gegend und es erschienen einige Polizeiwagen mit zum Teil uniformierter, zum Teil in Zivil befindlicher Polizei. Außerdem befand sich ein geschlossener Wagen (gross) in dem Geleit. Die Anwohner wurden angewiesen, in ihren Häusern zu verbleiben. Einige Zeit später hörte man Schiessen und Schreien. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass bereits am Tage vorher Schutzpolizei mit Russen in der fraglichen Gegend gesehen wurden, die angeblich eine Stellung gebaut hatten. Die Besichtigung des Tatortes ergab, dass in einer ausgedehnten Sandgrube eine größere Anzahl Leichen, die kreuz und quer übereinander lagen, verscharrt war. Mit z.T. gefesselten Händen waren sie zumeist durch Genickschuß getötet. Aufgrund aufgefundener Papiere besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß es sich um politische Häftlinge handelt.

Bisher wurde in der Angelegenheit weiter nichts unternommen, da zu den umfangreichen Vorbereitungen und Arbeiten, die zu einer derartigen Exhumierung erforderlich sind, bisher die Genehmigung der amerikanischen Behörden noch aussteht.

Einige Zeugen und andere Beweismittel sind bereits vorhanden, eine Leiche, die aus dem Grabe vorläufig sichergestellt wurde, befindet sich im Leichenhaus der Krankenanstalten. Sie hatte keine Papiere bei sich.

Bericht über die Exhumierung der Opfer in der Wenzelberg-Schlucht

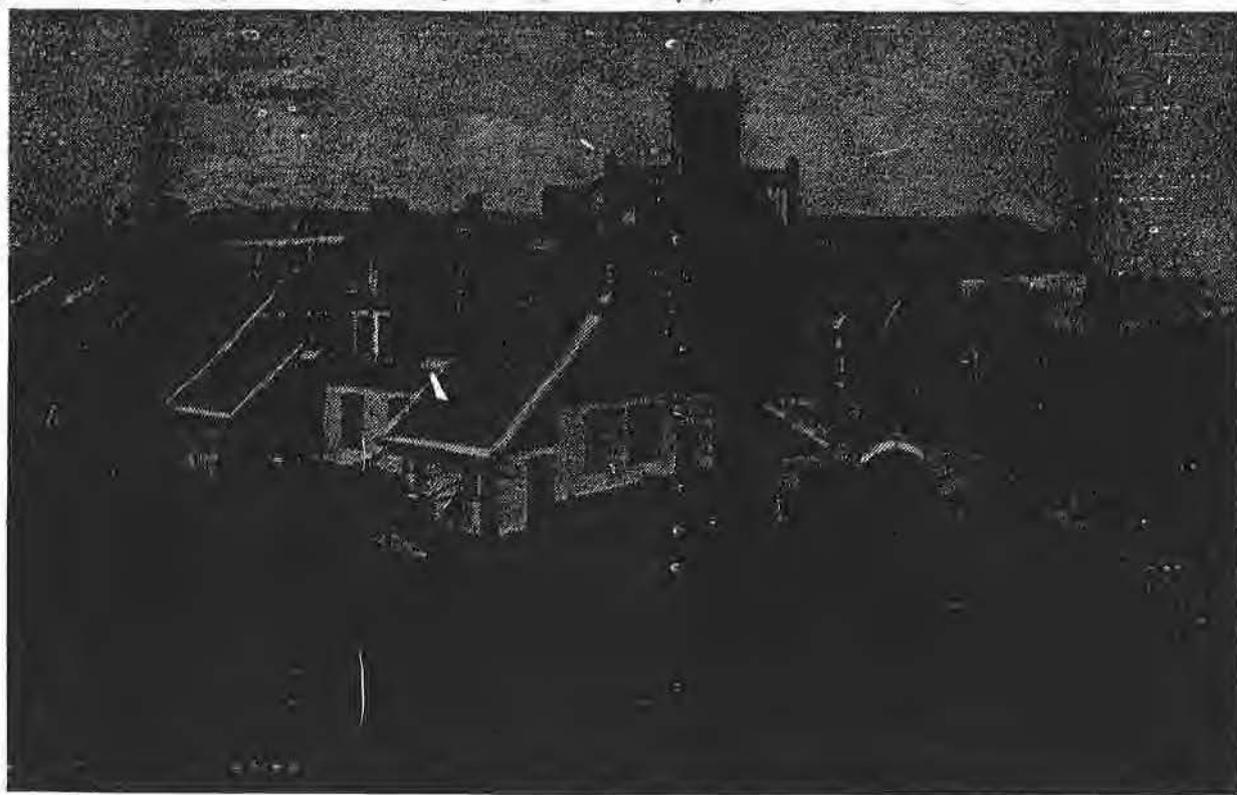
(Aus "History of the 94 th Infantry Division, Seite 473)

Unmittelbar nachdem das 390. Feldartilleriebataillon sich an seinen Bestimmungsort begeben hatte, wurden Gerüchte über ein kurz zuvor stattgefundenes Massenbegräbnis laut. Ermittlungen wurden aufgenommen und in einer Sandgrube an einer einsamen Straße in der Nachbarschaft von Ohligs machte man ein Grab ausfindig. Die Grube war von Krüppelkiefern umgeben und es hieß, daß dieser Ort früher als Munitionslager gedient habe. Die Leichen wurden bald aufgefunden, weil sie nur mit einer Schicht von etwa 30 cm Sand bedeckt waren. Leutnant Edwin B. Rosenzweig, der für die Gräberregistratur der Division verantwortliche Offizier, wurde mit der Ausgrabung der Leichen beauftragt. Um den Nazis eine Lektion zu erteilen, wurden zur Exhumierung der Leichen, die am 30. April stattfand, eine Gruppe von 40 ortsansässigen Mitgliedern der Nazipartei herangezogen. Es handelte sich bei ihnen meistens um Geschäftsleute. Viele fanden sich in ihren besten Anzügen ein. Unter ihnen befand sich ein Bankier, einer der reichsten Männer im Ruhrgebiet. Viele von ihnen glaubten, daß man sie erschießen wolle. Bevor sie an die Arbeit gingen, wurde ihnen eingeschärft, daß sie, wenn sie eine der Leichen mit der Schaufel beschädigen würden, die Arbeit mit den Händen weiter ausführen müßten.

Dann begann die Arbeit. 64 der aufgefundenen 71 Leichen wurden identifiziert. Alle waren politische Gefangene, welche die Nazis ins Zuchthaus gebracht hatten. Vor dem Fall des Ruhrkessels hatte man diese Leute mit Lastwagen zur Sandgrube gebracht, paarweise zusammengebunden und durch Schüsse ins Genick getötet. Es wurde später festgestellt, daß dieser Massenmord am 13. April 1945 verübt worden war. Dem Bürgermeister von Ohligs wurde befohlen, mindestens 1000 Einwohner der Stadt zum Begräbnis dieser Opfer des Nazisystems zu versammeln. Am Morgen nach der Exhumierung versammelten sich 3000 Menschen gegen 10 Uhr vor dem Rathaus in Ohligs. Auf dem Platz vor dem Rathaus waren Einzelgräber ausgehoben, die mit Kieferzweigen und rotem und weißem Flieder geschmückt waren. Als die Lastwagen mit den Leichen eintrafen, hob das Nazigrabkommando die Leichen von den Ladeflächen und legten jede behutsam in ein neues Grab. Der Geruch, der von den Leichen ausging, war ekelhaft, der Zustand mancher Leichen furchtbar. Eine Leiche, der ein Bein fehlte, wurde zusammen mit der Krücke begraben, die ihr Besitzer mit sich geführt hatte, als er erschossen wurde. Das Begräbnis dauerte zwei Stunden, während die Zuschauer still und aufmerksam dabeistanden. Wegen des furchtbaren Geruchs bedeckten die meisten Zuschauer ihre Nasen mit Taschentüchern. Als die letzte Leiche ins Grab gesenkt war, wurden alle Anwesenden gezwungen, an den Gräbern vorbeizuziehen und einen Blick auf die Toten zu werfen, bevor die Gräber zugeschaufelt wurden. Die Bevölkerung von Ohligs wurde verpflichtet, sich stets um die Erhaltung dieses kleinen Friedhofes im Zentrum ihrer Stadt zu kümmern. Ein protestantischer und ein katholischer Geistlicher sowie ein jüdischer Kantor der Division hielten einen Trauergottesdienst. Das gleiche taten ein deutscher katholischer und evangelischer Pfarrer. Dann wandten sich der Bürgermeister von Ohligs und ein Beamter aus Solingen, Herr Max Reiß, an die versammelte Menschenmenge. Die eindruckvollsten Sätze aus der Rede des Bürgermeisters sind es wert, festgehalten zu werden:

"Mögen die Toten in Frieden ruhen vor diesem Rathaus und möge das Verbrechen zur Abschreckung aller Bürger dienen, damit sie alles tun, was in ihren Kräften steht, um für immer solche Unmenschlichkeiten zu verhindern. Wir sind nicht imstande, den Ozean von Tränen zu trocknen, den Hitlers Regime geschaffen hat. Aber wir können nur schwören, daß der deutsche Name nie wieder mit einem System aus der Unterwelt in Verbindung gebracht wird."

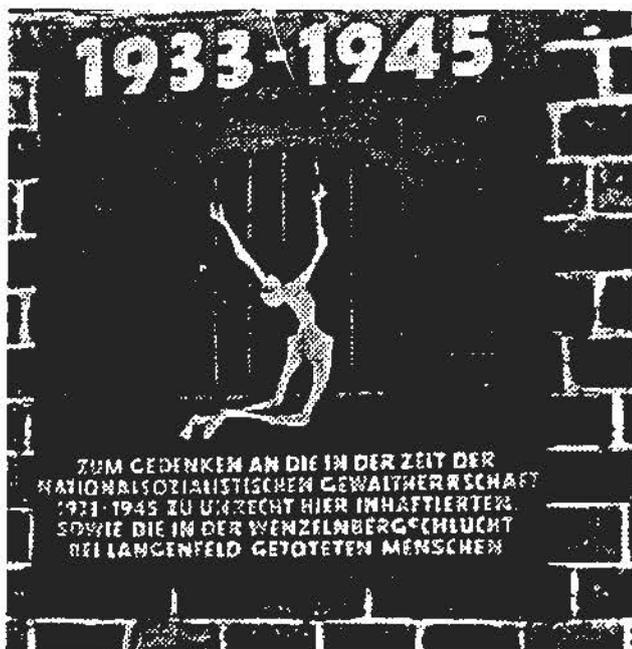
JAHRE IN LÜTTRINGHAUSEN



ENDSTATION WENZELNBERG



Berichte von antifaschistischen Widerstandskämpfern



Am 22. Oktober 1982 enthüllte der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Inge Donnepp, an der Mauer der Justizvollzugsanstalt Lüttringhausen eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Leiden vieler antifaschistischer Kämpfer im einstigen Zuchthaus. Nicht zuletzt soll diese Gedenktafel an jene 60 Häftlinge des Zuchthauses erinnern, die zusammen mit 11 anderen Gestapohäftlingen noch am 13. 4. 1945 von der Gestapo in der Wenzelnbergschlucht ermordet wurden.

Wie bei der Errichtung von Mahnmalen für die Opfer des Faschismus heute üblich, gingen auch in Remscheid der Enthüllung der Gedenktafel an der Stätte des Leidens und des Widerstands hunderter Antifaschisten einige Rangeleien in der Öffentlichkeit und hinter den Kulissen voraus. Doch 37 Jahre nach dem Ende des Faschismus in Deutschland fand sich kein einleuchtendes Argument, die auch an dieser Stelle begangenen Verbrechen des Hitler-Regimes weiter zu verschweigen. Doch an eine Einladung der überlebenden Widerstandskämpfer, an einstige politische Häftlinge in Lüttringhausen, war zunächst nicht gedacht worden. Es bedurfte der Aktivitäten der VVN – des Bundes der Antifaschisten, um einige von ihnen zu dieser Feierstunde zu laden. Den "Ehemaligen" ging es bei dieser Ehrung jedoch nicht nur um die Erinnerung an die Jahre des gemeinsa-

men Leidens, an diejenigen Schicksalsgenossen, die dem Terror zum Opfer fielen. Es ging ihnen auch darum, das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer heute in Erinnerung zu rufen.

Sie erinnerten sich, was dem Leiden, dem Terror, dem Tod so vieler ihrer Kameraden vor einem halben Jahrhundert voranging. Da gab es vor fast genau 50 Jahren – im November 1932 – jenen Brief der mächtigsten Herren der Industrie und der Banken an Rhein und Ruhr, das devote Schreiben der ostelbischen Junker an den senilen Reichspräsidenten von Hindenburg, in dem sie die Einsetzung Hitlers als Kanzler verlangten. Die überlebenden Antifaschisten erinnerten sich auch daran, daß noch im Frühjahr 1932 Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten zur Wahl eben jenes Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten aufgefordert hatten, weil sie in ihm das kleinere Übel gesehen hatten, das das größere Übel Hitler verhindern sollte. Die Kommunisten, die damals gesagt hatten: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler – und wer Hitler wählt, wählt den Krieg!", hatten jetzt keinen Grund, darüber zu triumphieren, daß die Geschichte ihnen Recht gab. Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und bürgerliche Demokraten hatten ja mit unsagbaren Opfern bezahlen müssen, daß es ihnen nicht gelang, gemeinsam Faschismus und Militarismus, Rassenhaß und Krieg zu vereiteln.

- Das Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen tritt in der Erinnerung vieler Antifaschisten, ja selbst jener Häftlinge, die dort leiden mußten, hinter Namen wie Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Sachsenhausen und vielen anderen zurück. Lüttringhausen war, gemessen an diesen Stätten des Völkermordes und des SS-Terrors ein Ort, an dem das alltägliche Leiden zumeist in ertragbaren Formen erduldet wurde, wo das Leben nicht unmittelbar bedroht war, weil hier SS und Gestapo nicht direkt regierten, sondern ein halbwegs "normaler" preußischer Strafvollzug den Tagesablauf bestimmte.

Und dennoch. Es gab auch hier nicht

nur die 60 ermordeten Häftlinge der Wenzelnbergschlucht. Es gab auch in Lüttringhausen prügelnende Nazi-Söldlinge, wenn auch Zuchthausdirektor Engelhardt deren Verhalten nicht billigte. Es gab auch hier Opfer der Unterernährung, Tbc und andere Leiden. Und nach der Strafverbüßung stand auch hier die Gestapo vor dem Tor, um die Häftlinge in ein KZ zur Vernichtung zu überführen. Und nicht wenige Häftlinge fanden den Tod bei den Kommandos zur Bombenentschärfung.

Aber es gab auch in Lüttringhausen jene antifaschistische Solidarität, die das Überleben erleichterte und selbst in der Haft den Willen zum Widerstand aufrechterhielt. Da gab es den Widerstandskämpfer Hermann Düllgen aus Neuß, der sich freiwillig zum Bombenentschärfungs-Kommando meldete, in der Erwartung, dort die Möglichkeit zu Kontakten mit der Bevölkerung zu bekommen. Er versuchte über illegale Kontakte einen "Aufruf an das deutsche Volk" zum Kampf gegen Hitler zu verbreiten und ging dafür aufs Schafott. Da gab es jene ausländischen und deutschen Häftlinge, die bei Reparaturarbeiten eingesetzt, es ermöglichten, ein eingeschmuggeltes Radio für Kopfhörer-Empfang umzurüsten. Über Jahre blieb dieses Radio für den Kopfhörerempfang umgerüstet und für die Weitergabe politischer Informationen an die Häftlinge verfügbar, so daß Nazi-Beamte sich wunderten, woher die Häftlinge den Frontenverlauf oft besser konnten als die Beamten selbst. Und da gab es auch beim Einsatz von Gefangenen in der Rüstungsindustrie Sabotageakte, die die Rüstungsproduktion hemmten, wobei sich zeigte, daß es auch außerhalb des Zuchthauses deutsche Arbeiter gab, die die Bemühungen der Häftlinge solidarisch unterstützten



Hermann Düllgen beim Bombenräum-Kommando

Wer waren die Politischen in Lüttringhausen?

Schon 1933 wurde ein Flügel des Zuchthauses zeitweilig für politische Häftlinge der Gestapo reserviert, die allerdings bald in Konzentrationslager überstellt wurden, weil sehr bald große politische Massenprozesse geführt wurden. Die ersten und zu jeder Zeit zahlreichsten politischen Häftlinge waren Kommunisten. Nach Lüttringhausen kam zum Beispiel ein großer Teil der Verurteilten der Massenprozesse gegen von Kommunisten organisierte Widerstandsgruppen aus Düsseldorf, Moers, dem Ruhrgebiet und anderen Städten, darunter auch der Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse von 1936, jenes Versuchs von Kommunisten und Sozialdemokraten über den Wiederaufbau einheitlicher, freier Gewerkschaften im Jahre 1934 doch noch eine Aktionseinheit gegen den Faschismus zu schaffen.

Zu den bekanntesten Häftlingen gehörte auch Hermann Runge, Leiter einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe im westlichen Ruhrgebiet. Und nicht zuletzt sei hier der heutige Präsident der VVN – Bund der Antifaschisten – Dr. Josef Rossaint, genannt, der als

katholischer Geistlicher bereits vor 1933 für die Zusammenarbeit junger Kommunisten und Katholiken gegen den heraufsteigenden Nationalsozialismus eintrat und 1936 deshalb zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, sowie andere Kämpfer aus dem christlichen Widerstand gegen Hitler.

In Lüttringhausen saßen 1945 Vertreter aller Lager des Widerstandes, die vor 1933 leider nicht rechtzeitig zum gemeinsamen Kampf zueinander gefunden hatten, die aber dennoch vor dem Terror nicht kapitulierten.

Mit seinen letzten Lebensäußerungen versuchte das faschistische Regime seinen Auftraggebern noch einen letzten Dienst zu erweisen. Die in seiner Macht befindlichen Antifaschisten sollten noch in letzter Stunde physisch vernichtet werden, damit sie ihr antifaschistisches Wissen und Wollen nicht einem neuen, antifaschistisch-demokratischen Deutschland zur Verfügung stellen konnten. Deshalb das blindwütige Toben des "Volksgerichtshofes" Freislers in den letzten Kriegsmonaten. Deshalb die systematische, industrielle Arbeit der Mordmaschinerie in den KZs. Deshalb die Ermordung tausender Funktionäre der Arbeiterbewegung noch in letzter Stunde. Das war auch der tiefere Sinn des Massenmordes in der Wenzelnbergschlucht.

Das Zuchthaus Lüttringhausen bildete 1945 in einer Hinsicht, wie alle Überlebenden übereinstimmend berichteten, eine Ausnahme. Es gab hier eine Anstaltsleitung, die den Mut aufbrachte, sich den unmenschlichen Befehlen des todwunden Faschismus zu widersetzen und so viele Menschenleben wie nur möglich der Gestapo zu entreißen. Das mutige Handeln Dr. Engelhardts unterscheidet sich deutlich vom Verhalten vieler seiner Kollegen, die in ähnlicher Situation sich als willfähige Werkzeuge der Gestapo erwiesen und sich später mit "Befehlsnotstand" herausredeten. Sicher konnte kein einzelner Beamter die Mordmaschine völlig stoppen, aber Dr. Engelhardt bewies, daß persönlicher Mut manches Menschenleben zu retten vermochte.

Zudem zeigen die Berichte auch, daß

Dr. Engelhardt bei vielen seiner Untergebenen Unterstützung fand. Schließlich erwies sich, daß sich die antifaschistische Tradition des Bergischen Landes sowohl auf die Haltung der Beamten als auch auf das Verhältnis zwischen den politischen Häftlingen und den freien Arbeitern in den Betrieben positiv auswirkte.

Die Morde an der Wenzelnbergschlucht beweisen aber auch – selbst in den letzten Stunden – das Fortbestehen der Zusammenarbeit führender Kräfte der deutschen Wehrmacht mit den Terrororganen des Regimes und daß sie dessen Verbrechen mitzuverantworten haben. Ein Brief der zuständigen Gestapo-Einstellungsstelle beruft sich ausdrücklich auf den Befehlshaber West, der das Vorgehen im Hinterland forderte. Der Mordbefehl ging vom Generalfeldmarschall der deutschen Wehrmacht, Model, aus.

Auch daran gilt es sich zu erinnern angesichts der anhaltenden Bemühungen, die Wehrmachtsführung von allen Kriegsverbrechen freizusprechen. Des Teufels Generale erwiesen sich bis zur letzten Stunde in ihrer Mehrheit als getreue Paladine eines verbrecherischen Systems. Dank dieser Erfahrung standen die Überlebenden des antifaschistischen Widerstands auch in den 50er Jahren in der ersten Reihe derer, die eine Wiederaufrüstung unter dem Kommando alter Hitler-Generale bekämpften. Manche Antifaschisten wurden deshalb erneut verhaftet, einige sogar erneut verurteilt und in Lüttringhausen inhaftiert.

Auch heute sind die "alten Lüttringhausener" keine passiven Zuschauer im politischen Leben unseres Landes. "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!", diesem Gelöbnis entsprechend sind sie zusammen mit jungen Menschen aktiv im Kampf gegen Neofaschismus und Ausländerhetze, gegen Atomraketen, gegen Berufsverbote.



Sie tun alles, um ihr Wissen neuen Generationen zu vermitteln.

Wenn wir 50 Jahre nach der Machtergreifung des Faschismus diese Broschüre mit Beiträgen ehemaliger Lüttringhauser Häftlinge, die dem ihnen zugedachten Tod am Wenzelnberg entkamen, vorlegen, dann deshalb, weil wir die Lebenden mahnen möchten: Faschismus und Krieg sind noch immer nicht Vergangenheit, sie bedrohen auch heute unser Leben!

Damals kämpften wir erst im Zuchthaus gemeinsam gegen die Barbarei, heute ist es notwendig und möglich, gegen die Gefahr eines neuen atomaren Holocaust rechtzeitig, gemeinsam und mit Erfolg zu kämpfen!

Hubert Göbels wurde 1936 im Velberter Teilprozeß der Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Davon war er 5 1/2 Jahre in Lüttringhausen inhaftiert.

1950 wurde H. Göbel wegen seines Widerstands gegen die Politik des Kalten Krieges von einem Militärgericht zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt, die er wiederum in Lüttringhausen voll "absitzen" mußte.

Zu den damals ebenfalls von einem englischen Militärgericht Verurteilten gehörte auch ein Schwiegersohn von Dagobert Lubinski. Lubinskis Schicksal wird auf Seite 8 der Broschüre geschildert.

DER AUS ÜBERZEUGUNG ODER UM DES GLAUBENS
ODER DES GEWISSENS WILLEN GEGEN DIE
NATIONALSOZIALISTISCHE GEWALTHERRSCHAFT
GELEISTETE WIDERSTAND WAR EIN VERDIENST UM
DAS WOHL DES DEUTSCHEN VOLKES UND STAATES

Einleitung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG)
verkündet am 29. Juni 1956

Das "Schutzhaftlager" 1933



Willy Spicher, Reichstagsabgeordneter der KPD und Wuppertaler Stadtverordneter, gehörte zu den tausenden Antifaschisten, die unmittelbar nach dem Reichstagsbrand (27.2.1933) verhaftet und in sogenannte "Schutzhaft" genommen wurden.

Ein Flügel des Zuchthauses Lüttringhausen wurde damals geräumt und mehrere hundert Gestapo-Häftlinge dort eingewiesen.

Nach 1945 war Willy Spicher Mitglied des Landtags von NRW und wurde während des Kalten Krieges von der Adenauer-Justiz erneut verfolgt.

(gekürzt entnommen aus:
"Ronsdorfer Zeitung",
Extra-Ausgabe anlässlich
der Gedenktafel an der
Justizvollzugsanstalt
Remscheid-Lüttringhausen
am 22. 10. 1982)

Der Kommunist Willy Spicher erinnert sich:

"Die erste Zeit ließ man uns einfach so gewähren, wie das im Strafvollzug so üblich ist. Das Essen war zwar sehr knapp und sehr fummelig, aber 'immerhin'. Kurze Zeit später machte die Gestapo die ersten Verhöre mit den einzelnen. Auch ich bin wiederholt 'verhört' worden.

Eines Tages wurde ich aus meiner Zelle im Zuchthaus Lüttringhausen zwei Männern der politischen Polizei vorgeführt. Nur diese beiden Männer waren dann in diesem Raum mit mir anwesend, da der Gefängnisbeamte sich entfernt hatte. Nach einigen Fragen schlugen und traten die Männer und stießen Drohungen aus. Nach einiger Zeit übergaben sie mich wieder dem herbeigeholten Gefängnisbeamten. Angeblich sollte ich eine Kiste mit Dynamit versteckt haben. Was natürlich nicht stimmte und nur als Vorwand diente."

Unter einem Vorwand - die Kommunisten hätten eine von Hitler gepflanzte "Siegeseiche" abgesägt um so gegen den Faschismus zu demonstrieren - wurde den politischen Gefangenen die Möglichkeit, Besuch und Post zu empfangen, gestrichen.

Willy Spicher benutzte die Turnstunden und die damit verbundene Möglichkeit, mit allen politischen Gefangenen zu sprechen, um einen Hungerstreik gegen diese Maßnahmen zu organisieren.

"Als in diesem Zusammenhang von einem Naziwärter ein Häftling mißhandelt wurde, brach ein Proteststurm aus. Alle politischen Häftlinge donnerten gegen die Zellentüren. Das wurde von der damaligen politischen Polizei als Meuterei bezeichnet."

Als mutmaßlicher "Rädelsführer" kam Spicher dann in Dunkelhaft: "... plötzlich am nächsten Tag mußte ich raus in den Bunker. Man hat mir dann meine Kleidung abgenommen, und man schickte mich nackt in den Bunker. Der war ganz dunkel, es gab kein Fenster, nichts - ich habe mich auf die Knie niedergelassen und mich dann mit den Händen vorgetastet. Ich wußte ja nicht, was mir da blühte - da auf dem Boden und alles im Stockfinsteren. Aber da war nur Mörtel, eine Doppeltür, sonst nichts. Später haben sie mir meine Kleidung wieder hereingeworfen. Die hatten sie mir abgenommen, um alles genau zu untersuchen, ob da was drin war.

Es war auch leider was drin und zwar ein Brief von einem ehemaligen sozialdemokratischen Genossen, Emil Hirsch. Der hatte zeitweise mit mir in einer Zelle gelegen und mir einen Brief an seine Frau mitgegeben. Ich sollte versuchen, wenn ich Besuch

bekam, den nach draußen zu befördern. Der Genosse hatte große Sorgen, da sein Geschäft, ein kleiner Hutladen, sich in Liquidation befand und einem Nazi übergeben werden sollte. Diesen Brief gab er mir an dem Tag, an dem ich in den Bunker kam. Ich konnte den Brief nicht mehr verschwinden lassen. Zum Glück scheint in dem Brief nur Geschäftliches gestanden zu haben, denn es entstanden keine weiteren Folgen daraus."

Im August 1933 wurde Willy Spicher zusammen mit Emil Hirsch und zahlreichen anderen Antifaschisten - darunter viele Remscheider - in das berüchtigte Wuppertaler KZ "KEMNA" überführt.

Dieses KZ sollte nicht das einzige bleiben, in das der Kommunist Spicher gesteckt wurde. Im Gegensatz zu vielen anderen Widerstandskämpfern überlebte er jedoch das "Dritte Reich".

Jahre in Lüttringhausen

Rudi Treiber, Jahrgang 1904, Sohn sozialdemokratischer Eltern. Acht Jahre kaiserlich-katholische Volksschule. Anschließend Lehre als technischer Zeichner in einem Düsseldorfer Industriebetrieb. Mitglied einer linksradikalen Jugendgruppe. Von 1924 - 1926 Landkommune im Schwarzwald. 1927 Eheschließung mit Buchbinderarbeiterin; ein Sohn.

Seit 1927 Mitglied der KPD. Am Tage nach dem Reichstagsbrand erste Verhaftung. Mai 1933 Freilassung unter Gestapo-Aufsicht. Trotzdem Mitglied einer antifaschistischen Widerstandsgruppe. November 1936 erneute Verhaftung. Eineinhalb Jahre "Untersuchungshaft" in Polizeigefängnissen und Gestapokellern. Im April 1938 Prozeß wegen "Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit unbefugtem Waffenbesitz". Verurteilung zu neun Jahren Zuchthaus, die größtenteils im Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen "abgesessen" wurden. Januar 1945 deportiert in die Tschechoslowakei zur Bewährungsformation "Dirlewanger". Sowjetische Kriegsgefangenschaft. Typhus. Freilassung in die heutige DDR. 1946 Heimkehr nach Düsseldorf. Hier partei- und kulturpolitische sowie journalistische Tätigkeit.

An einem wunderschönen, sonnigen Maientag des Jahres 1938 wurden wir ins Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen "eingeliefert". Als das schwere Eisentor hinter uns ins Schloß fiel, ging für viele von uns für Jahre die Sonne unter. Wir hatten zum Teil schon eineinhalb Jahre Untersuchungshaft hinter uns. Wir waren durch die



In den sechziger Jahren verwickelt in das Verfahren gegen Karl Schabrod und andere (betrifft Wochenschrift "Freie Meinung"). 1960 Hausdurchsuchung. 1962 Verfahren eingestellt. Von 1963 - 1979 Redakteur in einer befreundeten ausländischen Pressestelle. 1979 Journalistenpreis des DGB Düsseldorf. 1980 Vernehmung durch Landeskriminalamt NRW in Sachen "UNGESÜHNTE NAZIMORDE IN DÜSSELDORF".

Folterkammern der Gestapo geschleppt und deren Vernehmungstorturen unterworfen worden. Einige von uns hatten die "verschärften Vernehmungen" (wie das im Jargon jener Behörde hieß) nicht lebend überstanden oder durch eigene Hand ihren Qualen ein Ende gemacht. Wir Überlebenden landeten nun also hier, je

zwei durch Handschellen aneinander gefesselt, in dieser deutschen Strafvollzugsanstalt, die wie eine mittelalterliche Raubritterburg das anmutige Hügelgelände des Bergischen Landes überragte. Was erwartete uns hier? Und was hatten wir eigentlich ausgefressen, daß man uns hier für viele Jahre, möglicherweise lebenslanglich, zusammen mit Raubmördern und Sittlichkeitsverbrechern kasernierte?

Um die Jahreswende 1936/37 war es einem Gestapoagenten gelungen, in Düsseldorf und Umgebung eine Gruppe von Antifaschisten ausfindig zu machen, die sich in unregelmäßigen Zeitabständen und an wechselnden Orten zu zweit oder dritt unauffällig trafen, um Gedanken auszutauschen und manchmal auch schriftliche Informationen weiterzuleiten. Es handelte sich dabei in der Tat nicht um Huldigungsadressen an den "Führer". Wir waren bis zur Machtergreifung der Nazis Mitglieder der legal operierenden Parteien KPD, SPD, der Freien Gewerkschaften oder auch keiner Organisation gewesen und hatten begründete Zweifel an den redlichen Absichten der braun- oder schwarzuniformierten Machthaber. Wir waren uns vielmehr völlig im klaren darüber, daß die "herrlichen Zeiten", denen uns Hitler entgegenzuführen vorgab, für das deutsche Volk und die ganze Welt sehr finstere Zeiten werden, daß Faschismus Gewalt, Unterdrückung und Krieg bedeuten würde. Und wir fühlten uns verpflichtet, diese fürchterliche Gewißheit auch jenen ahnungslosen Mitbürgern zu vermitteln, die der Propaganda der Nazis erlegen waren. Wir wiesen ihnen Wege des Widerstands und Möglichkeiten, das Unheil abzuwenden.

Um Objektivität bemühte Historiker rühmen heute zuweilen die

Angehörigen solcher Widerstandsgruppen, wie es sie damals in allen Teilen Deutschlands gab, als heroische Widerstandskämpfer. Wir selber waren damals weniger anspruchsvoll. Wir hielten es lediglich für politisch und moralisch geboten, die bis zu jenem verhängnisvollen 30. Januar völlig legalen Bemühungen nach jenem Tag mit illegalen Mitteln fortzusetzen. Die Aktivisten dieser Bemühungen hatten dafür allerdings einen hohen Blutzoll zu entrichten.

Der politisch und geistig führende Kopf unserer Gruppe war der ehemalige Redakteur einer in Düsseldorf bis 1933 legal erscheinenden kommunistischen Tageszeitung, der dann stellenlose Journalist Dagobert Lubinski,



mein Genosse, Freund und Lehr in allen Fragen der Theorie und Praxis des Marxismus. Zu ihm standen einige Dutzend Männer und Frauen aller Berufe, Arbeiter und Angestellte, ein paar Düsseldorfer Literaten und Künstler. Aber auch eine schlichte al-

te Arbeiterfrau geriet später neben uns auf die Anklagebank, die lediglich aus Mitgefühl einer Nachbarin, deren Mann politisch inhaftiert war, einmal zwei Mark gespendet hatte. Insgesamt 58 Männer und Frauen hatten die Spürhunde der Gestapo zusammengetrieben, um sie der "Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens" anzuklagen. Den Nazirichtern genügte bereits "ein hinreichender Verdacht", um ihn mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren zu ahnden. Insgesamt wurden den Mitgliedern unserer Gruppe bzw. denen, die sie dazu zählten, 182 Jahre Zuchthaus zudiktiert.

Die Strafanstalten des "Dritten Reiches" waren bis zum Bersten gefüllt. Die Einzelzellen des Zuchthauses Lüttringhausen waren durchweg mit je drei Häftlingen belegt. Eine besondere Infamie des nationalsozialistischen Strafvollzugs bestand darin, die politischen Häftlinge unter die kriminellen, besonders gern unter die in den Haftanstalten einsitzenden Psychopathen zu mischen und sie deren Aggressionsgelüsten auszusetzen. So geriet ich in Lüttringhausen zunächst und keineswegs zufällig mit einem vielfach vorbestraften pathologischen Dieb und einem gewerbsmäßigen Zuhälter in eine Zelle. Es kam naturgemäß täglich zu Reibereien, nicht selten zu Tätlichkeiten, bei denen der körperlich robustere Zuhälter in der Regel obsiegte. Für das Bewachungspersonal galt in solchen Fällen das ungeschriebene Gesetz: "Solange nicht Blut unter der Zellentür hervorquillt, werden solche Vorgänge nicht zur Kenntnis genommen." Gar nicht selten floß tatsächlich Blut.

Chef des Zuchthauses Lüttringhausen war zur Zeit unserer Einlieferung ein SS-Offizier, dessen Namen mir leider entfallen ist. Er pflegte stets in voller Uniform

zum Dienst zu erscheinen und sich gestieft und gespornt hinter seinem Schreibtisch zu spreizen. Er wünschte, daß ihm alle Neuzugänge in seinem Dienstzimmer wie gezähmte Raubtiere vorgeführt wurden. Bei diesen Vorstellungen äußerte er bereits seine spezifischen Charakterzüge. Wir waren instruiert worden, beim Betreten seines Zimmers an der Tür in militärischer Haltung zu erstarren und den obligatorischen Spruch von uns zu geben: "Zuchthausgefangener X aus Y wegen Hochverrat zu X Jahren Zuchthaus verurteilt."

Meinem Freund Lubinski passierte nun das Malheur, daß er sich statt als "Zuchthausgefangener" als "Strafgefangener" vorstellte und es unterließ, die zu dieser Zeit höchst diskriminierende Bezeichnung "Jude" hinzuzufügen. Ein willkommener Anlaß für den schwarzuniformierten Zuchthausdirektor, seine Willkür zu demonstrieren und die Gefangenen seine Machtfülle spüren zu lassen. Er verfügte: "Zwei Stunden Strafexerzieren!" Der diese Strafe zu vollstreckende Beamte wurde nach einer Stunde durch einen "frischen" Kollegen abgelöst, der Gefangene (ein keineswegs mehr junger, kräftiger Mann) mußte hingegen nach Vollzug der "Hausstrafe" wegen völliger Erschöpfung von einem Lazarettkalfaktor auf seine Zelle geschleppt werden.

Nach dieser Ouvertüre befürchteten wir das Schlimmste. Nach Kriegsausbruch wurde dieser würdige Vertreter des Schwarzen Korps jedoch in das besetzte Polen versetzt, um dort die Leitung einer Strafanstalt zu übernehmen und seine Gelüste an "rassisch minderwertigen" Juden und Slawen auszutoben. Gott möge seinen Opfern gnädig gewesen sein.

Ein neuer Direktor und die linken Traditionen

Die Leitung des Zuchthauses Lüttringhausen übernahm dann Regierungsrat Dr. Karl Engelhardt (1939 - 1960). Zunächst schien sich kaum etwas zu ändern. Ein Teil der jüngeren, in der Regel recht dienstbeflissenen Vollzugsbeamten wurde ohnehin zur Wehrmacht einberufen und durch ältere, meist joviale, dienstverpflichtete Familienväter aus dem Ort ersetzt. Sie taten das, was sie ihre "Pflicht" nannten, kaum mehr, und der eine oder andere ließ sogar gelegentlich so etwas wie stille Sympathie mit den politischen Gefangenen erkennen. Die nahegelegenen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal hatten ja immerhin eine linke Tradition aufzuweisen, die wohl doch noch nachwirkte. Langsam wurde aber für uns Politische erkennbar, daß auch aus dem Direktionszimmer ein anderer Wind zu wehen begann. Mit dem hellwachen Spürsinn eingekerkerten Gefangener witterten wir Morgenluft.

Mit infernalischer Bosheit waren unter dem Regime des SS-Offiziers die in allen Strafanstalten der Welt von den Gefangenen heißbegehrten, weil mit Vergünstigungen verbundenen Arbeitsplätze, beispielsweise in Küche und Bäckerei, in Reparaturwerkstätten, Handwerks- und Krankenstuben, ausschließlich kriminellen Gefangenen vorbehalten, während die Politischen auf ihren Zellen dem entnervenden Stumpfsinn ausgeliefert waren. Mit der Wachablösung im Direktionszimmer verloren die Kriminellen jedoch in Lüttringhausen ihre Monopolstellung. Die meisten wurden bei sich bietendem Anlaß von Dr. Engelhardt abgelöst und durch Politische ersetzt.

Ich habe während meines rund siebenjährigen Aufenthaltes im

Zuchthaus Lüttringhausen nur selten Gelegenheit gehabt, mit Dr. Engelhardt zu sprechen. Ich vermag mir infolgedessen kein abschließendes Urteil über seine Persönlichkeit und die Motivation seines Verhaltens zu erlauben. Ich konnte bestenfalls aus gewissen Symptomen meine Schlüsse ziehen. Engelhardt differenzierte zweifellos zwischen den ihm ausgelieferten Menschen. Er ließ sich dabei offensichtlich von christlich-humanistischen Motiven leiten. Seine menschliche Haltung gegenüber den politischen Gefangenen blieb auch während des Krieges unverändert, gleichgültig, ob es sich dabei etwa um den damals in Lüttringhausen einsitzenden späteren sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hermann Runge, den späteren kommunistischen Chefredakteur Max Schäfer oder den früheren katholischen Kaplan Dr. Josef Rossaint handelte.

Engelhardts Verhalten färbte auch auf die ihm unterstellten Beamten ab. Justizwachtmeister und selbst Inspektoren vermittelten unzensierte Briefe zwischen politischen Häftlingen und deren Angehörigen, ermöglichten illegale Begegnungen zwischen diesen in ihren Wohnungen, und Engelhardt gewährte politischen Gefangenen sogar "Urlaub auf Ehrenwort", und, soweit ich mich erinnern kann, kamen alle "Urlauber" tatsächlich zurück.

Ein politischer Häftling, der zu langjähriger Haft verurteilt war und den Umständen entsprechend zuweilen zweifelte, ob er's überleben würde, fand in der Guten Stube eines der Justizsekretäre Weihnachten 1943 sogar Gelegenheit, seiner ihm dort illegal begegnenden Frau ein Kind zu zeu-

gen. Die übergläckliche Frau nahm zu Hause das Odium, fremdgegangen zu sein, tapfer auf sich ... sie und ihr Mann wußten es besser.

Nach Fluchtversuch ohne Urteil erschossen

Von Arbeitskommandos außerhalb der Anstalt wagten gelegentlich Häftlinge Fluchtversuche. Der Hunger und die Obdachlosigkeit verleiteten die Flüchtlinge dann aber wohl zu Unbesonnenheiten, so daß sie der Gestapo meistens wieder ins Netz gingen, die die Unglücklichen dann ohne Gerichtsverfahren kurzerhand erschöß. Wohl zur Abschreckung wurden solche "Vorkommnisse" vor den auf dem Zuchthaus Hof zusammengetriebenen Häftlingen bekanntgegeben. Wer von uns sich der Ermordeten erinnerte, vernahm solche Nachricht mit Schmerz und schwor für den Tag der Befreiung politische Konsequenzen.

Ich selbst habe mich zu den Nutznießern des Engelhardtschen Strafvollzugs zählen dürfen. Das Zuchthaus Lüttringhausen besaß noch aus den Tagen der Weimarer Republik eine Anstaltsbücherei, aus der die Häftlinge - bei "guter Führung" versteht sich - wöchentlich ein unterhaltendes und ein belehrendes Buch entleihen konnten. Selbstverständlich hatten die Nazis aus dieser Bibliothek alle "anstößigen" Werke progressiver oder gar jüdischer Autoren ausgemerzt, aber den offenbar nicht sonderlich sachkundigen Zensoren waren immerhin einige "artfremde" Werke bei ihrer Säuberungsarbeit entgangen. Die deutschen und auch einige französische und englische Klassiker waren mehr oder weniger vollzählig präsent. Wer je einmal inhaftiert war, weiß, was ein Buch für einen Gefangenen bedeuten kann.

Die Verwaltung der Bücherei lag aber zunächst in den Händen eines ehemaligen Schullehrers und Hitlerjugendführers, der sich an minderjährigen Schülern sexuell vergangen und damit dem Renommee der Hitlerjugend (HJ) beträchtlich geschadet hatte. Um das gefährdete Ansehen der Staatsjugend wieder aufzubügeln, hatte man dem Knabenschänder einen Schauprozeß gemacht und ihn ins Zuchthaus gesteckt.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Dr. Engelhardt fand eine Gelegenheit, dieses fragwürdige Subjekt von seinem Posten abzulösen, und ich durfte das Amt übernehmen. Es verstand sich von selbst, daß ich meine Funktion dazu benutzte, die literarischen Wünsche meiner politischen Freunde nach Möglichkeit zu erfüllen, die nationalsozialistischen Propagandaschwarten in ihren Regalen verstauben zu lassen und zudem zwischen den Genossen Kasiber zu vermitteln.

Unter dem Vorwand, auch den Häftlingen in der Küche und in der Bäckerei Bücher zuzustellen, gewann ich auch die Möglichkeit, in umgekehrter Richtung zusätzliche Brotrationen zu transportieren. Mit der Dauer des Krieges war die Verpflegung immer kärglicher geworden; eine Brotbinde entsprach durchaus dem Wert eines Bandes Schillerscher Dramen. Die Schlüsselstellung in diesen zusätzlichen Verpflegungsaktionen spielte jedoch der ehemalige katholische Priester, Kaplan Dr. Josef Rossaint, der wegen antifaschistischer Tätigkeit unter der katholischen Jugend zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und nun in Lüttringhausen das vielbeneidete Amt des "Brotschneiders"

ausübte; beneidenswert, obwohl die tägliche Versorgung von 1 300 Häftlingen mit je drei Scheiben Brot per Handbetrieb keine zu unterschätzende manuelle Arbeitsleistung war.

Keine Statistik hat festgehalten, ob und wieviel Zelleninsassen durch diesen ehemaligen Gottesdiener vor dem Hungertod bewahrt blieben. Justizoberwachmeister Sch., dem Küche und Bäckerei unterstanden, drückte dazu beide Augen zu. Die Kameraden in der Schneiderwerkstatt hatten mir meine Hosentaschen derart umgebaut, daß je drei Brotscheiben in jedem Hosenbein Platz fanden.

Das legendäre Radio –

Kontakt zur Außenwelt

Aber selbst in nationalsozialistischen Zuchthäusern lebte der Mensch nicht nur von Brot allein. Das Bedürfnis, besonders der politischen Gefangenen, nach objektiven politischen Informationen war mindestens ebenso groß. Deshalb "organisierten" wir mit Hilfe eines stillschweigend sympathisierenden Beamten ein leistungsfähiges Radiogerät, das in der von mir geleiteten Bücherei installiert wurde und mir in den Nächten per Kopfhörer den Empfang von "Feindsendern" ermöglichte. So empfang ich regelmäßig den englischen "Soldatensender Calais" und bei günstiger Wetterlage auch Radio Moskau. Am folgenden Tag konnte ich dann, unter Beachtung aller konspirativen Regeln, vertrauenswürdigen Kameraden die Ergebnisse meiner nächtlichen Abhöraktionen mitteilen. Gewiß waren solche Aktionen riskant, aber in derart ungewöhnlichen Zeiten, wenn der Tod ohnehin ständig vor der Zellentür steht, bekommen Risiken und Gefahren einen völlig anderen Stellenwert.

Stalingrad – neue Hoffnung

Eines Nachts im Januar 1943 erfuhr ich aus dem Radio die Kapitulation der in Stalingrad eingeschlossenen deutschen Armee des Generals Paulus. Diese Nachricht von entscheidender Bedeutung vermochte ich in einem günstigen Augenblick, wenige Tage später, auch meinem – auf Anweisung der Gestapo in Einzelhaft sitzenden – Genossen Dago- bert Lubinski durch den für einen Moment geöffneten Türspalt seiner Zelle zuzuflüstern. Genosse Lubinski wurde weniger Wochen später zusammen mit allen anderen jüdischen Häftlingen von Lüttringhausen nach Auschwitz verfrachtet. Meine Nachricht vom Anfang des Endes der Hitlerdiktatur hatte meinen Freund zwar nicht vor der Deportation ins Vernichtungslager Auschwitz bewahren können, aber diese Kunde vom beginnenden Siegesmarsch der Roten Armee dürfte ihm – dessen bin ich gewiß – den schweren Weg in die Gaskammer etwas erleichtert haben.

Im Zuchthaus "unabkömmlich"

Einige andere, an Leib und Leber gefährdete Kameraden konnten durch Dr. Engelhardt vor der Überführung ins KZ bewahrt werden. Es war während des Krieges üblich geworden, politische Häftlinge, die ihre gerichtlich verhängte Strafe verbüßt hatten, auf un- begrenzte Zeit in ein KZ zu verschicken, wo sie nicht selten der amtlich verfügten "Vernichtung durch Arbeit" zum Opfer fielen. In einige Fällen erklärte Engelhardt vorsorglich, die betreffenden Leute seien im Zuchthaus Lüttringhausen aus "wehrwirtschaftlichen Gründen" unabkömmlich, und, wenn ihm das nachzuweisen gelang, "durfte" der Betroffene über den gerichtlich be-

grenzten Termin hinaus im Zucht-
haus verweilen.

Dem Genossen Hermann Düllgen war es im Laufe des letzten Kriegsjahres gelungen, einen illegalen Briefwechsel mit Freunden außerhalb der Anstalt zu organisieren. Er äußerte in einem dieser Schreiben seine Ansicht, der Krieg sei für Deutschland verloren und das nahe Ende der Nazidiktatur sei abzusehen. Durch eine Fahrlässigkeit geriet dieser Brief in die Hände der Gestapo. Hermann Düllgen bekam einen neuen Prozeß, wurde wegen "Zersetzung der Wehrkraft des deutschen Volkes" zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Gestapo-Spitzel auf Engelhardt angesetzt

Trotz aller Vorsicht konnte aber auch das Verhalten des Anstaltsleiters in Lüttringhausen auf die Dauer der Gestapo nicht verborgen bleiben. In der Aktensammlung des Hauptstaatsarchivs zu Düsseldorf ist eine umfangreiche Akte einzusehen, aus der hervorgeht, daß Anfang 1944 auf Dr. Engelhardt persönlich ein Spitzel angesetzt wurde, dessen heute noch vorhandenen Berichte einen Teil der oben geschilderten Vorgänge tatsächlich erwähnen. Über die Auswertung dieser Spitzelberichte muß es indessen zwischen den verschiedenen konkurrierenden Machtorganen der Nazis zu Kompetenzstreitigkeiten gekommen sein. Persönliche Beziehungen Engelhardts zum Reichssicherheitshauptamt in Berlin und zu einflußreichen Persönlichkeiten im Reichsrüstungsministerium zerstreuten jedoch jene bedrohlichen, düsteren Wolken, die sich über Engelhardts Haupt zusammenzogen, haben ihn zumindest Zeit gewinnen lassen.

Als dann allerdings kurz vor Torresschluß, als die alliierten Befreier schon dicht vor den Toren



GESTAPO-AKTE NR. 51596 BEIM HAUPT-
STAATSARCHIV DÜSSELDORF ÜBER
ENGELHARDT, Dr. Karl, geb. 5.4.01

"2.2.44: Auftrag an SD einen V-Mann
(gegen Dr.E.) einzusetzen.
18.3.44: V-Bericht: Politische Gefangene werden begünstigt, 80 Gefangene (auch politische) wurden dem Wehrbezirkskommando gemeldet. Die politische Zuverlässigkeit von Dr.E. ist zweifelhaft, Dr.E. ist Anhänger der 'Bekennenden Kirche'. OInsp. Schaaf Insp. Nusch, GenStA Hagemann sind Vertraute von Dr.E.
27.4.44: Dr.E. hat einen positiven Bericht über den Gef.E. Runge abgegeben und ihn zur Frontbewährung vorgeschlagen.
10.5.44: Dr.E. hat das Urlaubsgesuch des politischen Gefangenen Schwippert aus Düsseldorf befürwortet.
3.7.44 : Beanstandung der Gestapo Düsseldorf, weil der politische Gefangene Hans Jennes nicht entlassen worden, sondern als Polizeigefangener in Schutzhaft in Lüttringhausen verblieben ist.
7.7.44 : Beschwerde der Gestapo Düsseldorf, weil Hermann Runge nicht ins KZ Sachsenhausen überführt worden ist.
22.7.44: Dr.E. wird zum Generalstaatsanwalt nach Düsseldorf zitiert, wo die Gestapo gegen Dr.E. in einem Gespräch Beanstandungen wegen der Fälle Jennes und Runge erhebt.
17.8.44 : Erin. Sekr. Zimmermann: Der Parteigenosse Engelhardt ist politisch unzuverlässig, es sind von ihm abfällige Äußerungen gegen den NS-Blockwart gemacht worden."

Lüttringhausens standen und gemäß eines Befehls des Chefs der eingeschlossenen Heeresgruppe, Generalfeldmarschall Model die politischen Gefangenen in allen Haftanstalten zwischen Rhein, Ruhr und Sieg der Gestapo unmittelbar unterstellt wurden, vermochte auch ein Dr. Engelhardt nur noch mit List und Tücke einigen besonders Gefährdeten das Leben zu retten. Jedoch 71 Häftlinge, darunter 60 Lüttringhausener, wurden am 13. April 1945 in der Wenzelnbergschlucht bei Solingen von Gestapobeamteten bestialisch ermordet.

Antifaschisten vergessen

Fast 40 Jahre später, am 20. Oktober 1982, wurde an der Umfassungsmauer der Justizvollzugsanstalt Remscheid-Lüttringhausen von Frau Justizminister Inge Donnepp und Oberbürgermeister Willi Hartkopf eine Gedenkplakette für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft enthüllt. Zahlreiche Lüttringhauser Bürger hatten sich zu dieser Gedenkstunde eingefunden, Mitglieder einer

Blaskapelle bliesen in ihre Posauern, wohlklingende Reden wurden gehalten, aber die überlebenden, ehemaligen politischen Häftlinge und ihre Organisation - die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten - hatte man "vergessen", zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung einzuladen, hätten sich nicht einige Dutzend Überlebende uneingeladen eingefunden, um an der Stätte ihrer gemeinsamen Leiden ihrer toten Kameraden zu gedenken. Ein anwesender Reporter des Westdeutschen Rundfunks entdeckte mich unter den anwesenden Gästen und bat mich, ein paar passende Worte in sein Mikrofon zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit konnte ich es nicht unterlassen, die Frage zu stellen, ob die überlebenden antifaschistischen Widerstandskämpfer heute schon wieder so gering geschätzt werden, daß man auf ihre aktive Mitwirkung bei der Gestaltung der politischen Gegenwart und Zukunft unseres Volkes glaube verzichten zu können.



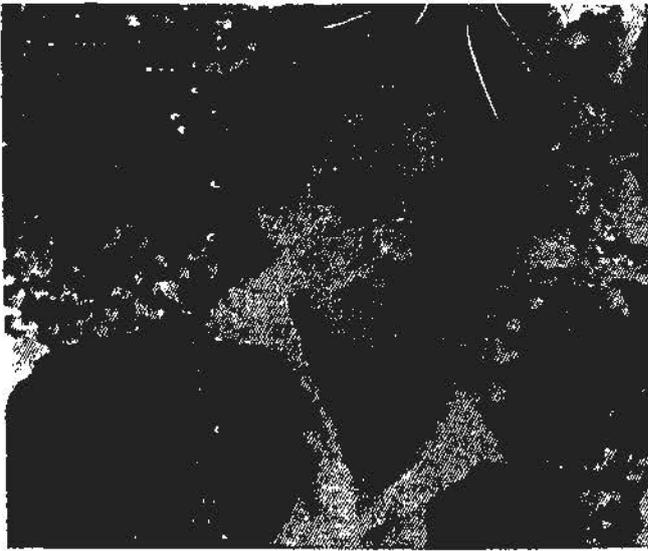
Die gefährlichsten Außenkommandos des Zuchthauses Lüttringhausen waren die Bombenräum- und Sprengkommandos. Sie wurden der Wehrmacht unterstellt. Viele politische Häftlinge stimmten ihrem Einsatz in diesen Kommandos zu, weil sie Kontakte zur Außenwelt ermöglichten. Sie hofften auf Gelegenheit zur antifaschistischen Aufklärungsarbeit und auch zur Flucht. Die Zugehörigkeit zu diesen Kommandos schützte in gewissem Maße vor Verfolgungen der Gestapo, rettete auch im April 1945 einigen das Leben. Zugleich fanden beim Einsatz in diesen Kommandos viele Antifaschisten den Tod.

Das Foto zeigt ein Bombenräumkommando des Zuchthauses Lüttringhausen, das im Lager Düsseldorf-Kalkum untergebracht war. Von den drei Antifaschisten aus der Stadt Kamp-Lintfort, die auf diesem Bild sind, überlebte nur einer.

Anton Andreizak (X) und Ernst

Altheide (XX) waren bis zum Oktober-Streik 1931 Betriebsräte auf der Schachtanlage Friedrich Heinrich in Kamp-Lintfort. Wegen ihres Kampfes gegen den Lohnraub durch Brüningssche Notverordnungen wurden sie gemäßregelt. A. Andreizak war Fraktionsführer der KPD im Gemeinderat und RGO-Funktionär. Zusammen mit Hans Haider (XXX) gehörten sie zur Leitung der KPD in ihrer Gemeinde, leisteten aktiven antifaschistischen Widerstand. In einem Massenprozeß gegen Antifaschisten des Kreises Moers wurden sie 1936 zu 8, 10 und 9 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach 8 Jahren Haft in Lüttringhausen wurden Anton Andreizak am 13. April 1943 und Ernst Altheide am 8. Februar 1944 von explodierenden Blindgängern buchstäblich zerrissen. Hans Haider gehörte zu den wenigen, die dieses Todeskommando überlebten.



Der Schlosser Hermann Runge (1902 - 1975), der Anfang der 30er Jahre SPD-Parteisekretär, Mitglied des "Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" und Vorsitzender der "Eisernen Front" des Kreises Moers war, gehörte zu dem Kreis Sozialdemokraten, die 1933 aus der Brotfabrik "Germania" in Duisburg-Hamborn eine illegale Organisationszentrale gemacht hatten, deren Hauptaufgabe die Verbreitung von antifaschistischen Schriften im niederrheinischen Gebiet war.

1935 gelang es dann der Gestapo, diese Widerstandsorganisation aufzuspüren und zu zerschlagen; aus den etwa 200 Festgenommenen - in der Untersuchungshaft wurden vier Verhaftete von der Gestapo umgebracht - wurden später 18 "Rädelsführer" herausgebracht, zu denen auch Hermann Runge gehörte.

13 Angeklagte wurden in diesem Prozeß wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Zuchthausstrafen von 2 1/2 bis 9 Jahren verurteilt; wegen Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats wurden drei weitere Angeklagte mit drei Jahren Zuchthaus bzw. einem Jahr und vier Monaten Gefängnis bestraft; zwei Anti-

faschisten mußten freigesprochen werden.

Hermann Runge, der zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und acht weitere Verurteilte mußten ihre Freiheitsstrafen im Zuchthaus Lüttringhausen verbüßen.

Hermann Runge wurde der Zuchthauschlosserei zugeteilt; seine dortige Tätigkeit ermöglichte es ihm, Kontakt zu seinen Genossen aufzunehmen:

"Wir hatten einen Hauptwachtmeister, der die Schreinerei, die Schlosserei und alle Außenstellen unter sich hatte. Viele Gefangene mußten ja beim Bauern oder draußen in den Betrieben arbeiten. Dieser Hauptwachtmeister trug zwar auch das Parteiabzeichen. Aber er war kein Nazi.

Ich schlug ihm vor, alle Abrechnungen für ihn zu machen, die Arbeitszeiten der Gefangenen einzutragen usw. Das war zwar nicht erlaubt, aber er war damit einverstanden. Nach einiger Zeit sagte ich zu ihm: Ich muß unbedingt mit dem einen oder anderen hier Kontakt aufnehmen. Das läßt sich machen, meinte er. Ich mußte dann Reparaturen im Zuchthaus ausführen. Wenn an den Festern oder an den Schlössern etwas nicht in Ordnung war wurde ich geholt. So hatte ich immer wieder Gelegenheit, mit den anderen zu sprechen."

Gekürzt entnommen aus:
Ronsdorfer Zeitung, Extra
Ausgabe anlässlich der An-
bringung der Gedenktafel
22. 10. 1982.

Sabotage in der Rüstung

Walter Kuchta, Köln, gehörte zu jenen politischen Häftlingen in Lüttringhausen, die auf der Mordliste der Gestapo standen. Der schwer an Tuberkulose Erkrankte erlitt in der Nacht vom 12. zum 13. April 1945 einen Blutsturz und lag bewusstlos im Lazarett. Der Direktor rettete sein Leben, indem er angab, Kuchta liege im Sterben. Zwei andere schwerkranke Häftlinge, darunter ein Beinamputierter, wurden auf der Bahre aus dem Lazarett getragen und am Wenzelnberg ermordet.

Walter Kuchta war zum erstenmal am 18. 8. 1934 verhaftet und 1935 zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er als Jungkommunist Flugblätter gegen jene "Volksabstimmung" vom 19. 8. 1934 verteilt hatte, bei der Hitler die Zustimmung verlangte zur Vereinigung der beiden Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers (Von da an hieß es offiziell: "der Führer und Reichskanzler ...") Ende 1935 wurde für Kuchta der Vollzug der Haft wegen schwerer Tuberkulose ausgesetzt. Wenige Tage vor Weihnachten ging der Schwerkranke in die Emigration nach Holland.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen 1940 beteiligte sich Walter Kuchta am holländischen Widerstandskampf. Am 3. 9. 1941 wurde er auf dem Weg zu einer illegalen Versammlung wieder verhaftet und im Mai 1943 erneut zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

1945 wurde er, wie sein Entlassungsschein ausweist, aus Lüttringhausen "vorläufig entlassen".



Walter Kuchta als Jungkommunist 1932

Vom Oktober 1942 bis zum April 1943 war ich mit einem Kommando zum Arbeitseinsatz bei der Bergischen Stahlindustrie (BSI) in Remscheid eingesetzt. In der Halle, in der wir arbeiteten, waren etwa 90 Prozent der Arbeitskräfte Häftlinge aus Lüttringhausen, der Rest bestand aus UK gestellten Remscheider Arbeitern. Hier sollten wir 12 Stunden täglich bei Tag- und Nachtschicht für Hitlers Endsieg - der auch unser Ende bedeutete - Granatenköpfe vordrehen und die Endmontage von Rädern für Panzerabwehrgeschütze ausführen.

Die Mehrzahl der Häftlinge waren Deutsche, allerdings in ihrer Mehrheit nicht wegen politischer Delikte Verfolgte. Zum Kommando gehörten 5 deutsche Kommunisten und 10 holländische Widerstandskämpfer, darunter Offiziere der niederländischen Marine.

Schon im März 1943 gab es grosse Schwierigkeiten, die vorgesehenen Produktionszahlen bei

der Rädermontage zu erreichen, da immer wieder Zulieferungen fehlten. In dieser Situation versuchten die antifaschistischen Häftlinge mit unterschiedlichen Methoden die Rüstungsproduktion zu sabotieren um ihren Beitrag zum Kampf gegen Hitlers Krieg zu leisten.

Unser Kamerad A. R. aus Neuß hat im März oder April 1943 an seiner Drehbank einige hundert Abschlußringe zu Schrott gedreht. Diese Sabotage wurde durch eine unüberlegte Aussage eines holländischen Kameraden gegenüber dem Meister entdeckt. A. R. wurde am nächsten Tag abgeholt und ist seither verschollen.

Ein anderer Kamerad ließ an der Montagebank in regelmäßigen Abständen einen Kugellagerring in den Staub fallen und drehte ihn dann, ohne vorherige Säuberung, gewaltsam mit der Gewindekluppe ein. Andere Methoden bestanden darin, möglichst viele der allesamt knappen Werkzeuge, Holzhämmer, Glühbirnen usw. zu verschleifen. Das führte zwar zu ständigen Beanstandungen durch den Meister, jedoch war bewußte Sabotage nie nachzuweisen.

An einer sehr alten, ausgeleierten Revolverdrehbank gab es stets große Einstellungsschwierigkeiten. Selbst der Meister und der Vorarbeiter wurden damit nicht fertig. Wer jedoch ständig an dieser Drehbank arbeitete, wurde mit diesen Schwierigkeiten fertig. Hierbei wurden dann in Tag- und Nachtschicht bewußt viele Stähle verschlissen. Ein Teil dieser Stähle konnte nicht mehr nachgeschliffen werden und wurde zu Schrott. Durch den "zivilen" Stahlschleifer auf der Nachtschicht wurden wir mehrfach gewarnt, vorsichtiger zu sein. Anfang März ließ unser

Kamerad an der Drehbank ganz bewußt, ohne sich über die Konsequenzen Gedanken zu machen, den Transport der Drehbank durchlaufen. Gewinde und Backenklauen waren total zerstört. Es gab ein großes Geschrei bei Meister und Betriebsführer, es wurde von Sabotage und Hochverrat gesprochen. Jetzt hing alles vom Gutachten des zivilen Reparaturschlossers ab. Dieser echte Remscheider Arbeiter war die Seele des Betriebes. Er erklärte klipp und klar: "Die Bank ist verschlissen und damit basta." Es dauerte sechs Wochen, bis die Ersatzteile herangeschafft werden konnten. In diesen Wochen wurden keine Granatköpfe vorgedreht!



In diesem 70 m langen Tunnel eine stillgelegten Bahnstrecke bei Wuppertal-Nächstebreck arbeitete ein Kommando Strafgefangener aus dem Zuchthaus Lüttringhausen. Im Stollen wurden von der Rüstungsfirma Homann Flugzeugteile produziert. Neben den Strafgefangenen arbeiteten dort auch zwangsverschleppte Sowjetbürger. Zu den dort Beschäftigten gehörte der Solinger Antifaschist Willy Westphal.

Erinnerungen an die letzten Tage vor der Befreiung



Der ehemalige politische Häftling in Lüttringhausen, Kaplan Dr. Joseph C. Rossaint, Präsident der VVN - Bund der Antifaschisten, erinnert sich:

Lüttringhausen im Frühjahr 1945. Es war zeitlich schon weit im Frühjahr, es hatte sich herumgesprochen, daß die Amerikaner nicht mehr weit seien. Im Zuchthaus Lüttringhausen wurde unter den politischen Häftlingen und auch von den anderen, die Frage diskutiert: Was machen die Nazis, wenn der Krieg verloren ist? Es herrschte wohl die Meinung vor, daß dann eine Mordserie ablaufen würde; doch im stillen dachte jeder, und er hoffte es auch, daß es ihn wohl nicht treffen werde.

Es wurde von Tag zu Tag eindeutiger: Die Nazizeit und der Krieg nähern sich dem Ende. Alle bereiteten sich ein bißchen auf dieses Ende vor, jeder mit der besten Hoffnung für sich, für ein Überleben.

Eines Tages fragte mich der politische Häftling Ferdinand Jahny aus Duisburg-Hamborn, ein KPD-Funktionär und ein patenter, hilfreicher Kamerad, ob ich denn einen Koffer hätte, um meine wenigen Habseligkeiten beim Verlassen des Zuchthauses einpacken zu können. Ich mußte dies verneinen, an einen Koffer habe ich wirklich nicht gedacht. Wohl aber Ferdinand Jahny, in Lüttringhausen Kalfaktor: er brachte mir schon am nächsten Tag einen von ihm selbst angefertigten Koffer, der sich als ein sehr brauchbares Stück erwies. Ich besitze und benutze ihn heute noch.

Jahny - er wurde am 13.4.45 am Wenzelnberg ermordet - gehörte zu den wenigen politischen Häftlingen, die der Meinung waren, daß auch nach einer Befreiung durch die Westalliierten absolut nicht eitel Freude herrschen würde. Er bezog seine Meinung aus der Einschätzung der in Amerika herrschenden reaktionären Kräfte, und die würden, so Jahny, eine Art neuer Verfolgung der fortschrittlichen linken Kräfte eintreten lassen. Doch dies wurde ihm nicht geglaubt.

Eines Tages ging wie ein Blitz die Parole durch das Haus: Die Gestapo rückt an. Das bedeutete nichts Gutes, und begreiflicherweise ergriff alle eine große Aufregung, die sich steigerte, weil der Zeitpunkt des Erscheinens der gefürchteten Gestapo-

später erfuhren wir, daß von der Gestapoleitstelle Wuppertal schon für einen viel früheren Termin das Eintreffen von Gestapo beabsichtigt war, um zur Exekution ausgesuchte Todeskandidaten aus dem Zuchthaus Lüttringhausen abzuholen.

Durch eine überlegte, vorsichtige Verzögerungstaktik der Anstaltsleitung in Lüttringhausen jedoch wurde dieser Zeitpunkt immer wieder hinausgeschoben. So mußten die Akten der zur "Auswahl" Kommenden gesichtet, sortiert und bereitgelegt werden; die Leitstelle in Wuppertal konnte diese Akten erst später abholen lassen. Es verging Zeit. Die Amerikaner standen nur wenige Kilometer von Lüttringhausen entfernt, in den Wäldern des Bergischen Landes wurde noch schwer geschossen. Die Nazibarbaren wollten aber reinen Tisch schaffen - auch in den Zuchthäusern.

Für uns war das Warten zermürbend, immer wieder sickerte eine Meldung durch, die Gestapo kommt, dann kam sie doch nicht. Wieder ein Tag gewonnen, bis es dann am 12.4.45 doch so weit war.

Da der Anstaltsleitung dieser Abholtermin bekannt war, wurden von ihr eine Anzahl politischer Häftlinge etwa ein bis zwei Tage vorher verlegt. Für uns war das unerklärlich. Einige Häftlinge kamen nach Remscheid ins Polizeigefängnis, ein anderer Teil wurde dem Kommando "Blindgänger-Entschärfer" bzw. dem "Bomben-Räumkommando" zugeteilt, andere gingen irgendwohin auswärts auf Arbeitskommando; und mit allen gingen deren Personalakten mit. Diese Häftlinge und ihre Akten waren dann am Tage der Abholung durch die Gestapo weder für diese noch

Nur deutsche Häftlinge wurden auf diese Weise verlegt. Die Verwaltung hatte von vornherein der Gestapostelle keine Listen mit den Namen ausländischer Häftlinge vorgelegt.

Auch meine Akte wurde von der Anstaltsleitung der Gestapo nicht vorgelegt, obwohl ich während der ganzen Zeit im Hause blieb. Der Wachtmeister Schmid sagte eines Tages zu mir - die Gestapoleute waren schon in der Anstalt -, ich soll mich zurückhalten. Ich erhielt den Auftrag, im Brotraum zu bleiben, wo ich schon vor einiger Zeit für den Brotschneider Max Dahlhaus aus Kalkum einspringen mußte. Jetzt fehlte wieder ein Helfer, und, weil ich Erfahrung im Brotschneiden hatte, wurde ich dorthin eingeteilt.

Es ging alles sehr schnell. Ich sah durch das Fenster dieses Brotraumes, wie zwei Gefangene herausgeführt wurden. Ich habe das Bild noch genau in Erinnerung, ich werde es nie vergessen. Der eine war Paul Tegethoff, ein zweiter, der rechts neben ihm ging, war meines Wissens ein Spanienkämpfer, erst ein Jahr in Lüttringhausen. Den Namen kannte ich nicht. Beide waren im Wirtschaftsgebäude beschäftigt. Diese beiden habe ich fortgehen sehen. Wie es weiterging, konnte ich von meinem Platz aus nicht verfolgen.

Hans Koch, ein belgischer Häftling, Hausarbeiter im Zuchthaus, hat mir später den ganzen Ablauf erzählt.

Als die Gestapo in Lüttringhausen ankam, mußten sich die "Selektierten" der Reihe nach im Verwaltungstrakt aufstellen und wurden vom Hauptwachmeister abgezählt, anschließend wurden sie abgeführt und auf geschlossene Kraftwagen verladen.

Keiner konnte mehr zurück. Und trotzdem gelang einem Häftling die Rückkehr. Heini, ein "Lebenslänglicher" hatte Lunte gerochen. Als er wie alle anderen durch das große Hausportal gehen sollte, erklärte er dem Hilfswachtmeister, er müsse noch einmal zurück, er hätte keine Schuhe, nur so pantoffelähnliche Fußbekleidung an.

Und tatsächlich, Heini wurde noch einmal zurückgelassen, wieder ins Leben zurückgelassen. Blitzschnell lief Heini zu Hans Koch und versteckte sich dort unter dessen Bett.

In dem aufgeregten Hin und Her wurde die Abwesenheit des Häftlings nicht sofort bemerkt, die Gefangenen waren ja abgezählt, die Listen stimmten, die Autos fuhren ab. Doch schon wenig später kam aus Wuppertal der Anruf, daß ein Mann fehlte.

Wieder große Aufregung, gegenseitiges Beschuldigen, Ankündigung eines Gestapokommandos, das schon am nächsten Tag ankam, um den Vermißten zu suchen. Zelle für Zelle, jeder Raum, auch der Kirchenraum, jede Ecke wurde abgesucht. Heini lag noch immer unter dem Bett. Wird es ihm gelingen, auch diesmal der Gestapo zu entkommen?

Es gelang! Die großartige Kameradschaft und Hilfe machte das schier Unglaubliche zur Wirklichkeit, mit Hilfe von Franz Otten, dem Heizer, einem ruhigen, überlegenen Mann. Der schleuste Heini aus der Versteckzelle an der Zentrale vorbei in die Kirche. Und während die Gestapo jeden Winkel durchsuchte, brachte

Franz Otten seinen Kameraden Heini in einen der über der Sakristei gelegenen Abstellräume, direkt unter einer Dachschräge, wo man nur liegen konnte. Heini blieb zwei Tage dort versteckt, Franz Otten brachte ihm das Essen. Heini war gerettet. Als die Amerikaner nur wenige Tage später einrückten, wurde Heini sofort entlassen. Andere Häftlinge mußten bis zu 14 Tage noch im Zuchthaus Lüttringhausen bleiben, allerdings waren die Zellen offen und das Essen besser.

Ich blieb noch etwa acht Tage in Lüttringhausen und schloß mich dann Hans Koch, dem Belgier, dem Holländer von Aggeln und Franz Otten an, die in Richtung Aachen und Grenze wollten. Wir bekamen vom Kommandanten von Solingen ein Auto zugeteilt und konnten fahren.

Zu sagen wäre noch, daß der Anstaltsleiter des Zuchthauses Lüttringhausen die Abhol-Aktion der Gestapo auch dadurch noch verzögerte, daß er bei deren Eintreffen die Anstalt verließ und zum Zahnarzt ging. Dadurch wurde die "Bereitstellung" der Häftlinge erneut verzögert und die immer nervöser werdende Gestapo gab sich schließlich mit weniger Häftlingen zufrieden.

Die von Engelhardt mit großer Überlegung mutig geübte Verzögerungstaktik hat manchem Widerstandskämpfer das Leben gerettet. Er hat durch eine genaue Berichterstattung nach der Befreiung die Einzelheiten des Verbrechens, das zur Ermordung unserer Kameraden führte, aufgedeckt.

Max Schäfer wurde am 5. Mai 1933 als Funktionär des illegal arbeitenden Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands verhaftet und zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Kurz nach seiner Verhaftung besuchte ihn der katholische Kaplan Dr. Rossaint in der Untersuchungshaft in Oberhausen. Bereits vor dem 30. 1. 1933 hatten beide in Kontakt gestanden, um über Möglichkeiten des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes junger Katholiken und Kommunisten zu diskutieren. J. Rossaint informierte nach seinem Besuch die Leitung des KJVD über die Verhaftung Max Schäfers.

Nach der Haftentlassung wurde M. Schäfer von seiner illegalen Organisation zur Organisierung der weiteren Arbeit ins Ausland geschickt. Von 1937 bis 1938 kämpfte er in Spanien in den Reihen der Internationalen Brigaden gegen den Faschismus. 1938 schickte ihn seine Partei nach Dänemark, um von dort aus illegale Jugendarbeit im Bereich der Wasserkante zu organisieren. 1940 nach dem deutschen Einmarsch wurde er in Dänemark verhaftet und erneut zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 gehörte er zu den Häftlingen, die durch Dr. Engelhardt vor der Ermordung bewahrt wurden. Er ist heute Mitglied des Präsidiums des Parteivorstands der DKP.

Bis heute wird dem antifaschistischen Widerstandskämpfer Max Schäfer die Wiedergutmachung verweigert.

Max Schäfer erinnert sich:

Es gibt Tage und Daten im Leben eines Menschen, die einem einfach unvergeßlich bleiben. Für mich war der 10. April 1945 ein solcher Tag.

An diesem Tag, es war ein Dien-



stag, habe ich zufällig den Mitgefangenen Kurt Selbinger getroffen, der dem Bombenräum-Kommando angehörte.

Selbinger übermittelte mir, daß hier in Lüttringhausen etwas im Gange sei, die Gestapo sei im Zuchthaus, durchschnüffle die Akten der Häftlinge, suche Namen aus der Häftlingskartei, die erschossen werden sollen. Er, Selbinger, war mit Hauptmann Schweizer, dem Leiter des Bombenräum-Kommandos, deshalb hier, um sich noch einige Gefangene zu holen, denn es liege ein Auftrag vor, in den nächsten Tagen noch "allerhand" zu sprengen, Brücken, Zufahrtsstraßen und ähnliche wichtige Einrichtungen. Eine Anzahl Gefangener konnte auf diese Weise - auch wenn es Todeskommandos waren - aus dem Zuchthaus Lüttringhausen herauskommen.

Dieses Gespräch mit Selbinger und das Wissen um die Mordpläne der SS und Gestapo versetzte mich in große Unruhe. Ständig war die Überlegung: was kann geschehen, um zu retten, was noch gerettet werden kann?

Im Zuchthaus selbst herrschte große Aufregung, denn daß etwas in der Luft hing, das fiel allen auf.

An dem Donnerstag, es war der 12. April 1945, kam in der Mittagspause ein Beamter zu mir mit dem Auftrag, daß ich mich sofort beim Arbeitsinspektor melden müßte. Ich arbeitete im Zuchthaus in meinem Beruf als technischer Zeichner. Der Arbeitsinspektor erklärte mir, ich müßte sofort nach Lennep, solle Zollstock, Papier und Bleistift mitnehmen, es müßten Fensterrahmen eingesetzt werden an einem Haus, das durch Bomben beschädigt worden sei. Die Fenster und auch die Rahmen seien kaputt, ich müßte alles ausmessen. Der Beamte würde mir dieses Haus zeigen. Wenn ich in Lennep fertig sei, würde mich der begleitende Beamte nach Remscheid zum Amtsgerichtsgefängnis bringen. Der Amtsgerichtspräsident habe auch gefordert, daß allerhand Schäden repariert werden müßten? Ich solle überall die Maße abnehmen, damit die dringend notwendigen Reparaturen und Anfertigungen erledigt werden könnten. Dabei war auch vorgesehen, daß ich im Amtsgerichtsgefängnis in Remscheid übernachten sollte.

Mir kam das alles ein bißchen komisch vor - ich wußte nicht recht, was ich davon halten sollte. Es war mir aber nicht unangenehm, aus diesem Haus in Lüttringhausen herauszukommen. Vielleicht erfährt man in Lennep oder Remscheid etwas mehr. Ich mußte mich sofort auf den Weg machen, zu Fuß natürlich, der mich begleitende Beamte per Fahrrad. Auf diesem Weg nach Lennep habe ich zufällig noch Hans Jennes, heute Vizepräsi-

dent der VVN - Bund der Antifaschisten - getroffen, der damals zum Arbeitskommando in der Firma Vorwerk-Wuppertal gehörte.

Nach diesem Fußmarsch - wir beeilten uns nicht, kamen wir in Lennep an. Auf der Polizeiwache war niemand, es war auch nirgendwo ein einziges kaputtes Fenster an diesem Haus zu entdecken. Eigenartig alles, der Beamte war sehr verwundert, ihm war daran gelegen, seinen Auftrag zu erfüllen, er mußte mich ja irgendwo abliefern. Also weiter nach Remscheid.

Neues Erstaunen - diesmal beim Amtsgerichtspräsidenten. Die Schäden, die repariert werden sollten, waren schon vor einem halben Jahr in Ordnung gebracht worden, erklärte er uns. Aber es sei hier noch etwas anderes zu machen, irgendetwas, das mit Teppichstangen zusammenhing. Also mußte ich doch in Remscheid übernachten, während der Begleitbeamte zurück nach Lüttringhausen fuhr.

Ich blieb die Nacht in Remscheid, auch noch am Vormittag des Freitags, das war der 13. April 1945. Mit einer Gruppe Jugendlicher aus einer Fürsorgeanstalt, die auch im Remscheider Gefängnis übernachtet hatten und deren Begleitbeamten kam ich an diesem Freitag zurück nach Lüttringhausen.

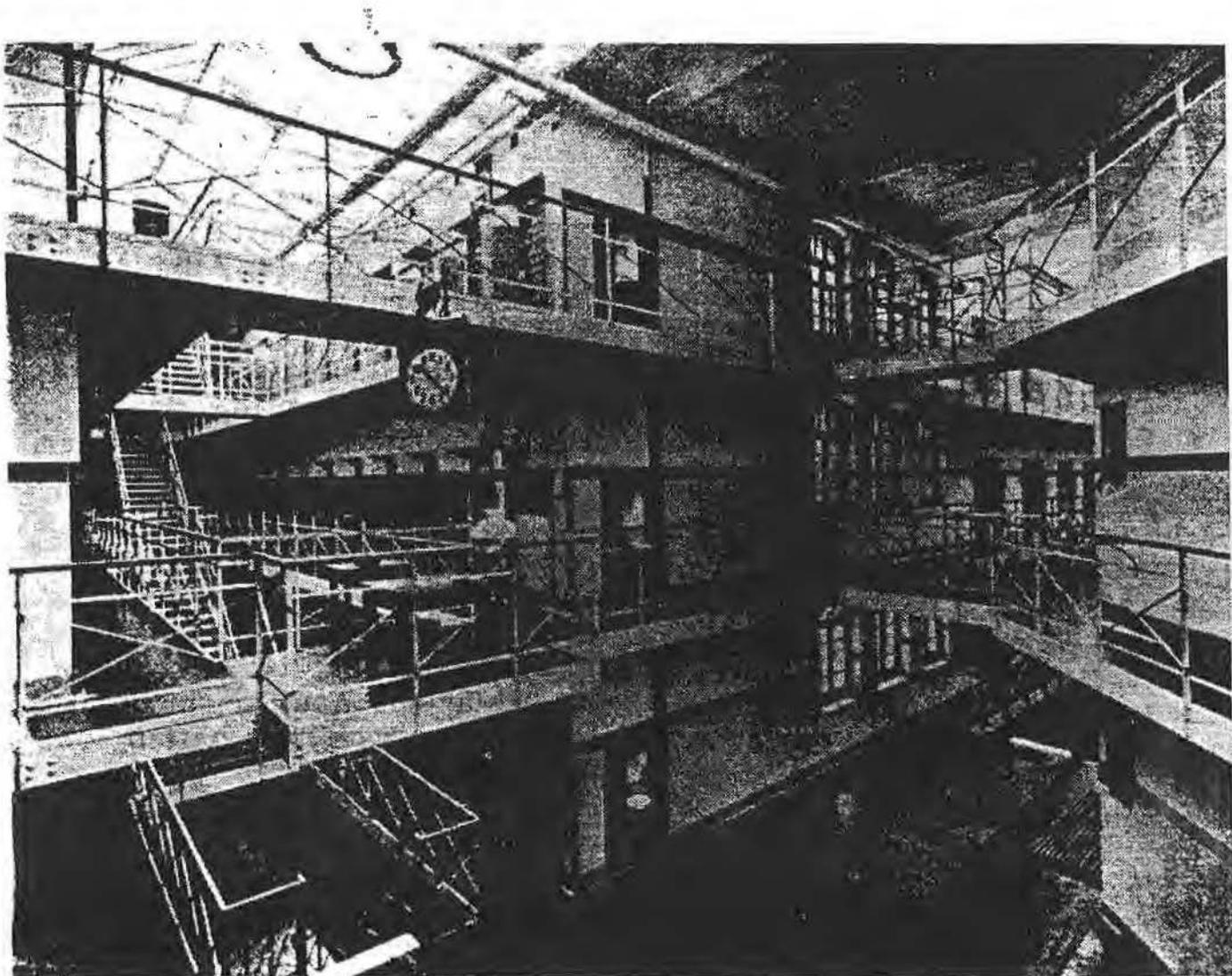
Als wir dort an der Außenpforte ankamen, trafen wir auf Holländer, die mich mit Freuden begrüßten. Ich war verwirrt, denn sie erklärten: Was für ein Glück, Du lebst ja noch, wir hatten schon Angst, auch Du ...

Dann erfuhr ich, was geschehen war, was wir ja schon ahnten, und wovor ich gerettet wurde - Dank der mutigen Entschlossen-

heit des Zuchthausdirektors.
Mit Möbelwagen waren die Todes-
kandidaten abtransportiert worden.
Es war schrecklich. Nur wenige
konnten gerettet werden, so auch
Willy Westphal, der mir dann
schilderte, wie ihn der Haupt-
wachtmeister noch aus der Schar

der Gefangenen herausgeholt hat-
te. Er hatte ihn, als er ihn in
der Reihe der Abziehenden sah,
angeschrien: "Was treiben Sie
sich hier herum!" und ihm eben-
so hart befohlen: "Machen Sie,
daß Sie auf die Zelle kommen!
Rühren Sie sich nicht weg!"

Innenansicht des damaligen Zuchthauses Lüttringhausen



Das Verbrechen in der Wenzelnbergschlucht am 13. April 1945

Nach Protokollen und Dokumenten
neu aufgezeichnet 1982 von Karl Bennert

24. Januar 1945

Der zweite Weltkrieg ist zu seinem Ausgangspunkt, nach Deutschland zurückgekehrt. Je mehr er sich seinem Ende näherte, desto grausamer schlugen die Terrororgane des faschistischen Staates um sich. Sie wollten möglichst viele ihrer Gegner mit sich in den Untergang reißen. In vielen Städten des Landes Nordrhein-Westfalen weiß man von Massenmorden an Antifaschisten in den letzten Tagen vor der Befreiung.

Am 24. Januar 1945 richtete das Reichssicherheitshauptamt ein Telegramm an die Leiter der Staatspolizei-(Leit) Stellen, Düsseldorf, Münster, Dortmund und Köln. Der Text:

"Geheime Reichssache - persönlich

Die gegenwärtige Gesamtlage wird Elemente unter den ausländischen Arbeitern und auch ehemalige deutsche Kommunisten veranlassen, sich umstürzlerisch zu betätigen. Größte Aufmerksamkeit ist daher geboten. Daß der Feind Vorbereitungen getroffen hat, geht aus einer Meldung des O.-B.-West hervor. Es ist in allen sich zeigenden Fällen sofort und brutal zuzuschlagen. Die Betroffenen sind zu vernichten, ohne im formellen Weg vorher beim RSHA Sonderbehandlung zu beantragen. Die Leiter der Kriminalpolizeistellen sind persönlich von ihnen entsprechend zu informieren."

Geheime Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Düsseldorf			
Aufgegeben Tag 24. Jan 1945 Monat Jahr Zeit 22.30 16583	Name für Empfänger M...	Geheime Staatspolizei 23. JAN 1945 ...	Betreffend
Telegramm - Funkpruch - Fernschreiben - Fernspruch			
INSP . DUESSELDORF NR . 7900 24.1.45 22.05 = GOE = AN DIE LEITER DER STAATSPOLIZEI (LEIT) STELLEN DÜESSELDORF MÜNSTER . DORTMUND UND KOELN G E M E I N E R E I C H S S A C H E - P E R S O N E L I C H DIE GEGENWERTIGE GESAMTLAGE WIRD ELEMENTE UNTER DEN AUSLAENDISCHEN ARBEITERN UND AUCH EHEMALIGE DEUTSCHE KOMMUNISTEN VERANLASSEN . SICH UMSTUERZLERISCH ZU BETAETIGEN GROESSTE AUFMERKSAMKEIT IST DAHER GEBOTEN . DASS DER FEIND VORBEREITUNGEN GETROFFEN HAT . GEHT AUS EINER MELDUNG DES O . B . - WEST HERVOR . ES IST IN ALLEN SICH ZEIGENDEN FAELLEN SOFORT UND BRUTAL ZUZUSCHLAGEN . DIE BETREFFENDEN SIND ZU VERNICHTEN . OHNE IM FORMELLEN WEG VORHER BEIM RSHA SONDERBEHANDLUNG ZUBEANTRAGEN . DIE LEITER DER KRIMINALPOLIZEISTELLEN SIND PERSOENLICH VON IHNER ENTSPRECHEND ZU INFORMIEREN .			

Auf diese Grundlage geht auch ein Tagesbefehl des Generalfeldmarschalls Model, Befehlshaber innerhalb des sogenannten Ruhrkessels - das waren die bereits von den Alliierten im Westen eingeschlossenen Gebiete - vom 7. 4. 1945 zurück:

"Auf Grund der mir vom Führer übertragenen Vollmachten ordne ich an, daß die Zuchthausgefangenen, die in den innerhalb der vom Feind eingeschlossenen Gebiete befindlichen Strafanstalten einsitzen, den Organen der Sicherheitspolizei zur sicherheitspolizeilichen Überprüfung zu übergeben sind. Dasselbe gilt für die in den Strafanstalten einsitzenden Untersuchungshäftlinge, soweit sie wegen politischer Vergehen oder Verbrechen in Haft sind oder Zuchthaus- oder Todesstrafe zu erwarten ist. Die nähere Regelung trifft der Höh. SS- und Polizeiführer."

8. und 9. April 1945

Diese "nähere Regelung" trifft der "Höhere SS- und Polizeiführer West", SS-Obergruppenführer Guttenberg in Essen u.a. an den Kommandeur der Sicherheitspolizei Henschke in Düsseldorf und an den Leiter der Gestapo-Außenstelle in Wuppertal, Kriminalrat Hufenstuhl.

10. April 1945

Nach telefonischer Anmeldung erscheint um 15 Uhr der Kriminalassistent Dahlmann bei Regierungsrat Dr. Engelhardt, dem Leiter des Zuchthauses Lüttringhausen. In Begleitung Dahlmanns befinden sich 3 weitere Gestapo-Beamte, darunter einer in SS-Uniform. Dahlmann verlangt die sicherheitspolizeiliche Überprüfung der einsitzen-

fen und beruft sich dabei auf eine schriftliche Anordnung des "Höheren SS- und Polizeiführers West". Dr. Engelhardt, wohlwollend, was diese "Überprüfung" für die Betroffenen bedeuten würde, versucht von da an, durch Verzögerungstaktik Zeit zu gewinnen. Der Versuch, bei einem Besuch bei Hufenstuhl in Wuppertal die ganze Aktion abzuwenden, indem er sich persönlich für die Gefangenen verbürge, scheitert jedoch. Allerdings gelingt es ihm dabei, die ausländischen Häftlinge völlig aus der Überprüfung herauszunehmen. Worauf es jetzt ankommt ist, den Kreis der zu "Überprüfenden" möglichst klein zu halten. Es gelingt, noch einige der am meisten Gefährdeten am nächsten Tag auf Außenkommando zu schicken und die Zahl der in engere Wahl Kommanden auf 90 zu beschränken. Die Gestapo verlangte ursprünglich die Auslieferung von ca. 500 Häftlingen.

12. April 1945

Um 16 Uhr kommen 2 große, geschlossene Lastkraftwagen mit einem starken Polizeiaufgebot auf den Hof der Anstalt gefahren. Weitere Verzögerungsversuche verfangen nicht mehr. Es stellt sich allerdings heraus, daß von den ursprünglich von dem Kriminalassistenten Dahlmann vorgemerkten 90 Gefangenen nur 55 verfügbar sind. Dahlmann ist in großer Eile und ärgerlich. Er erklärt sich nach längerem Hin und Her damit einverstanden, daß noch 6 Häftlinge mit einem Fahrzeug des Zuchthauses am anderen Morgen früh in das Polizeipräsidium Wuppertal nachgeschickt werden. Daß es dann doch "nur" 60 Gefangene sind, die aus dem Zuchthaus

Lüttringhausen stammen, ist darauf zurückzuführen, daß einer von ihnen, der Häftling Auerwald, in einem unbewachten Augenblick in eine Spülzelle entkommen konnte.

Auf dem Wege nach Wuppertal hält der Gefangenentransport in Wuppertal-Ronsdorf vor dem dortigen kleinen Polizeigefängnis, in dem 4 junge sowjetische Staatsangehörige wegen Feldfruchtdiebstahls einsitzen. Sie werden von der Gestapo mitgenommen.

Wohl am gleichen Tag war das Untersuchungsgefängnis in Wuppertal-Bendahl von Gestapo-Leuten "besucht" worden. Laut Ausgangsbuch wurden 4 politische Untersuchungsgefangene zwecks "Transports" abgeholt und ins Polizeipräsidium gebracht.

In der Zwischenzeit waren in Solingen-Ohligs die Vorbereitungen für den Massenmord schon getroffen worden. Bereits am 10. April waren hier die Gestapobeamten Hufenstuhl und Beine erschienen. In Begleitung der Solinger Gestapomänner Burmann und Vogel begab man sich in die Ohligser Heide, um einen günstigen Platz für das Verbrechen ausfindig zu machen. Burmann und Vogel wurden durch Hufenstuhl beauftragt, eine Grube ausheben zu lassen, deren Maße genau festgelegt wurden. Da dem Gestapomann Vogel wegen der "ungünstigen" Lage des Platzes Bedenken kamen, ließ er sich durch den Polizeileutnant Dreyer, Solingen-Ohligs, eine "besser geeignete Stelle" nennen. Mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte, denen man gesagt hatte, sie müßten einen Panzergraben ausheben, wurde dann in der Wenzelnbergschlucht die Grube ausgehoben. Die Fertigstellung meldete Burmann nach Wuppertal.

13. April 1945

In aller Frühe kommen aus Richtung Wuppertal die beiden geschlossenen Lastkraftwagen, begleitet von anderen Polizeifahrzeugen. Am Schützenplatz in Solingen-Ohligs steigen die Solinger Gestapobeamten zu und weiter geht die Fahrt in Richtung Solingen-Landwehr. Kurz hinter der Gaststätte Lohmann biegt man links ab, überquert den Sportplatz und ist bald am Fuß des "Wenzelnbergs". Das Gelände ist weithin abgesperrt, u. a. durch Hilfskräfte, des "SHD" (Sicherheitshilfsdienst), einer Organisation, die etwa der späteren "Technischen Nothilfe" entspricht.

Die Gefangenen müssen aussteigen und werden den Hügel hinangetrieben. Einige von ihnen können nicht gehen, sie müssen von anderen gestützt werden. Einer hat nur ein Bein und schleppt sich mit seinen Krücken durch den tiefen Sand. An der Grube angekommen, müssen sich die Opfer zu zweit hinknien, worauf sie durch Genickschuß getötet werden, darauf die Nächsten und so fort. Die Exekution dauert etwa eine Stunde. Anwohner berichten von entsetzlichen Schreien, unterbrochen von Pistolenschüssen.

Die am Verbrechen Beteiligten schaufeln die Grube zu, ein Kommando wird beauftragt, letzte Spuren zu verwischen. Doch behält das Grab sein Geheimnis nicht lange.

17. April 1945

Schon zwei Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Besatzungstruppen, am 16.4.45, hat eine Gruppe von Antifaschisten das Rathaus von Solingen-Wald besetzt. (Nachzulesen in I. Sbosny/K. Schabrod, "Widerstand in Solingen").

Am 17.4.45 erscheint auf der Polizeiwache - der amerikanische Kampfkommandant hatte die Antifa-Gruppe mit den Polizeiaufgaben betraut - ein ehemaliger Angehöriger des SHD, (s.o.) der zu der weiteren Absperrung der Mordstelle herangezogen worden war, und macht Mitteilung von dem Massenmord. Mit Genehmigung des Kampfkommandanten fahren sogleich 3 Mitglieder der Gruppe mit einem PKW zur angegebenen Stelle. Das noch frische Grab ist sofort erkennbar. In einer Tiefe von ca. einem Meter stößt man auf den ersten Toten. Es ist - nach den bei ihm gefundenen Ausweispapieren - der Untersuchungsgefangene Erich Lohmer, der, wie sich später herausstellt, aus dem Gefängnis Wuppertal-Bendahl, abgeholt worden war.

Da die Amerikaner der Walder-Gruppe lediglich die Genehmigung zu einer Erkundung erteilt hatten, fährt diese nach Solingen-Wald zurück und erstattet dem Kampfkommandanten Bericht. Er sagt, daß er von sich aus nichts unternehmen könne, da das Sache einer Spezialeinheit sei, die sich mit der Aufklärung von Naziverbrechen befasse. Auf deren Eintreffen müsse man warten.

27. April 1945

Auf der Walder Polizeiwache erscheint Sergeant Jerry Lilientahl von der CIC. Von der Antifa-Gruppe wird K. Bennert dazu bestimmt, mit den Amerikanern den Mordfall in der Wenzelnbergschlucht aufzuklären.

Sofort wird mit der Antifa-Gruppe Hans Menge in Solingen-Ohligs, mit der bereits Verbindung vor Einmarsch der Amerikaner bestand, vereinbart, eine Liste belasteter Alt-Nazis aufzustellen,



Karl Bennert mit dem CIC-Sergeanten Jerry Lilientahl im April 1945

len, die die Toten ausgraben sollen. Auch von Wald werden einige Namen vorgemerkt.

30. April 1945

Die Vorbereitungen sind soweit gediehen, daß mit der Exhumierung begonnen werden kann. Auf amerikanischen Militärlastwagen werden die für die Ausgrabungsarbeiten Vorgesehenen, ausgestattet mit Schaufeln, morgens zur Wenzelnbergschlucht gebracht und beginnen mit ihrer Arbeit. Es stellt sich heraus, daß die Opfer in eine Grube von ca. zwei Meter Breite, eineinhalb Meter Tiefe und 30 Meter Länge getrieben und, wie bereits geschildert, umgebracht worden waren.

Der Versuch, die Toten an Ort und Stelle zu identifizieren, gelingt nur in wenigen Fällen, da die meisten keine Papiere bei sich tragen. Allerdings ergeben sich Hinweise, durch Zeichen an der Unterwäsche - die Ermordeten tragen Zivilkleidung -, daß ein Großteil von ihnen aus dem Zuchthaus Lüttringhausen kommt.

1. Mai 1945

Auf Anordnung der amerikanischen Besatzungsbehörde werden die Opfer einer der letzten Schandtaten faschistischer Barbarei vor dem Rathaus in Solingen-Ohligs am 1. Mai 1945 beigesezt. Die Bevölkerung war zur Teilnahme aufgefordert worden und zeigte sich tief erschüttert. Am offenen Grabe sprachen die Pfarrer der einzelnen Bekenntnisse, der Oberbürgermeister sowie ein Vertreter der antifaschistischen Bewegung.

Jetzt erst beginnen die Untersuchungen und Vernehmungen der Solinger Gestapobeamten, soweit man ihrer noch habhaft werden konnte. von Anwohnern und anderen Zeugen, die zu dem ziemlich vollständigen Bild des Tathergangs und seiner Vorgeschichte geführt haben, wie es bereits geschildert worden ist.

Schwierigkeiten ergaben sich durch Kompetenzüberschneidungen innerhalb des amerikanischen Militärapparats. So war die Abteilung in Solingen-Ohligs nur für einen bestimmten Distrikt zuständig, den sie nicht überschreiten konnte. Es war zum Beispiel nicht möglich, den Gestapomann Vogel, der aus "Versehen" ins Internierungslager Recklinghausen gekommen war, erneut zu verhören. Ebenso wenig war es Sache der Ohligser Abteilung, nach den Wuppertaler Gestapoleuten zu fahnden.

Juni 1945

Solingen wird der britischen Besatzungszone zugeschlagen und die Amerikaner ziehen ab. Der Fall "Wenzelnbergschlucht" wird der entsprechenden Abteilung

der Engländer "FSS" übergeben mit der Empfehlung, sich der Sachkenntnis der deutschen Antifaschisten zu bedienen. Mehrere Besuche bei der FSS machen deutlich, daß dort kein großes Interesse an einer Strafverfolgung der Täter vorhanden ist.

Das Verbrechen blieb bis heute ungesühnt

In der Folge übernahm die Staatsanwaltschaft in Wuppertal den "Fall Wenzelnberg", nachdem die Presse, z. B. die damalige "Freiheit", regelmäßig mahnende Fragen gestellt hatte. Allerdings brachten diese Untersuchungen kein Ergebnis und sollen jetzt endgültig abgeschlossen worden sein. Es waren keine Zeugen beizuschaffen, die die Täter bei der Tat gesehen haben. Die Beteiligten, ob es sich um den ehemaligen SS-Obergruppenführer Guttenberg oder den Kommandeur der Sicherheitspolizei Henschke handelt, haben nicht "gewußt", um was es sich eigentlich handelte. waren also nur höhere Briefträger. Der Leiter des Erschießungskommandos, Goeke, gilt als vermißt. Model hat sich einige Tage nach der Mordtat selbst umgebracht.

Deutsche Abkürzungen:

Gestapo = Geheime Staatspolizei
RSHA = Reichssicherheitshauptamt
SHD = Sicherheitshilfsdienst
O.B. West Oberbefehlshaber West

Die Toten vom Wenzelnberg

Die Namen der Ermordeten:

- | | |
|------------------------------|----------------------------|
| 1. Ludwig Baumann | 37. Hermann Landtreter |
| 2. Hugo Breemkötter | 38. Horst Lettow |
| 3. Josef Breuer | 39. Henri Liebisch |
| 4. Leopold Choncenzey | 40. Ferdinand Margreiter |
| 5. Wilhelm Clemens | 41. Heinrich Marth |
| 6. Christian Döhr | 42. Otto Markus |
| 7. Heinrich Dietz | 43. Gustav Marnitz |
| 8. Adolf Führer | 44. Franz Müller |
| 9. Bernhard Funkel | 45. Walter Nell |
| 10. Wilhelm Fatscher | 46. Josef Nikolay |
| 11. Johann Galwelat | 47. Hubert Offergeld |
| 12. Otto Gaudig | 48. Heinrich Rode |
| 13. Karl Gabowski | 49. Adolf Röder |
| 14. Wilhelm Gietmann | 50. Herbert Runkler |
| 15. Albert Grandt | 51. Sylvester Sniatecki |
| 16. Johann Hense | 52. Heinrich Schlieper |
| 17. Adolf Hermanns | 53. Karl Schulz |
| 18. Karl Horn | 54. Wilhelm Stangier |
| 19. Wilhelm Hanrath | 55. Mitrofan Saitzki UdSSR |
| 20. Hans Holzer | 56. Franz Spitzlei |
| 21. Ferdinand Jahny | 57. Theodor Schmidt |
| 22. Wincente Jankowski Polen | 58. Johann Schyra |
| 23. Hermann Jäger | 59. Paul Tegethoff |
| 24. Friedrich Knopp | 60. Max Thiemann |
| 25. Artur Koch | 61. Josef Thiemann |
| 26. Friedrich Kamleiter | 62. Heinrich Tries |
| 27. Jakob Krieger sen. | 63. Paul Wondzinski |
| 28. Josef Kuhnt | 64. Karl Wallraven |
| 29. Heinrich Kubick | 65. Hans Wimmershof |
| 30. Rudolf Käferhaus | 66. Wilhelm Wilgeroth |
| 31. Daniel Kresanowski UdSSR | 67. Victor Wolyneec UdSSR |
| 32. Walter Kuhlmann | 68. August Zywitzki |
| 33. Wilhelm Kranz | |
| 34. Max Lang | |
| 35. Erich Lohmer | |
| 36. Paul Liszum | und drei Unbekannte |

"... BIS AUF WEITERES BEURLAUBT ..."

JULIUS
Strafgefängnis
Gerichtsgefängnis

RD. Lüttringhausen

den 19. April 1945

NR.



O J. 305/34

Entlassungsschein

Der ~~Sax~~ Walter Kuchta geb. am 6.10.1914
in Moers
war vom 25. Nov. 1942 bis zum 19. April 1945 in Moers -- Strafhaft.
Er ~~ist~~ wurde heute nach Moers
~~ist~~ Walter Kuchta -- bis auf weiteres beurlaubt.

Der ~~Sax~~ Entlassene findet nach seiner Walter Kuchta -- Angabe
a) Unterkunft in Moers
b) Arbeit in

Über das zuständige Arbeitsamt und die nächstbestehenden Versorgungsbehörde ist er Walter Kuchta -- befehrt.

Er Walter Kuchta -- bezieht nach seinen Walter Kuchta -- Angaben:
a) Kriegsbeschädigten-Rente von RM monatlich.
b) Invalidenrente von RM monatlich.

Die Kleidung des Walter Kuchta -- Entlassenen hat bei Walter Kuchta -- Entlassung bestanden aus:

Sie war in gutem Walter Kuchta -- leiblichem Walter Kuchta -- Zustand.

Bemerkungen siehe umliegend!

A. 52 (Dir.) Entlassungsschein (S. 130 156. 7 232.) 434 1000

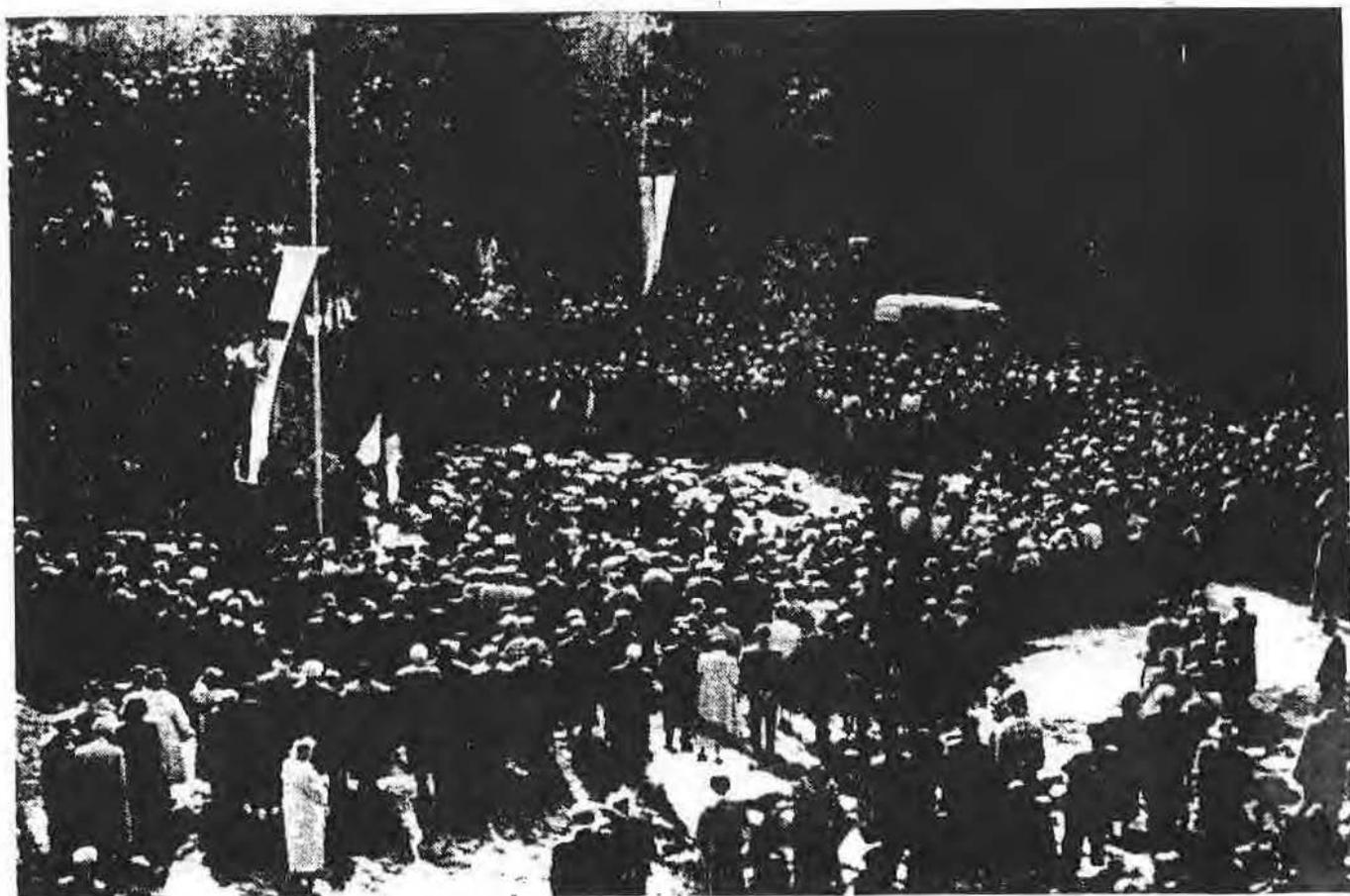
Bekannte Solinger Nazis mußten auf Befehl der Militärregierung die Opfer ausgraben. Sie wurden am 1. Mai 1945 vor dem Rathaus Solingen-Ohligs feierlich beigesetzt.





Alljährlich finden im April in der Wenzelnberg-Schlucht Kundgebungen zum Gedenken an die Opfer und zur Mahnung an die Lebenden statt.

Obiges Bild zeigt die Demonstration vom Treffpunkt Lokal Lohmann (Gravenburg) zur Schlucht; das untere Foto gibt den Eindruck einer Gedenkfeier wieder.



1. Foto:
(oben)

Bekannte Nationalsozialisten aus Ohligs und Wald mußten am 30. April 1945 die erschossenen Häftlinge exhumieren

2. Foto:
(unten)

Unter Glockengeläut wurden 71 Opfer am 1. Mai 1945 vor dem Rathaus Ohligs feierlich beigesetzt; die Bevölkerung mußte am offenen Sammelgrab entlang defilieren

3. Foto:

Oberbürgermeister Oskar Rieß, von den Amerikanern eingesetzt, und sein Bruder Max Rieß (rechts im Bild), Sprecher des Solinger "antifaschistischen Ausschusses", hielten am 1. Mai 1945 Gedenkreden; Pfarrer beider Konfessionen (im Bild Pastor Kuhn) und ein US-Feldgeistlicher sprechen Gebete

4. Foto:

Generalfeldmarschall Model, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, vor seinem Gefechtsstand in einem Haus in Wiescheid Anfang April 1945

Fotos: Stadtarchiv Solingen







Die ermordeten Häftlinge zum Wenzelsberg umgebettet

Angekündigter VVN-Protest fand nicht statt



Die in den letzten Kriegstagen ermordeten ehemaligen Häftlinge aus Lüttringhausen wurden gestern von ihrer Ruhestätte vor dem Ohligser Bahnhof in Särgen umgebettet. Die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sollen nun feierlich an der Gedenkstätte am Wenzelsberg beigesetzt werden. Die Arbeiten gingen in aller Stille und größter Eile hinter einer dichten Sichtblende vor sich (unser Bild). Die Umbettung war unumgänglich, weil die Straße vor dem Ohligser Rathaus verbreitert werden muß. Die „VVN“ hatte Protestmaßnahmen und einen Sitzstreik angedroht. Diese Protestmaßnahmen fanden jedoch nicht statt. Die Arbeiten wurden noch gestern abend abgeschlossen.

19.1.65

72 Tote fanden letzte Ruhestätte

Solingens Oberbürgermeister Dunkel gab die Grabstätte in Obhut des Rhein-Wupper-Kreises

Rhein-Wupper. Die sterblichen Überreste der 72 Häftlinge, die am 13. April 1945 von der Gestapo am Wenzelnberg erschossen und in den letzten Kriegstagen auf Anordnung der amerikanischen Truppen vor dem Ohligser Rathaus beigesetzt worden waren, sind nach erfolgter Exhumierung am Samstagmorgen vor dem Mahnmahl Wenzelnberg in Langenfeld, dort wo sie erschossen worden waren, zur letzten Ruhe bestattet worden.

Unter den Teilnehmern an der Gedenkfeier sah man Solingens Oberbürgermeister Dunkel, Oberstadtdirektor Fischer, Landrat Wilhelm Helf, Oberkreisdirektor Dr. Bubner, Langenfelds Bürgermeister Hans Litterscheid und — als Stellvertreter von Stadtdirektor Hans Koch — Ersten Beigeordneten Dr. Wolfgang Kressner, Pfarrer Weimer von der katholischen Pfarre Landwehr-Wiescheid, Pfarrer Schmidt von Reusrath sowie Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vor den bereits dem Erdreich übergebenen zwölf Särgen, die die sterblichen Überreste der 72 Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft bergen, grüßten Kränze der Stadt Solingen, der Stadt Langenfeld, von Landrat Helf und Oberkreisdirektor Dr. Bubner, des Deutschen Gewerkschaftsbundes Rhein-Wupper/Leverkusen und der Deutschen Friedens-Union Solingen.

Pfarrer Weimer von der katholischen Pfarre Landwehr-Wiescheid erklärte in einer schlichten Andacht, daß die Pfarre Wiescheid die Umbettung der Toten an den Ort, an dem sie zu Opfern der Gewalt geworden seien, begrüße. Hier ruhten sie unter dem Kreuz, dem Zeichen, das symbolisiere, daß der Mensch immer zum Opfer bereit sein müsse, das aber auch ein Zeichen des Sieges und der Erlösung sei.

Pfarrer Schmidt (Reusrath) sagte: „Durch Christus ist alles neu geworden. Das gilt auch für die Menschen, die auf so grausame Weise den Opfertod gestorben sind.“ Das Kreuz, unter dem die Opfer vom April 1945 nun ihre letzte Ruhestätte gefunden hätten, gelte für die so grausam zu Tode gekommenen Menschen als Zeichen der Erlösung und der Hoffnung. Pfarrer Schmidt wünschte, daß das Mahnmahl am Wenzelnberg zu einer Wallfahrtsstätte werden möge, an der man lerne, aus vergangener Schuld Vergebung zu suchen.

Solingens Oberbürgermeister Dunkel erklärte in seiner Gedenksprache: „Wir stehen hier an zwölf Särgen von 72 Menschen, die gegen Recht und Gesetz ermordet worden sind.“ Auf amerikanischen Befehl seien die Opfer zu Ende des Krieges vor einem öffentlichen Gebäude, dem Ohligser Rathaus, bestattet worden. Dort hätten sie am Rande des brandenden Verkehrs gelegen.

Diese Grabstätte, an der die Menschen oft teilnahmslos vorübergegangen seien, hätte nicht die letzte Grabstätte für die 72 Toten bleiben können. Hier seien die Opfer nicht zur Ruhe gekommen. Und auch der Verkehr habe seinen Tribut gefordert. Der dominierende Grund für die Umbettung sei es aber gewesen, für die Toten eine Ruhestatt von bleibender Bedeutung vor einer würdigen Gedenkstätte zu schaffen. „Hier am Wenzelnberg, wo wir die Stille spüren“, sagte Dunkel, „ist die rechte Ruhestätte-für die Opfer der

Gewalt.“ Jetzt, nachdem die Toten hier bestattet worden seien, erhalte das Mahnmahl erst seine rechte Weihe.

Der Oberbürgermeister von Solingen überantwortete die letzte Ruhestätte der 72 Opfer grausamer Gewalt den Repräsentanten des Rhein-Wupper-Kreises und der Stadt Langenfeld.

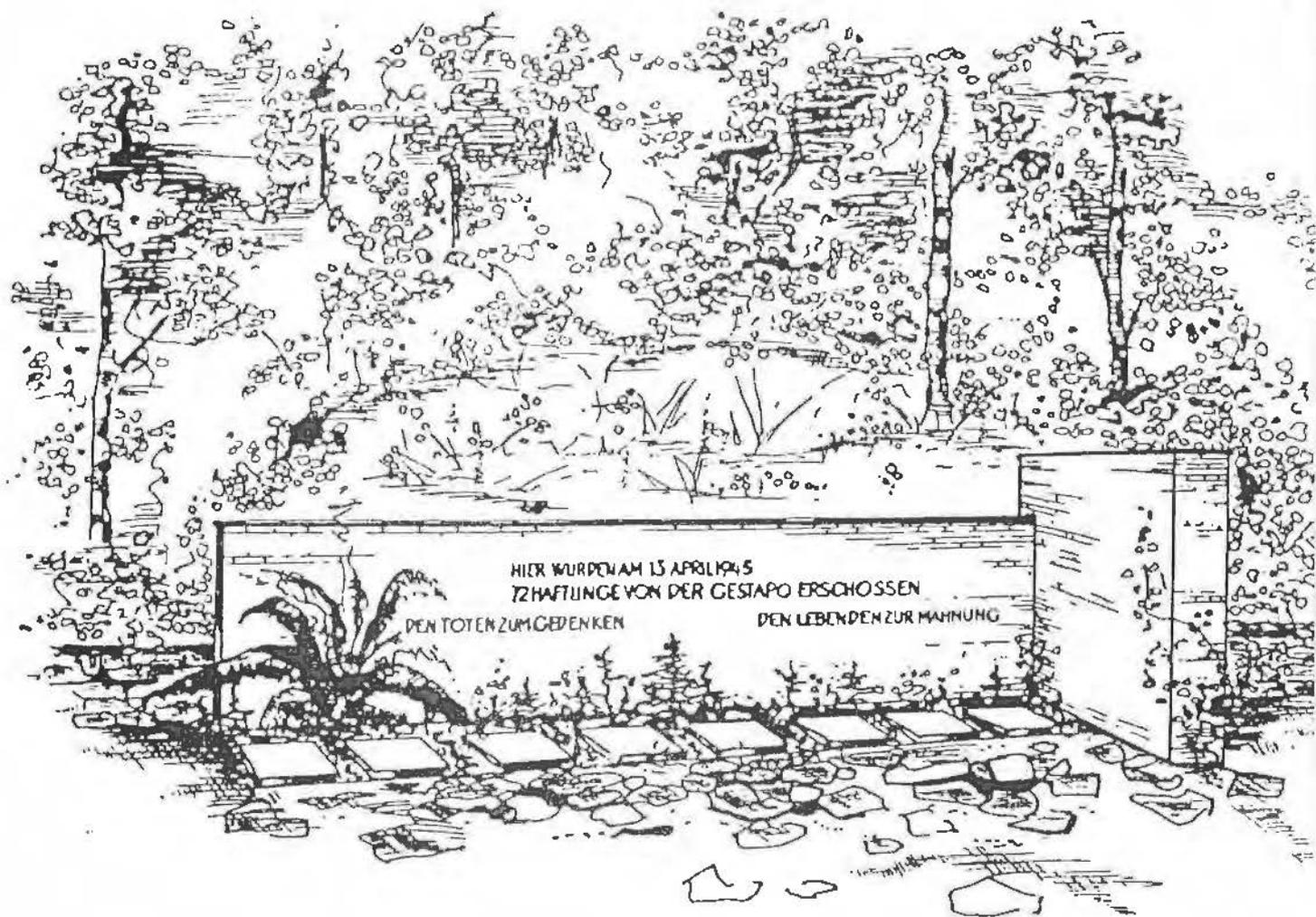
Landrat Wilhelm Helf, der gleichzeitig auch namens Bürgermeister Litterscheid sprach, übernahm — nachdem er der Toten vor den Särgen gedacht hatte — die Stätte in die Obhut des Kreises und der Stadt Langenfeld. Erklärte Helf: „Diese Stunde soll uns erneut eine Mahnung für alle Zeiten sein, daß wir die Opfer der Verbrechen des Nationalsozialismus nicht vergessen werden.“



IN EINER WÜRDIGEN Feierstunde fanden die 72 Opfer am Wenzelnberg eine letzte Ruhestätte. Diese 72 Menschen waren in den letzten Kriegstagen dort erschossen und in Solingen-Ohligs beigesetzt worden. Unser Bild zeigt Pfarrer Schmidt bei seiner Ansprache.

Ausschnitt aus der Zeitung
"Neue Rhein-Zeitung" vom 26.1.1965

Gedenkfeier zu Ehren der Toten vom Wenzelnberg 1986



Sonderdruck aus:

15

DIE HEIMAT

Mitteilungsblatt

des Bergischen Geschichtsvereins, Abteilung Solingen e. V. · Neue Folge

Herausgegeben von Jürgen Stohlmann

Heft 2

Gedenkfeier zu Ehren der Toten vom Wenzelnberg

Solingen 1986

© Bergischer Geschichtsverein, Abteilung Solingen e. V.
Alle Rechte, insbesondere die der Vervielfältigung und des Nachdrucks, vorbehalten.

Anschrift: Bergischer Geschichtsverein, Abteilung Solingen e. V.
c/o Stadtarchiv Solingen, Klosterhof 4, 5650 Solingen 1, Telefon 59 03 45.

ISSN 0179-048X · ISBN 3-925626-03-4

Gedenkfeier zu Ehren der Toten vom Wenzelnberg

15

Sonntag, 13. April 1986, Wenzelnberg-Mahnmal

Johann Hermann Schein
Intrade

Jugendblasorchester der Musikschule
der Stadt Solingen
Leitung: Alois Mansfeld

Begrüßung

Gerd Kaimer
Oberbürgermeister der Stadt Solingen

Darstellung der Geschehnisse
(Dokumentation)

Schülerinnen und Schüler
der Gerhart-Hauptmann-Schule,
Städtische Aufbaurealschule, Solingen:
Angela Böker, Diana Dirks,
Michael Liese, Markus Schrick,
Michaela Schumacher
Leitung: Friederike Volpert-Engelmeyer

Johann Hermann Schein
Allemande

Jugendblasorchester der Musikschule
der Stadt Solingen

Gedenkrede

Johannes Motz
Leiter der Gerhart-Hauptmann-Schule

Franz Schubert
Sanctus

Jugendblasorchester der Musikschule
der Stadt Solingen



Abb. 1: Wenzelnberg-Gedenkfeier am 13. April 1986 (Foto: Archiv des Solinger Tageblattes)

Gerd Kaimer

Wir gedenken

Meine Damen und Herren,
liebe Schülerinnen und Schüler!

Ich begrüße Sie namens der Städte Langenfeld, Leverkusen, Remscheid und Solingen. Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind, um der 71 Menschen zu gedenken, die am 13. April 1945 an dieser Stelle von Schergen des Nazi-Regimes ermordet wurden.

„Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“ — so lautet eine jüdische Weisheit. Erinnerung an die Schreckenstat vom Wenzelnberg und an die schlimme Vorgeschichte, die eine solche Tat möglich machte, tut not, immer, jederzeit. Ein Volk, das seine Geschichte vergißt, ist dazu verdammt, die Fehler zu wiederholen.

„Die Jungen“, darauf hat der Herr Bundespräsident hingewiesen, „sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.“ Helfen wir unserer Jugend, diese Verantwortung zu tragen. Dazu gehört Information junger Menschen in der Schule, in der Familie, in den Jugendorganisationen und in den Kirchen. Verdrängung von Vergangenheit aus dem Geschichtsbewußtsein wäre verhängnisvoll.

Zwingend notwendig erscheint es mir, stärker als bislang geschehen, dem Nationalsozialismus und gerade auch dem Widerstand hiergegen in der Ortsgeschichte zu begegnen. Ich möchte auffordern die Geschichtsvereine, Lehrer, vor allem aber die Zeitzeugen, solche Begegnungen zu suchen, insbesondere mit Schülern.

Wenn ich die schulische Auseinandersetzung mit dem Widerstand in unseren Schulen eigens betone, dann deshalb, weil junge Deutsche nicht nur das Recht haben, das „frühere, ein anderes Deutschland“ kennenzulernen, sondern weil für sie auch dieses Wissen, diese Begegnung, notwendig ist, um eine Identität mit unserem Volk finden zu können.

Wir gedenken heute der am Wenzelnberg Ermordeten, auch in der Hoffnung, daß ihr Sterben Mahnung bleiben wird: Niemals mehr dürfen Willkür und Gewalt in Deutschland herrschen.

Darstellung der Geschehnisse

Dokumentation*

Am 13. April 1945 wurden hier am Wenzelnberg 71 Häftlinge aus dem Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen sowie den Wuppertaler Gefängnissen Bendahl und Ronsdorf von Gestapo-Beamten erschossen und verscharrt. Einen Tag später überschritten die Amerikaner die Wupper, drei Tage später besetzten sie Solingen.

Diese grausamen Morde kurz vor der Befreiung von der Nazi-Diktatur waren keine Einzelfälle. In vielen Städten unseres Landes geschahen — sozusagen in letzter Minute — solche Massenmorde auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin vom 24. Januar 1945 (Abb. 2)¹:

Geheime Staatspolizei. Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

An die Leiter
der Staatspolizei-(leit-)stellen
Düsseldorf, Münster, Dortmund und Köln

G e h e i m e R e i c h s s a c h e — persönlich —.

Die gegenwärtige Gesamtlage wird Elemente unter den ausländischen Arbeitern und auch ehemalige deutsche Kommunisten veranlassen, sich umstürzlerisch zu betätigen. Größte Aufmerksamkeit ist daher geboten. Daß der Feind Vorbereitungen getroffen hat, geht aus einer Meldung des O.B. West² hervor.

Es ist in allen sich zeigenden Fällen sofort und brutal zuzuschlagen. Die Betreffenden sind zu vernichten, ohne im formellen Weg vorher beim RSHA Sonderbehandlung zu beantragen. Die Leiter der Kriminalpolizeistellen sind persönlich von Ihnen entsprechend zu informieren.

Diese Gestapo-Anweisung wurde konkretisiert durch einen Befehl des Generalfeldmarschalls Model vom 7. April 1945 (vgl. Abb. 3 und 4)³:

Oberkommando der H.Gr. B⁴
Der Oberbefehlshaber
III Az. 14

H.Q.⁵, 7. 4. 1945

Auf Grund der mir vom Führer übertragenen Vollmachten ordne ich an, daß die Zuchthausgefangenen, die in den innerhalb der vom Feind eingeschlossenen Gebiete befindlichen Strafanstalten einsitzen, den Organen der Sicherheitspolizei zur sicherheitspolizeilichen Überprüfung zu übergeben sind.

Dasselbe gilt für die in den Strafanstalten einsitzenden Untersuchungshäftlinge, soweit sie wegen politischer Vergehen oder Verbrechen in Haft sind oder Zuchthaus- oder Todesstrafe zu erwarten ist.

Die nähere Regelung trifft der Höh. SS- und Polizeiführer.

gez. Model
Generalfeldmarschall

Geheime Staatspolizei - Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Aufgenommen Tag: 24. Jan 1945 Monat: Jan Jahr: 1945 Zeit: 22.30		Name für Empfängerpost Müller		Defizient Monat: Jan Jahr: 1945 Zeit: 11.11	
phän.		Geheim Staatspolizei Düsseldorf		25 JAN 1945	
N. 16583		Telegraph - Funkpost - Fernschreiben - Fernpost		Verfügungsbereich 15/45/23	

INSP. DUESSELDORF NR. 7900 24.1.45 22.05 - GGQ -
AN DIE LEITER DER STAATSPOLIZEI (LEIT) STELLEN DUESSELDORF,
MUEMETER, DORTMUND UND KOELN.
GEHEIME REICHSSACHE - PERSOENLICH
DIE GEGENWERTIGE GESANTLAGE WIRD ELEMENTE UNTER DEN
AUSLAENDISCHEN ARBEITERN UND AUCH EHEMALIGE DEUTSCHE
KOMMUNISTEN VERANLASSEN, SICH UMSTUERZLERISCH ZU BETAETIGEN.
GROESSTE AUFMERKSAMKEIT IST DAHER GEBOTEN. DASS DER
FEIND VORBEREITUNGEN GETROFFEN HAT, GEHT AUS EINER MELDUNG
DES O. B. WEST HERVOR. ES IST IN ALLEN SICH ZEIGENDEN
FAELLEN SOFORT UND BRUTAL ZUZUSCHLAGEN. DIE BETREFFENDEN
SIND ZU VERNICHTEN. OHNE IM FORMELLEN WEG VORHER BEIM
RSHA SONDERBEHANDLUNG ZUBEANTRAGEN. DIE LEITER DER
KRIMINALPOLIZEISTELLEN SIND PERSOENLICH VON IHREN ENTSPRECHEND
ZU INFORMIEREN.

Abb. 2: Geheimbefehl des Reichssicherheitshauptamtes (Berlin) an die Gestapo-Leitstelle Düsseldorf vom 24. Januar 1945 (Empfänger-Kopie, Stadtarchiv Solingen)



Abb. 3: Generalfeldmarschall Walter Model, der am 7. April 1945 den Befehl gab, Häftlinge der Gestapo „zur Überprüfung“ zu überstellen, war damals mit einem Teil seines Stabes in diesem Haus an der Opladener Straße in Aufderhöhe einquartiert (Foto: Archiv des Solinger Tageblattes)



Abb. 4: *Generalfeldmarschall Model, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, vor seinem Gefechtsstand in einem Haus in Wiescheid Anfang April 1945 (Foto: Archiv des Solinger Tageblattes)*

Über die Folgen dieses Befehls für das Zuchthaus Lüttringhausen berichtete 1947 der Anstaltsleiter Regierungsrat Dr. Engelhardt — ein Mann, der sehr couragiert mit allen Mitteln versuchte, die Ausführung des Befehls zu verzögern⁶:

Der Vorstand der Strafanstalt
Regierungsrat Dr. Engelhardt

Remscheid-Lüttringhausen,
den 19. 2. 1947

In Ergänzung meiner Darstellung der Vorgänge, welche die Erschießung von 60 Zuchthausgefangenen am 13. 4. 1945 früh in Landwehr zur Folge hatten, ist noch folgendes an- bzw. auszuführen:

1. Als ich über die Absicht der Gestapo, auf Grund des Model-Befehls sämtliche Insassen der von mir geleiteten Anstalt einer Sicherheitsprüfung zu unterziehen, unterrichtet wurde, stand für mich sofort fest, daß ich alles nur irgend Erreichbare aufbieten müsse und aufbieten würde, um schon die Durchsicht der Personalakten oder der Personalkartei, vor allem jedoch die Abholung von Gefangenen zu verhindern.

2. Dies galt sowohl für den zunächst angenommenen Fall, daß man die betreffenden Verurteilten lediglich an anderer Stelle aus Sicherheitserwägungen zusammenziehen oder zu Verteidigungszwecken bei Schanzarbeiten einsetzen würde als auch für die Möglichkeit, daß man sie aus vermeintlichen Abwehrrfordernissen ohne Hemmung umbringen wollte. In Anbetracht all dieser Eventualitäten, vor allem aber im Hinblick darauf, daß auch die letzte Maßnahme gemeint sein konnte, war ich entschlossen, die Dinge nicht einfach ihren Lauf nehmen zu lassen (wozu ich an sich berechtigt oder gar verpflichtet gewesen wäre). Vielmehr hatte ich den festen Willen, mit allen mir zu Gebote stehenden tauglichen Mitteln in ihren Gang einzugreifen.

3. Dabei durfte es auch nicht entscheidend sein, ob ich in Verfolg dieses Widerstandes irgendwelchen Schaden nehmen würde. Wenn ich durch den Rücktritt von meinem Amt und den Verlust meiner Stellung den Ausgang hätte abzuwenden vermocht, würde ich keinen Augenblick gezögert haben, das zu tun bzw. zu tragen. Und wenn ich mein Leben dafür hätte zum Opfer bringen müssen, wäre ich auch davor nicht zurückgeschreckt, obgleich mir ein solcher Entschluß, namentlich um meiner Familie willen, naturgemäß nicht leicht geworden wäre . . .

4. Im vorliegenden Fall ging es jedoch nicht um juristische Handlungsfreiheiten, sondern um moralische und machtmäßige Notwendigkeiten, d. h. über einen grundsatzlosen Opportunismus der Tagestaktik hinaus um die höheren Zweckmäßigkeiten einer überlegenen Wertpolitik. Die Frage lautete nicht, ob es einfach oder schwierig war, sich einer Sichtung und Abholung von Gefangenen zu widersetzen, die unter den damaligen Umständen nicht ohne weiteres als rechtswidrig erkennbar war. Es kam allein darauf an, ob es in jener Zeit möglich erschien, durch Protestaktionen überhaupt etwas zu erreichen, sei es auch nur sinnvoller ideeller Art. Für jeden wirklichen Kenner und verantwortungsbewußten Beurteiler der Verhältnisse unterlag es aber keinem Zweifel, daß erklärte Weigerungen lediglich dazu geführt hätten, das Unglück ungleich größere Ausmaße annehmen zu lassen. Man würde nicht nur 60 Gefangene und mich sowie den Generalstaatsanwalt, sondern mindestens 500 Insassen abgeführt haben, von denen in dem Begleiterlaß des oberen SS-Führers West die Rede war. Sehr wahrscheinlich hätte sich diese Zahl sogar noch weiter wesentlich erhöht, wenn man festgestellt haben würde, daß sich damals noch mehr als 900 Bestrafte im Sinne der Model-Anordnung im Lüttringhausener Zuchthaus befanden. Die meisten ausländischen und der größere Teil der deutschen, wenn nicht sämtliche politischen Täter wären dann nicht mehr mit dem Leben davongekommen.

5. Hernach wurde von nicht verantwortungsbeschwerten Außenstehenden die Meinung geäußert, man hätte in Anbetracht des nahen Einmarsches der Amerikaner sich vielleicht verbarrikadieren können. Diese ex-post-Theorie übersieht gänzlich die faktischen Momente, die zwischen dem 10. und 13. April 1945 sehr nüchtern in Rechnung zu stellen waren . . .

. . . Gerecht wird der konkreten Lage nur eine historische Betrachtung, die nicht vom gesicherten Standort der späteren Entwicklung urteilt, vielmehr von der prognostischen Perspektive ausgeht, die durch die damals herrschenden Verhältnisse zugelassen wurde.

6. Um zu verhindern, was irgend möglich war, ist folgendes geschehen:

a) Schon damit die Gestapo keinen Einblick in die Gesamtzahlen und die Stärke der verschiedenen Gruppen der Gefangenen wie auch in die Tat-umstände der einzelnen Verurteilungen tun konnte, schaltete ich mich sofort in die Anfertigung der Listen ein. Auf diese Weise allein gelang es, eine beträchtliche Minderung der Ziffern und eine bessere Auswahl un-be-merkt durchzusetzen . . .

b) Darüber hinaus wurde durch Herrn Generalstaatsanwalt Hagemann und mich zweimal in Wuppertal der Versuch unternommen, unter Hinweis auf die bereits einige Wochen früher vorgenommene Verlegung sogenannter gefährlicher Gefangener in das Zuchthaus Hameln die ganze Aktion zur Aufhebung zu bringen . . . (c) . . .

d) Als auch das nichts half, ließ ich — ebenfalls im Einvernehmen mit Herrn Generalstaatsanwalt Hagemann — die erheblich belasteten „Politischen“ als Sprengtrupp und einige besonders gefährdete Kriminelle zur Außenar-beit abstellen, um sie nicht abgeben zu müssen. Weiter konnte der Kreis nicht gezogen werden, da die technischen Vorbedingungen fehlten und es auch höchst unzweckmäßig gewesen wäre, die schon eingeleiteten Hilfs-maßnahmen noch mehr der Entdeckung auszusetzen. Was es bedeutete, die Abschiebungen nach außerhalb vorzunehmen, vermag nur der zu ermessen, der sich in die Lage der Dinge ganz plastisch und praktisch einfühlen kann. Hier konzentrierte sich der Schwerpunkt aller menschlichen und dienst-lichen Handlungen, deren Wagnis ich damals bewußt auf mich genommen habe.

e) Alle ausländischen Gefangenen hatte ich grundsätzlich in die Liste nicht aufgenommen, weil ich bei ihnen mit einigem Grund weitere Klärungen fordern konnte. Sie aufzuführen weigerte ich mich Kriminalrat Hufenstuhl gegenüber — wiederum unter Zustimmung des Generalstaatsanwalts —, bis eine ausdrückliche Anordnung Model's auch in Bezug auf sie vorgelegt werden würde. Das geschah nicht mehr, und so blieben sie ver-schont . . . (f) . . .

g) Durch den Weggang zum Zahnarzt wollte und konnte ich nicht nur eine Verzögerung von mehreren Stunden, sondern auch eine weitere Verringe- rung der Opfer erreichen. Denn ohne die Hinausschiebung der Abholung und die dadurch eingetretene Nervosität des Kriminalassistenten Dahl-mann hätte sich dieser unter dem Druck der Umstände ohne Fragen nicht bewegen lassen, mit viel weniger Insassen abzufahren, als die Listen Namen enthielten.

h) Auch dadurch, daß ich bei der Rückkehr zur Anstalt die Gefangenen, die schon angetreten waren, nochmals zurücktreten und die von der Gestapo Geforderten dann neu aufstellen ließ, konnte ich einige relativ ungefähr-liche Gefangene vor dem schweren Schicksal bewahren . . . (i) . . .

k) Nach dem Gefangenen, der sich in der Anstalt versteckt hatte, habe ich erst später und lediglich deshalb suchen lassen, weil ich seinen Namen feststellen mußte, um die Anfertigung der neuen Liste von unsachlich Mitgenommenen zu ermöglichen. An der Ergreifung lag mir bis zum 13. 4. mittags nicht nur nichts, ich war vielmehr froh, daß noch ein Verurteilter verschont blieb . . .

Aber alle Bemühungen des Anstaltsleiters Dr. Engelhardt haben nichts genützt; 60 Gefangene aus Lüttringhausen, 4 Untersuchungsgefangene aus der Anstalt Wuppertal-Bendahl und 7 in Ronsdorf wegen Diebstahls einsitzende Zwangsarbeiter wurden von Gestapo-Beamten ins Wuppertaler Polizeipräsidium gebracht.

13. April 1945

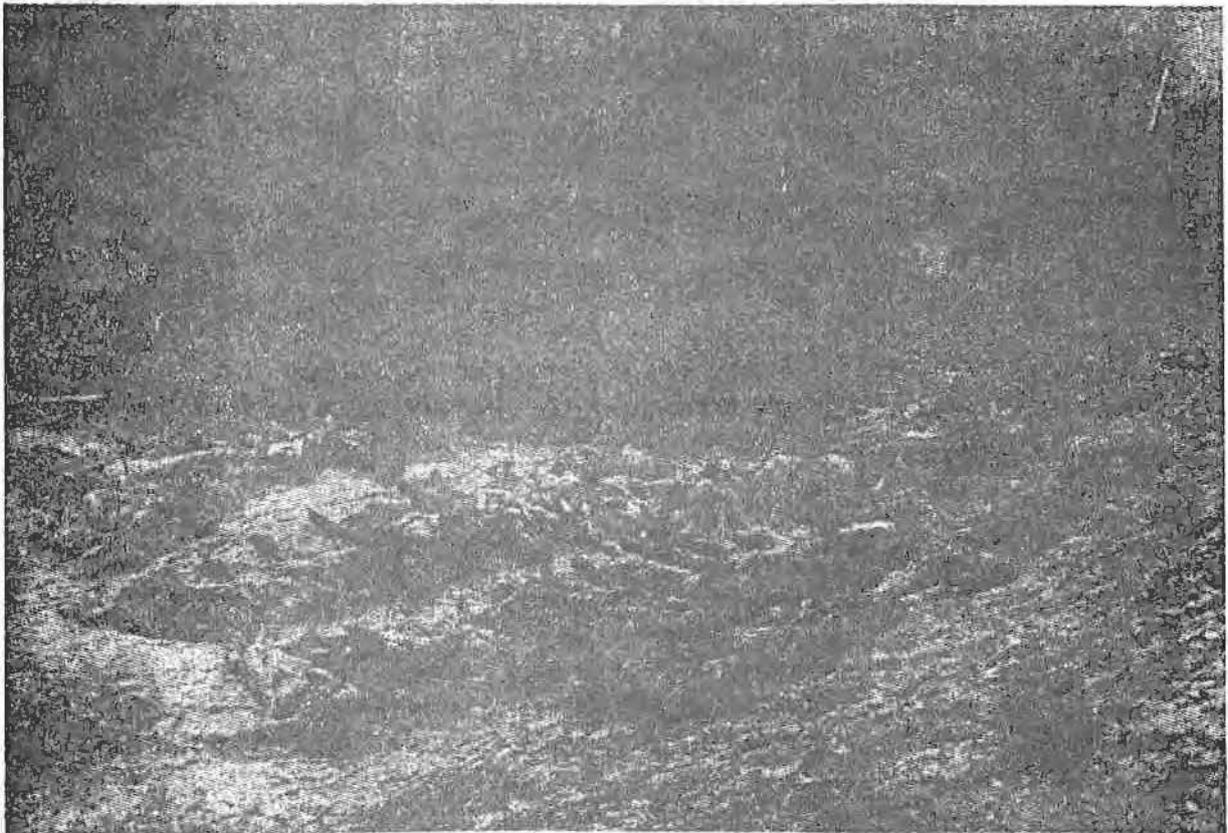
In aller Frühe kommen aus Richtung Wuppertal die beiden geschlossenen Lastkraftwagen, begleitet von anderen Polizeifahrzeugen.

Am Schützenplatz in Solingen-Ohligs steigen die Solinger Gestapo-Beamten zu, und weiter geht die Fahrt in Richtung Solingen-Landwehr.

Kurz hinter der Gaststätte Lohmann biegt man links ab, überquert den Sportplatz und ist bald am Fuß des „Wenzelnbergs“. Die Gefangenen müssen aussteigen und werden den Hügel hinangetrieben. Einige von ihnen können nicht gehen, sie müssen von anderen gestützt werden. Einer hat nur noch ein Bein und schleppt sich mit seinen Krücken durch den tiefen Sand. An der Grube angekommen, müssen sich die Opfer zu zweit hinknien, worauf sie durch Genickschuß getötet werden, darauf die nächsten und so fort.

Die Exekution dauert etwa eine Stunde. Anwohner berichten von entsetzlichen Schreien, unterbrochen von Pistolenschüssen.

THIS HAPPENED IN OUR OWN BACKYARD



Bodies of 71 German civilians murdered by SS near Ohligs

Abb. 5: Die Opfer des Massakers am Wenzelnberg wurden am 17. April 1945 entdeckt und am 30. April auf Anordnung der Amerikaner geborgen. Foto: „The Attack“, Zeitung der 94. US-Infanterie-Division, vom 8. Mai 1945 (Bildarchiv im Stadtarchiv Solingen)

Es starben am Wenzelnberg

Ludwig Baumann	Rudolf Käferhaus	Josef Nikolay
Hugo Breemkötter	Friedrich Kamleiter	Hubert Offergeld
Josef Breuer	Friedrich Knopp	Heinriche Rode
Leopold Choncenzey	Artur Koch	Adolf Röder
Wilhelm Clemens	Wilhelm Kranz	Herbert Runkler
Heinrich Dietz	Daniel Kresanowski	Mitrofan Saitzki
Christian Döhr	Jakob Krieger sen.	Heinrich Schlieper
Wilhelm Fatscher	Heinrich Kubick	Theodor Schmidt
Adolf Führer	Walter Kuhlmann	Karl Schulz
Bernhard Funkel	Josef Kuhnt	Johann Schyra
Johann Galwelat	Hermann Landtreter	Sylvester Sniatecki
Otto Gaudig	Max Lang	Franz Spitzlei
Wilhelm Gietmann	Horst Lettow	Wilhelm Stangier
Karl Grabowski	Henri Liebisch	Paul Tegethoff
Albert Grandt	Paul Liszum	Josef Thiemann
Wilhelm Hanrath	Erich Lohmer	Max Thiemann
Johann Hense	Ferdinand Margreiter	Heinrich Tries
Adolf Hermanns	Otto Markus	Karl Wallraven
Hans Holzer	Gustav Marnitz	Wilhelm Wilgeroth
Karl Horn	Heinrich Marth	Hans Wimmershof
Hermann Jäger	Franz Müller	Victor Woly nec
Ferdinand Jahny	Walter Nell	Paul Wondzinski
Wincente Jankowski		August Zywitzki

und drei, deren Namen wir nicht kennen

Wir gedenken hier ehrenvoll der 71 Opfer der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft und verurteilen voller Abscheu die hier begangenen Morde.

Wir sind dankbar dafür, daß wir in einer anderen Zeit geboren sind und in einem demokratischen Rechtsstaat leben — um mit Dürrenmatt zu sprechen, wir sind dankbar dafür, nicht zu den Versuchten, sondern zu den Verschonten zu gehören.

Aber aus der Kenntnis unserer Vergangenheit ergibt sich für uns die Verpflichtung für die Einhaltung demokratischer Grundrechte, für die Wahrung der Menschenrechte einzustehen und jeglicher Diskriminierung von Minderheiten zu be-gegenen.

Bei der Erarbeitung der Ereignisse am Wenzelnberg fragten wir uns: Wer waren die Opfer, deren wir hier gedenken?

Unter den Opfern waren Straftäter, Totschläger und Wucherer, Landstreicher und Sexualstraftäter.

Unter den Opfern waren Widerstandskämpfer, darunter Kommunisten.

Unter den Opfern waren Ausländer, russische und polnische Zwangsarbeiter.

Es waren Minderheiten; und daher möchten wir diese Gedenkstunde auch zum Anlaß nehmen, uns zu fragen: Wie gehen w i r h e u t e mit unseren Minderhei-ten um?

Welche Chancen haben heute bei uns Vorbestrafte? Werden sie nach Strafverbü-
bung wieder in unsere Gesellschaft aufgenommen?

Warum haben wir solch eine Berührungsangst vor Kommunisten?

Wie behandeln wir unsere ausländischen Mitbürger? Und wie viele Asylanten
sitzen bei uns in Abschiebehaft?



Abb. 6: Schülerinnen und Schüler der Gerhart-Hauptmann-Schule, Solingen, am
13. April 1986 (Foto: Archiv des Solinger Tageblattes)

Anmerkungen

* Das Massaker in der Wenzelnberg-Schlucht hat 71 Opfer gefordert, wie alle erhaltenen Dokumente besagen (s. Abb. 5). Die ausgewählten Texte werden hier ausführlicher zitiert, als es die Schülerinnen und Schüler der Gerhart-Hauptmann-Schule bei der Gedenkfeier tun konnten; auch sind Fotos aus dem Bildarchiv im Stadtarchiv und aus dem Archiv des Solinger Tageblattes hinzugefügt.

1 Kopie des Telegramms, s. StA Solingen, O-Sammlung Wenzelnberg S. 1.

2 O.B. West — lies: Oberbefehlshaber West.

3 StA Solingen, O-Sammlung Wenzelnberg S. 2. Es handelt sich um eine beglaubigte Abschrift des Model-Befehls an den Generalstaatsanwalt in Düsseldorf, dem die Gefängnisse und Zuchthäuser, also auch Remscheid-Lüttringhausen, unterstanden.

4 H.Gr. B — lies: Heeresgruppe B unter Generalfeldmarschall Model, die seit Anfang März 1945 von den Alliierten im „Ruhr-Kessel“ eingeschlossen war.

5 H.Q. — lies: Hauptquartier von Model, das sich Anfang April teils in einem Haus in Aufderhöhe (s. Abb. 3), teils in Wiescheid und Hackhausen befunden hat.

6 StA Solingen, O-Sammlung Wenzelnberg S. 11—19. Es handelt sich um schriftliche Aussagen von Dr. Engelhardt zum Prozeß gegen die Verantwortlichen der Erschießungen am Wenzelnberg.

Literatur

Helmuth Euler, Entscheidungsschlacht an Rhein und Ruhr, 2. A., Stuttgart 1981, S. 195—197.

Wolfgang Koch, Bleibt der Massenmord am Wenzelnberg ungesühnt?, in: Solinger Tageblatt vom 12., 16., 17. und 19. April 1969.

Heinz Rosenthal, Solingen. Geschichte einer Stadt, Bd. III, Duisburg 1975, S. 443—452.

Inge Sbosny und Karl Schabrod, Widerstand in Solingen, Frankfurt am Main 1975.

Heinrich Strangmeier und Elisabeth Kreut, Aus den letzten Kriegswochen 1945 (Niederbergische Beiträge 33), Hilden 1976.

VVN — Bund der Antifaschisten, Landesvorstand NRW (Hg.), Jahre in Lüttringhausen, Endstation Wenzelnberg, Eigendruck o. J. (1982).



Abb. 7: Bekannte Nationalsozialisten aus Ohligs und Wald mußten am 30. April 1945 die erschossenen Häftlinge exhumieren (Foto: Bildarchiv im Stadtarchiv Solingen)



Abb. 8: Unter Glockengeläut wurden 71 Opfer am 1. Mai 1945 vor dem Rathaus Ohligs feierlich beigesetzt; die Bevölkerung mußte am offenen Sammelgrab entlang defilieren (Foto: Bildarchiv im Stadtarchiv Solingen)

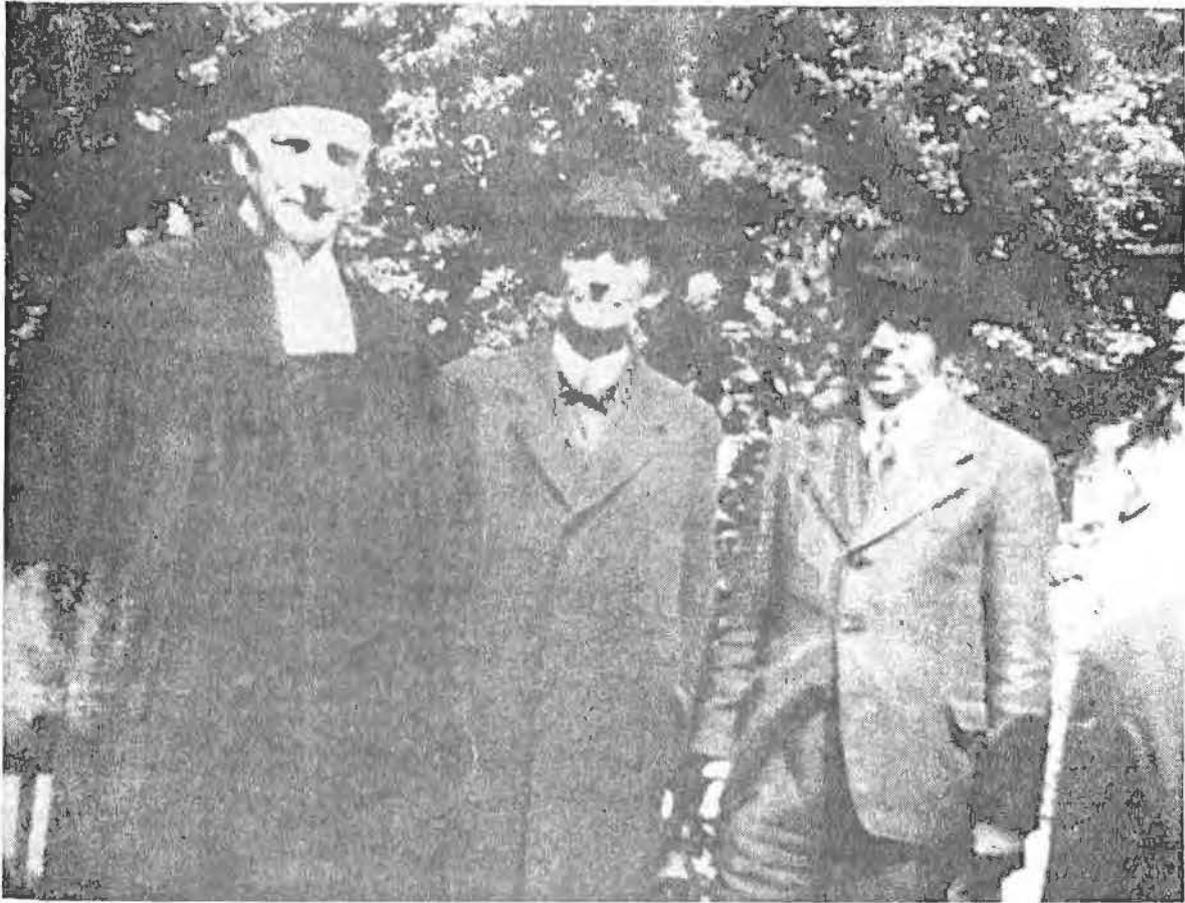


Abb. 9: Oberbürgermeister Oskar Rieß, von den Amerikanern eingesetzt, und sein Bruder Max Rieß (rechts im Bild), Sprecher des Solinger „antifaschistischen Ausschusses“, hielten am 1. Mai 1945 Gedenkreden; Pfarrer beider Konfessionen (im Bild Pastor Kuhn) und ein US-Feldgeistlicher sprachen Gebete (Foto: Bildarchiv im Stadtarchiv Solingen)



Abb. 10: Gedenkfeier am 1. Mai 1945 vor dem Rathaus Ohligs (Foto: Archiv des Solinger Tageblattes)

... die Erbschaft annehmen!

Es geschah im Konzentrationslager Börgermoor 1933: Der Vorsitzende der preußischen SPD-Landtagsfraktion, Ernst Heilmann, erhielt eine Kette um den Hals gelegt; er wurde gezwungen, wie ein Hund auf Händen und Füßen zu laufen und gleichzeitig zu bellen. Alsdann wurde er bellend in die einzelnen Baracken geführt. In jeder Baracke mußte er rufen: „Ich bin der jüdische Landtagsabgeordnete Heilmann von der SPD-Fraktion!“ In der Baracke 6 wurde er gezwungen, einen das Nazi-System verherrlichenden Vortrag zu halten, wobei er geschlagen und mit Füßen getreten wurde. Nachdem er in dieser Weise durch die Baracken geführt worden war, brachte man ihn in den Hundezwinger zu den dort gehaltenen bissigen Schäferhunden. Auch hier mußte er wie ein Hund auf Händen und Füßen umherkriechen, wobei ihm die Hunde die Kleider vom Leibe rissen.

Niemals wieder dürfen Menschen in Deutschland so gräßlich entwürdigt werden. Niemals wieder!

Und deshalb müssen wir uns erinnern! Wir müssen „verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten“, sagte unser Bundespräsident in seiner Ansprache am 8. Mai 1985. „Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Haben die Schulen, hat Unterricht den jungen Deutschen geholfen, im Gespräch mit der Vergangenheit aus unserer Geschichte zu lernen? Angesichts neuer Keime des Ungeistes müssen wir uns — fast ein halbes Jahrhundert nach dem Unvorstellbaren — fragen, ob das, was man „Bewältigung unserer Vergangenheit“ genannt hat, nicht manches vernachlässigte oder sogar außer acht ließ, was notwendig ist, damit junge Deutsche ihre Vergangenheit und deren schwere Erbschaft annehmen.

„Ich habe den Eindruck“, so formuliert Professor Erich Kosthorst¹, „daß man sich mancherorts nicht hinreichend bewußt ist, was man der Psyche vor allem der Heranwachsenden als Menschen und zugleich als Deutschen — als Angehörigen des Volkes, in dessen Namen die Menschheit geschändet wurde — zumutet, wenn man sie der Barbarei des NS-Regimes aussetzt. Tut man dies sozusagen naiv-unbesonnen, so kann statt der erwünschten Wirkung eine schwere psychische Belastung eintreten. Die Entfaltung eines gerade für den jungen Menschen lebenswichtigen Selbstwertgefühls ist nicht ohne Sympathie zu dem Volk, dem er zugehört, möglich. Muß er sich dieser Geschichte . . . schämen, so sind Identitätsstörungen unvermeidlich.“

Helfen wir jungen Menschen unseres Volkes, so frage ich, „das Leiden an der Zugehörigkeit zu einem Volke mit einer solch finsternen Geschichtsepoche“² zu bewältigen? Ich sehe sehr große Gefahren, wenn wir hier junge Deutsche allein lassen. Das bloße Anhäufen des Grauens, das durch Deutsche möglich war, schädigt Jugendliche in einer wichtigen Phase ihrer geistig-seelischen Entwicklung. Wenn junge Deutsche nur Schreckliches registrieren sollen und sich mit nichts und niemandem aus der Zeit der Nazi-Diktatur identifizieren können, müssen sie anfällig werden für gefährliche „Sinn“-Gebungen und Einflüsterungen. Haben wir vielleicht über der „Trauerarbeit“ die „Stolzarbeit“ vernachlässigt?

„Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht“, hat der Bundespräsident gesagt. „Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich . . .

Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben. Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büberhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen.“

Ich hoffe inständig, daß viele junge Deutsche diese Erbschaft annehmen. Sie tun es dann als Angehörige des deutschen Volkes. Dieses Bekenntnis zum eigenen Volk und seiner Geschichte ist ohne Gefahr des seelischen Zerbrechens nur möglich, wenn auch der Umgang mit der deutschen Geschichte der furchtbaren zwölf Jahre Sinn-Gebung und Leistungen vermittelt und aufzeigt.

Schon aus diesem Grund verdient der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine breitere und intensivere Behandlung im Unterricht. Auf diese Männer und Frauen können junge Deutsche stolz sein!

„Sie hielten die Ehre des deutschen Volkes in seiner finstersten und blutigsten Geschichtsperiode hoch“, wie Joseph Rossaint im Vorwort zum Buch „Widerstand in Solingen“ von Inge Sbosny und Karl Schabrod schrieb³. Und der Schweizer Walther Hofer stellte fest⁴: „Jene Deutsche, die Widerstand im Sinne einer geistig tief begründeten grundsätzlichen Opposition leisteten, schöpften ihre Kraft fast immer aus dem Glauben, daß der Nationalsozialismus eine satanische Verfälschung der besten Güter und schönsten Ideale der deutschen Geschichte darstelle.“

Carl Goerdeler, hingerichtet am 2. Februar 1945, schrieb hierzu⁵: „Es ist ein großer Irrtum anzunehmen, daß die seelische Kraft des deutschen Volkes erschöpft sei; sie ist nur geradezu planmäßig verschüttet. Es ist also die Aufgabe einer rettenden Tat, die Deckmasse, das heißt das Geheimnis und den Terror hinwegzuräumen, Recht und Anstand wiederherzustellen und damit einen ungeheuren seelischen Kraftzuwachs freizumachen. Lassen wir uns nicht in unserem Glauben daran beirren, daß das deutsche Volk wie in der Vergangenheit so auch für die Zukunft dies will: Gerechtigkeit, Redlichkeit und Wahrhaftigkeit.“

Und Generalmajor Hans Henning von Tresckow, der sich am 21. Juli 1944 an der Front das Leben nahm, sagte⁶: „Das Attentat muß erfolgen . . . Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf einen praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“

Im letzten Flugblatt der „Weißen Rose“ lesen wir⁷: „Im Namen der deutschen Jugend fordern wir vom Staat Adolf Hitlers die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut des Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen. . . . Freiheit und Ehre! Zehn lange Jahre haben Hitler und seine Genossen die beiden herrlichen deutschen Worte bis zum Ekel ausgequetscht, abgedroschen, verdreht, wie es nur Dilettanten vermögen, die die höchsten Werte einer Nation vor die Säue werfen.“

Winston Churchill sagte 1946 im englischen Unterhaus⁸: „In Deutschland lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und eine entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne eine Hilfe von innen oder außen, einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens. Solange sie lebten, waren sie für uns unsichtbar und unerkennbar, weil sie sich tarnen mußten. Aber an den Toten ist der Widerstand sichtbar geworden. Diese Toten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschah. Aber ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaues.“



Abb. 11: Hans Scholl (1918–1943)



Abb. 12: Sophie Scholl (1921–1943)

Die Geschwister Scholl und ihr Freund Probst waren Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ um Professor Dr. Kurt Huber; sie wurden beim Verteilen von Flugblättern in der Universität München verhaftet, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 22. Februar 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.



Abb. 13: Christoph Probst (1919–1943) .

Über den Ereignissen des 20. Juli 1944 darf nicht vergessen werden, daß es während der gesamten zwölf Jahre des „Dritten Reiches“ Widerstand auf vielfältigste Weise gegeben hat. Das Nazi-Regime mußte eine Armee von 40 000 Beamten der Geheimen Staatspolizei und weitere Tausende des Sicherheitsdienstes sowie eine Unzahl von Horchern und Spitzeln unterhalten in der zutreffenden Erkenntnis, daß das deutsche Volk keineswegs geschlossen „hinter dem Führer stand“, wie die offizielle Propaganda glauben machen wollte.

Welcher Mut gehörte zu dem Entschluß, nicht mit „Heil Hitler!“ zu grüßen, das „Horst-Wessel-Lied“ nicht mitzusingen, die Hakenkreuzflagge nicht zu grüßen oder zu hissen, der Partei nicht beizutreten, aus der Kirche nicht auszutreten.

Die aus jungen Arbeitern, Angestellten und Studenten bestehende Gruppe „Roter Stoßtrupp“ sammelte und verbreitete Informationen, die von der Regierung unterdrückt oder verfälscht wurden, und zwar auch in der Absicht zu verhindern (wie die Gruppe es sagte), „daß sich in breiteren Kreisen des Auslandes der Eindruck festsetzt, es gebe in Deutschland nur noch Nazis“.

Widerstandsgruppen stellten offene oder getarnte antifaschistische Druckschriften her oder schmuggelten sie über die Grenzen und verteilten sie. Verfolgten, auch entflohenen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und jüdischen Mitbürgern wurde Unterschlupf gewährt und ihnen mit gefälschten Papieren und Stempeln das Entkommen über die Grenzen ermöglicht. Sammlungen zur Unterstützung der Familien politischer Gefangener oder zum Tod Verurteilter wurden veranstaltet, wobei sich besonders die „Rote Hilfe“ bewährte. Plakate und Maueranschlätze des Regimes wurden beseitigt oder durch Klebezettel und Aufschriften verändert. Widerstandsparolen wurden in nächtlichen Aktionen an Häusern und auf Straßen aufgemalt. Dies alles geschah unter der ständigen Drohung von Zuchthausstrafen, der Einweisung in Konzentrationslager, der Verurteilung zum Tode wegen Hochverrats.

Nie wird festgestellt werden können, wie viele Deutsche ihren Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft mit dem Leben bezahlen mußten; daß es Zehntausende waren, daran kann nicht gezweifelt werden⁹. Wir gedenken ihrer in Dankbarkeit. Sie haben den nachfolgenden Generationen gezeigt, daß es ein „anderes Deutschland“ gab. Ihnen verdankt jede neue Generation junger Deutscher, daß sie keinen „heillosen Bruch“ mit der Vergangenheit des eigenen Volkes vollziehen muß, wenn sie den Nationalsozialismus aufarbeitet. Die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes helfen jungen Deutschen, die Vergangenheit ihres Volkes anzunehmen. Sie helfen uns, jungen Deutschen zu vermitteln, daß der Nationalsozialismus nicht „die logische und notwendige Fortentwicklung“¹⁰ der deutschen Geschichte war. Am Beispiel des Preußentums wird deutlich, wie unangemessen allzu einfache Betrachtungen sind. „Es sind Welten“, so sagte der Historiker Walther Hofer¹¹, „die den aus der Asozialität aufgestiegenen Hitler von dem preußischen König und dem preußisch-deutschen Kanzler trennen. Entscheidender ist aber die Einsicht, daß aus demselben Geiste des Preußentums, der die hitlerhörigen Generäle zeugte, ein General Ludwig Beck hervorgehen konnte, das Haupt der Widerstandsbewegung gegen Hitler, eine unabsehbare Reihe anderer Offiziere der preußisch-deutschen Schule hervorgehen konnten, die zu Hitlers schärfsten Widersachern gehörten, nicht zu vergessen die adligen Nachkommen preußischer Junker aus dem Kreisauer Kreis, die alle aus dem echten Preußentum zu schöpfen glaubten, als sie sich zum grundsätzlichen Widerstand entschlossen.“

„Furchtbar ist . . . die geschichtliche Bilanz eines zwölfjährigen Wirkens nationalsozialistischer Führung und Herrschaft. Nicht nur ganz Deutschland und halb Europa lagen in Trümmern, sondern das Erbe Bismarcks, die Einheit des Reiches wurde vertan, das Werk der preußischen Könige vernichtet, ja eine vielhundertjährige geschichtliche Entwicklung, nämlich die deutsche Kolonisation im Osten, rückgängig gemacht . . . Der deutsche Name wurde mit den größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte belastet und in ungeheurer Weise geschändet. Und das alles unter unvorstellbarem Leiden, Opfern und Verwüstungen, nicht nur materieller und physischer Natur, sondern auch seelischer und geistiger Art. Das Dritte Reich ist kein tausendjähriges Reich geworden, aber die zwölf Jahre seines

Bestehens haben genügt, die geschichtliche Arbeit von tausend Jahren zu ver- 15
schleudern.“¹²

Der deutsche Philosoph Hegel hat in seinen „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“ provozierend gesagt¹³, die Erfahrung und die Geschichte lehrten, „daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt“ hätten. Helfen wir der deutschen Jugend, diesen Satz zu widerlegen!

Richard von Weizsäcker, unser Bundespräsident, sagte vor einem Jahr¹⁴:

„Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.

Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind.

Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten. Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten. Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.

Neben dem unübersehbar großen Heer der Toten erhebt sich ein Gebirge menschlichen Leids, Leid um die Toten, Leid durch Verwundung und Verkrüppelung, Leid durch unmenschliche Zwangssterilisierung, Leid in Bombennächten, Leid durch Flucht und Vertreibung, durch Vergewaltigung und Plünderung, durch Zwangsarbeit, durch Unrecht und Folter, durch Hunger und Not, Leid durch Angst vor Verhaftung und Tod, Leid durch Verlust all dessen, woran man irrend geglaubt und wofür man gearbeitet hatte.“

Wir gedenken der einundsiebzig Menschen, die an dieser Stelle heute vor 41 Jahren ermordet wurden.

Anmerkungen

- 1 Erich Kosthorst, Die Lager im Emsland unter dem NS-Regime 1933—1945. Aufgabe und Sinn geschichtlicher Erinnerung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1984/6, S. 368.
- 2 E. Kosthorst, a. a. O., S. 368.
- 3 Inge Sbosny und Karl Schabrod, Widerstand in Solingen, Frankfurt am Main 1975, S. 9.
- 4 Walther Hofer, Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933—1945, Frankfurt am Main 1979, S. 361.
- 5 Hannah Vogt, Schuld oder Verhängnis?, Frankfurt am Main 1963, S. 212.
- 6 Der deutsche Widerstand 1939—1945 (Informationen zur politischen Bildung, Nr. 160), S. 24.
- 7 Der deutsche Widerstand, a. a. O., S. 20.
- 8 H. Vogt, a. a. O., S. 213.
- 9 Der deutsche Widerstand, a. a. O., S. 27.
- 10 W. Hofer, a. a. O., S. 359.
- 11 W. Hofer, a. a. O., S. 362.
- 12 W. Hofer, a. a. O., S. 367.
- 13 Siehe E. Kosthorst, a. a. O., S. 365.
- 14 Ansprache von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985.



Abb. 14: Gedenktafel von Lies Ketterer am „Haus der Verfolgten“, Kamper Straße 46, schräg gegenüber dem Rathaus Ohligs, feierlich enthüllt am 7. September 1950. Die Stadt Solingen errichtete dieses Wohnhaus 1949–50 für die Hinterbliebenen aller Solinger Opfer des NS-Regimes. — Die Toten vom Wenzelnberg wurden am 19. Januar 1965 erneut umgebettet vom Rathaus Ohligs zum Mahnmal Wenzelnberg, wo alljährlich die Städte Langenfeld, Leverkusen, Remscheid und Solingen gemeinsam und die VVN Gedenkfeiern durchführen (Foto: Bildarchiv im Stadtarchiv Solingen)



Abb. 15: Gedenktafel von Heinz Friege an der Justizvollzugsanstalt Remscheid-Lüttringhausen, von wo am Nachmittag des 12. April 1945 60 Gefangene zur „sicherheitspolizeilichen Überprüfung“ abtransportiert wurden



Abb. 16: Feierliche Enthüllung der Gedenktafel am 22. Oktober 1982 durch Frau Inge Donepp, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, und Oberbürgermeister Willi Hartkopf (Fotos: Amt für Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Remscheid)

Aus der Chronik der Gedenkfeiern zu Ehren der Opfer vom 13. April 1945

15

- 1946: Erste Gedenkfeier am Wenzelnberg, durchgeführt von der damaligen Einheitsgewerkschaft, dann bis 1965 vom Deutschen Gewerkschaftsbund.
- 1965: Vertreter der Städte Langenfeld, Leverkusen, Remscheid, Solingen, des Rhein-Wupper-Kreises, des DGB (Bezirke Opladen/Leverkusen, Remscheid, Solingen) und des VVN bilden ein Kuratorium, das für die Errichtung eines Mahnmals in der Wenzelnberg-Schlucht sorgt und die Feiern bis 1970 ausrichtet.
- 1971: Stille Kranzniederlegung, ebenso 1973 und 1974; seither führt der VVN eigene öffentliche Gedenkkundgebungen am Mahnmal durch.
- 1975: Nach der kommunalen Neugliederung übernimmt die Stadt Langenfeld die Gedenkstätte in ihre Obhut und richtet öffentliche Feiern aus (1975, 1976 wie schon 1972).
- 1977: Die Stadt Langenfeld lädt unter Beteiligung der Städte Leverkusen, Remscheid, Solingen und des DGB zur Gedenkfeier ein (bis 1981).
- 1981: Die vier Städte beschließen, die jährliche Gedenkfeier gemeinsam zu tragen und im Wechsel zu gestalten (Solingen 1982 und 1986, Leverkusen 1983, Remscheid 1984, Langenfeld 1985).

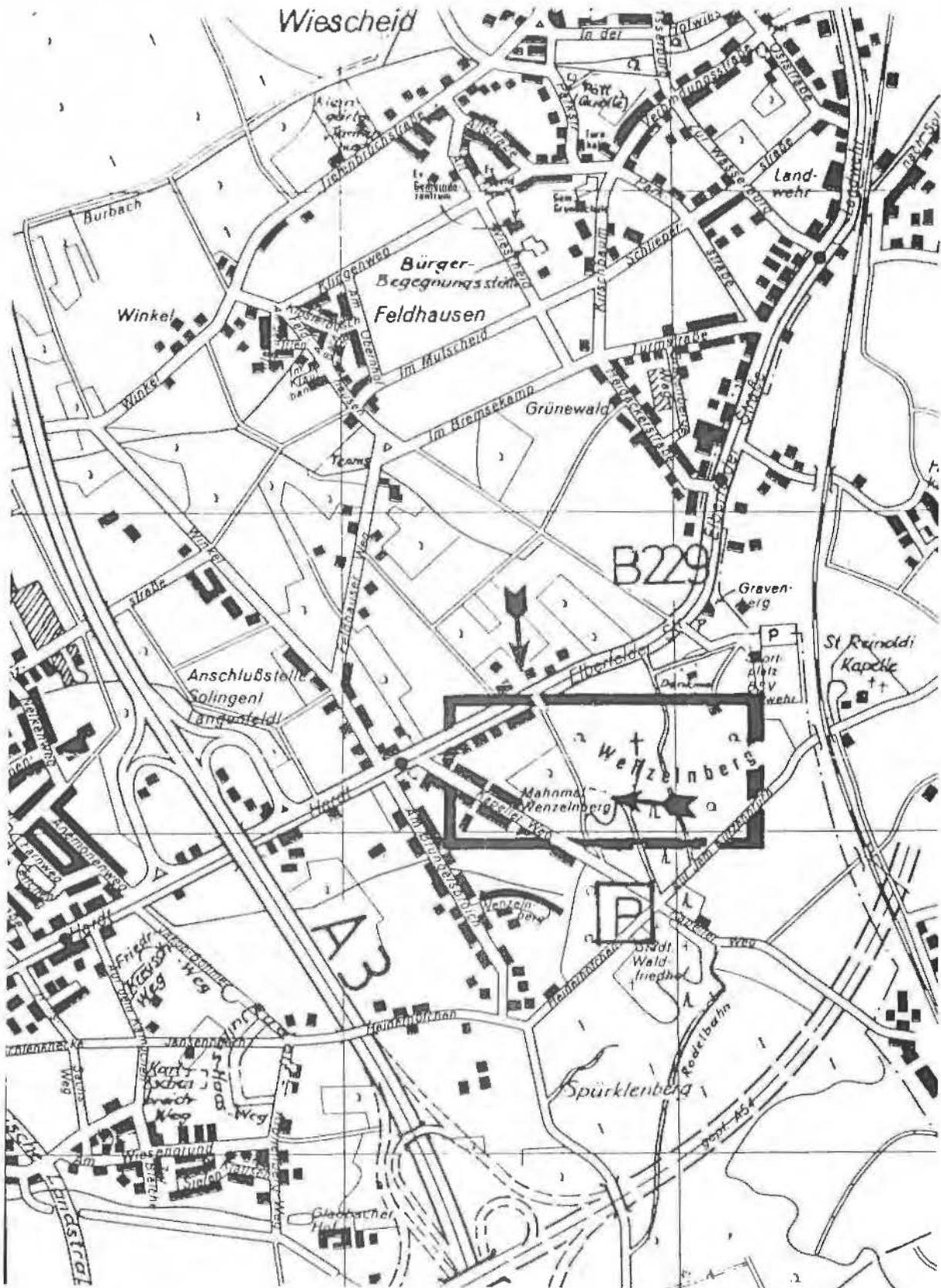


Abb. 17: Das Mahnmal liegt in einer Schlucht am Fuße des Wenzelbergs in Langenfeld; man erreicht die Gedenkstätte zu Fuß auf einem Waldweg von der Elberfelder Straße (B 229) aus oder vom Parkplatz des Städt. Waldfriedhofs am Kapeller Weg

Ute Schulz

Melewen nit mieh

Melewen nit mieh Mord on Dut.
Melewen nit mieh Leid on Nut.
Melewen nit mieh strieden, fennen.
Melewen nit mieh angern schennen —
Melewen nit mieh Kriëg!



Sonderdruck aus:

DIE HEIMAT · Mitteilungsblatt
des Bergischen Geschichtsvereins,
Abteilung Solingen e. V.

Neue Folge 2/1986

ISSN 0179-048X · ISBN 3-925626-03-4

4. Die Untat am Wenzelnberg

Vorwort

Schon Emil Barth hat in seinen "Aufzeichnungen" (S. 269 unseres Buches) über die Schandtats berichtet, zu der "die Mordwaffenträger der gewissenlosen Gewalt noch in der letzten Nacht ihres Terrors Zeit gefunden hatten". Einzelheiten über den Ablauf des Geschehens standen ihm damals noch nicht zu Gebote. Heute wissen wir mehr darüber, wenngleich manche Vorgänge auch jetzt noch im Dunkel liegen. Die Nachrichten, die wir hier folgen lassen, sind den folgenden Druckwerken ent^{nommen}:

I. = Rheinische Post. Zeitung für christliche Kultur und Politik (Ausgabe Solingen).

II. = Solinger Tageblatt.

Dem Stadtarchiv Solingen sind wir dafür Dank schuldig, daß es von den hier zitierten Nrn. der "Rheinischen Post" und des "Solinger Tageblattes" Ablichtungen der in Betracht kommenden Textseiten zur Verfügung stellte.

In unserem Nachdruck werden Textkürzungen durch [...] angedeutet; Zusätze der Herausgeber stehen in [].

II. (12. April 1969; unterzeichnet: Wolfgang Koch)

Am Anfang dieser furchtbaren Tragödie steht ein Befehl des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe B, des Generalfeldmarschalls Model, der den sogenannten Ruhr-Kessel gegen weit überlegene alliierte Einheiten verteidigte. Model hatte zeitweilig seinen Gefechtsstand in einem kleinen Haus in Aufderhöhe.

Am 7. April, als in Solingen schon der Gefechtslärm von den immer näher kommenden Fronten zu hören war, gab Model folgenden Befehl: "Aufgrund der mir vom Führer übergebenen Vollmachten ordne ich an, daß die Zuchthausinsassen, die in den innerhalb der vom Feind eingeschlossenen Gebiete befindlichen Strafanstalten einsitzen, den Organen der Sicherheitspolizei zur sicherheitspolizeilichen Überprüfung zu übergeben sind. Dasselbe gilt für die in Strafanstalten einsitzenden Untersuchungshäftlinge, soweit sie wegen politischer Vergehen oder Verbrechen in Haft sind oder Zuchthaus- oder Todesstrafen zu erwarten haben. Die nähere Regelung trifft der Höhere SS- und Polizeiführer!"

1) Dazu aus II. (vom 12. April 1969): Der am stärksten belastete Mann, der Höhere SS- und Polizeiführer West, der SS-Obergruppenführer Guttenberg aus Essen, der die "nähere Regelung" über-

II. (16. April 1969)

Der verhängnisvolle Befehl Models [...] wurde von dem Höheren SS- und Polizeiführer West, dem Obergruppenführer Guttenberg¹⁾, wahrscheinlich an die SS-Obergruppenführer Thomas und SS-Standartenführer Baatz weitergegeben. Baatz hat diesen Befehl zwischen dem 5. und 10. April an den Kommandeur der Sicherheitspolizei im Bezirk Düsseldorf, Hans Henschke, weitergegeben, gegen den augenblicklich ein Ermittlungsverfahren läuft.

Henschke hat eingeräumt, daß er von Baatz einen solchen Erlaß bekommen haben kann, der die

nahm und die Erschießung der 72 Häftlinge veranlaßte, war 12 Jahre in alliierter Haft. Er hat bestritten, vom Befehl Models Kenntnis gehabt zu haben. Es erscheint der deutschen Staatsanwaltschaft aber sicher, daß der Befehl Models durch seine Dienststelle lief. Die deutschen Ermittlungsbehörden kamen aber an Guttenberg angeblich nicht heran, da er in alliierter Haft war. Als er von den Alliierten entlassen wurde und die Wuppertaler Staatsanwaltschaft Hand auf ihn legen wollte - er war angeklagt wegen Tötung eines Fremdarbeiters -, war es zu spät. Kurze Zeit nach seiner Entlassung verstarb der SS-Führer in Essen.

[Der SS-Obergruppenführer Karl Gutenberger - so der richtige Name - hatte Anfang April 1945 mit seinem Stabe in Kettwig gelegen, jedoch am 8. April seine Befehlsstelle in das Wuppertaler Polizeipräsidium verlegen müssen.]

Überstellung der Zuchthausinsassen von Lüttringhausen an die Sicherheitspolizei verfügte. Diesen Befehl will er ohne Zusatz durch Kurier an die Leiter der Gestapo-Außenstelle Wuppertal, dem Kriminalrat Hufenstuhl, weitergeleitet haben. "Wer den Befehl unterschrieben hat, weiß ich nicht", sagte Henschke, der jetzt, 60 Jahre alt, in Hannover als Versicherungsvertreter arbeitet.

Der Kurier war ein Kriminalkommissar Humburg, gegen den von der deutschen Staatsanwaltschaft ermittelt wurde. Humburg hat die Möglichkeit zugegeben, daß er diesen Befehl überbracht haben kann. "Ich habe einen verschlossenen Brief von Düsseldorf gebracht. Was in dem Brief drin stand, weiß ich nicht." Es gab vor Jahren einen Zeugen, der die Aussage Humburgs bestritt. "Er wußte um den Inhalt." Dieser Zeuge aber ist während der Ermittlungen verstorben. Humburg wurde mangels Beweisen freigesprochen.

Von Hufenstuhl, dem Leiter der Gestapo-Außenstelle Wuppertal, ist dann die weitere Initiative ausgegangen. Er, der wie die meisten Hauptschuldigen 1945 ums Leben kam, hat zwei Gestapo-Beamte in das Zuchthaus Lüttringhausen geschickt, um dort die Akten der Insassen zu überprüfen. Diese beiden Beamten wurden vom Leiter der Strafanstalt, Oberregierungsrat Dr. Engelhardt, so lange wie möglich hingehalten.

I. (21. Februar 1953)

Der damalige und heutige Leiter der Strafanstalt Lüttringhausen, Oberregierungsrat Dr. Engelhardt, berichtete:

Wenige Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner kam eine dreiköpfige Delegation eines SS-Stabes nach Lüttringhausen mit einem von Feldmarschall Model unterzeichneten Befehl, Engelhardt sollte zur Überprüfung sämtlicher Insassen des Zuchthauses - rund 1200 Gefangene waren damals dort - eine Liste anfertigen. Er weigerte sich; es gelang ihm, die Delegation wieder fortzuschicken. Am nächsten Tage kam neuer Besuch, diesmal war es nur einer des Trios, der den Befehl erneut vorzeigte. Dabei tauchte auch erstmalig der Umstand auf, daß vor allem Wert auf p o l i t i s c h e Gefangene gelegt werde. Engelhardt wurde hellhörig und versprach, eine derartige Liste befehlsgemäß anzufertigen. Es dauerte trotz wiederholter Versprechen einige Tage, bis sie fertig war. Immer wieder wurde sie abgeändert - und schließlich blieben 60 Mann auf der ersten Liste übrig.

Sie erregte das Mißfallen des SS-Stabes. Bekannte Namen fehlten. Engelhardt zögerte die Anfertigung einer neuen Liste weiter hinaus. Er ließ sich durch keinerlei Drohungen einschüchtern, denn er konnte sich schon denken, was mit

seinen Gefangenen geschehen sollte. Die Lage im Westen war immer bedrohlicher geworden, der Feind rückte näher, der Staat brauchte den letzten Mann. Vermutlich werden neue Strafbataillone aufgestellt und deine Leute werden gebraucht, dachte Dr. Engelhardt. Dann wurde der erste Schub geholt und mit Lastwagen verfrachtet. Wohin die Fahrt ging, wußte niemand, auch Dr. Engelhardt nicht. Nur wenige politische Gefangene befanden sich in diesem ersten Schub. In der Hauptsache waren es Gefangene, die wegen irgendwelcher Verbrechen zu langjährigem Zuchthaus bestraft waren. Sie kehrten niemals wieder nach Lüttringhausen zurück. Erst zwei Wochen später erfuhr Dr. Engelhardt, was mit den Männern geschehen war. Der SS-Stab hatte niemals die Absicht, die Gefangenen als Soldaten einzusetzen. Sie sollten ebenso wie alle übrigen "Lüttringhausener" meuchlings ermordet werden. In einem Wald zwischen Landwehr und Leichlingen erfolgte dieser Massenmord. [...]

II. (17. April 1969)

So muß sich dieses abscheuliche Massaker abgespielt haben: In Wiescheid bogen die Lastwagen mit ihren todgeweihten Insassen von der Hauptstraße ab, überquerten den Sportplatz, fuhren über den Kapeller Weg und hielten am Fuß des Wenzelnbergs in der Sandschlucht.

Ein großes Polizeiaufgebot - bestehend aus Beamten der Wuppertaler Schutzpolizei und der Wuppertaler und Solinger Gestapo - riegelte hermetisch das Gelände ab. Die Gefangenen mußten aussteigen.

Augenzeugen berichteten, daß sie zu zweit aneinandergefesselt waren, nicht - wie es in früheren Darstellungen hieß - mit Stacheldraht, sondern mit Kordel, jeweils an den Daumen. Das bestätigten Solinger Bürger, die bei den späteren Ausgrabungen der Toten halfen.

An der Grube angekommen, mußten sich die Opfer zu je zweit niederknien und wurden durch Genickschüsse getötet. Die letzten fielen auf die Leiber der schon Erschossenen.

Es ist nicht schwer, sich auszumalen, welche grauenhafte Szenen sich hier in der Wenzelnbergschlucht abspielten. Anwohner berichteten, daß die Exekution eine Stunde lang dauerte. Eine Stunde lang hörten sie entsetzliche Schreie und das Peitschen der Schüsse.

Die Grube, die eine Breite von zwei Metern und eine Länge von 30 Metern hatte, wurde zuge-schaufelt. Die Spuren der Greuelthat versuchte man zu verwischen.

II. (19. April 1945)

Eine Stunde lang dauerte die Exekution von 71 Häftlingen, die von der Gestapo aus dem Zuchthaus Lüttringhausen und aus Wuppertaler Strafanstalten nach dem Wenzelnberg gebracht worden waren. Wenige Tage vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen - am 13. April 1945 - wurden politische und kriminelle Häftlinge ohne Verhandlung und ohne Gerichtsurteil durch Genickschuß "liquidiert".

Am 16. April wurde das Massengrab am Wenzelnberg entdeckt. Der amerikanische Kampfkommandant ordnete eine Exhumierung und die Bestattung der Opfer vor dem Ohligser Rathaus an. Bekannte Nationalsozialisten, aber auch "kleine Parteigenossen" aus Ohligs wurden gezwungen, die Ausgrabungen vorzunehmen.

Es wurden identifiziert 14 politische Häftlinge, die in Lüttringhausen eingekerkert waren, 50 Häftlinge, die wegen krimineller Handlungen im Zuchthaus waren, und 4 Zwangsarbeiter aus Polen

und Rußland, die in Wuppertaler Strafanstalten wegen Diebstahls in Untersuchungshaft einsaßen. 3 Tote, offensichtlich auch Polen oder Russen, konnten nicht identifiziert werden.

Wer diese 71 Häftlinge erschossen hat, ist nicht geklärt worden. Die Beamten der Schutzpolizei, die am Wenzelnberg waren, haben erklärt, daß Gestapo-Leute geschossen haben. Die Gestapo-Beamten dagegen versicherten, sie hätten nur abgesperrt, aber nicht geschossen. Alle aber behaupten, ihnen sei gesagt worden, es handele sich um Schwerverbrecher, die zum Tode verurteilt seien.

Dies berichtete uns ein Solinger Bürger, der 1945 zur Antifaschistischen Aktion in Wald gehörte; seine Angaben decken sich mit anderen Aussagen und Protokollen, die wir einsahen: "Kurz nach dem Einmarsch der Amerikaner am 16. April wurde uns bekannt, daß bei Wiescheid eine Anzahl von Menschen erschossen worden sein soll[e]. Ich ging zum amerikanischen Standortskommandanten in Wald und bekam die Erlaubnis, nach Landwehr zu fahren. Ein Walder Transportunternehmer hatte noch einen fahrbereiten Personenwagen, mit dem er uns Antifaleute an den Tatort brachte. Der Antifa war für kurze Zeit von den Amerikanern Polizeigewalt übertragen worden. Wir fanden die Sandgrube und stießen bald auf den ersten Toten, der etwa ein[en] Meter tief im Sand verscharrt war. Er

hatte Papiere bei sich. Es war der Untersuchungs-
gefangene Erich Lohmer - wie sich später heraus-
stellte, ein politischer Häftling. Der Tote wurde
in die Leichenhalle der Städtischen Krankenanstal-
ten Solingen gebracht."

II. (17. April 1969)

Nachdem das Massengrab am Wenzelnberg ent-
deckt worden war, ordneten amerikanische Offizie-
re an, daß die Leichen der Häftlinge von bekann-
ten Ohligser Nationalsozialisten ausgegraben und
[am 30. April 1945] demonstrativ vor dem Ohligser
Rathaus beigesetzt wurden. [...] Säрге waren da-
mals nicht zu beschaffen. Nur zwei Streifen von
Leinentüchern wurden auf den Boden der Grube ge-
legt.

I. (25. Januar 1965)

Die sterblichen Überreste der [...] Straf-
gefangenen, die am 13. April 1945 am Wenzelnberg
von der Gestapo erschossen und somit wider Gesetz
und Menschenrecht gemordet wurden, sind am [19.

Januar 1965] zum Wenzelnberg umgebettet worden. [...] Jetzt fanden sie dort ihre letzte Ruhestätte, wo sie starben. Dort mahnt ja auch seit Jahren das hochragende Kreuz. Dort wurde das Mahnmal gestaltet, an dem auch alljährlich Mitte April die Gedenkfeiern stattfinden.

In schlichter Feier wurde [...] die Umbettung vollzogen. Für die katholische Pfarre Wiescheid begrüßte es Pfarrer Weimer, daß diese Toten nun an ihrer Sterbestätte ruhen, unter dem Kreuz, das Zeichen des Opfers und der Erlösung und des Sieges zugleich sei. Das Kreuz mahne auch, daß Gewalt und Verfolgung letztlich nie siegen können.

Für die evangelische Gemeinde stellte Pfarrer Schmidt (Reusrath) seine Ansprache unter ein Wort der Heiligen Schrift. Durch Jesus Christus sei das Grauen des Todes überwunden worden, auch für diese [...], die so schändlich und grauenvoll gemordet wurden. Er freue sich, daß sie nun in dieser Stadt gebettet sind, in der sich das Grausame 1945 vollzog. Dieser Ort möge zu einer Wallfahrtsstätte werden, die immerfort gegen Gewalt und Unterdrückung mahnen möge.

Über die Vorgeschichte der Umbettung berichtete Oberbürgermeister Dunkel aus Solingen und übergab, nachdem er sich für Recht und Freiheit eingesetzt hatte, diese Stätte in die Obhut

der Stadt Langenfeld und des Rhein-Wupper-Kreises. Landrat Helf versicherte, daß Stadt und Kreis sich um diese Stätte sorgen würden, die für alle Zeit Mahnung sein möchte: "Wir glauben, daß erst mit der Umbettung diesem Ort die Weihe gegeben wurde, die ihm zukommt!"

[...]

Nachschrift der Herausgeber

In der von Kuno B l u d a u vorgelegten Untersuchung "Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945", die 1973 als Bd. 16 der vom Stadtarchiv Duisburg herausgegebenen "Duisburger Forschungen" und gleichzeitig als Band 98 der "Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung" erschienen ist, werden auch mehrere Duisburger Gegner der Hitlerherrschaft aufgeführt, die dem Massenmord am Wenzelnberg zum Opfer fielen (vgl. ebenda S. 139 Anmerk. 274 und S. 172).

Da die Ermittlungsakten der Wuppertaler Staatsanwaltschaft noch erhalten sind, böte sich der zukünftigen Geschichtsschreibung die Gelegenheit, die hier angedeuteten Geschehnisse zu untersuchen und für einen breiten Leserkreis ausführlich darzustellen.

Dirk Krüger
 DIE MORDE IN DER WENZELNBERG-
 SCHLUCHT VOM 13. APRIL 1945.
 ERICH LOHMER UND
 HUGO BREENKÖTTER¹

Vorbereitungen zum politischen Mord

24. Januar 1945

Der zweite Weltkrieg war an seinen Ausgangspunkt – nach Deutschland – zurückgekehrt. Je mehr er sich seinem Ende näherte, desto grausamer schlugen die Terrororgane des faschistischen Staates um sich. Sie wollten möglichst viele ihrer Gegner mit sich in den Untergang reißen. In vielen Städten des Landes Nordrhein-Westfalen weiß man heute von Massenmorden an Antifaschisten in den letzten Tagen vor der Befreiung.

An diesem 24. Januar 1945 richtete das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) ein Telegramm an die Leiter der Staatspolizei- (Leit) Stellen Düsseldorf, Münster, Dortmund und Köln. Der Text:

»Geheime Reichssache – persönlich -

Die gegenwärtige Gesamtlage wird Elemente unter den ausländischen Arbeitern und auch ehemalige deutsche Kommunisten veranlassen, sich umstürzlerisch zu betätigen. Größte Aufmerksamkeit ist daher geboten. Daß der Feind Vorbereitungen getroffen hat, geht aus einer Meldung des O.-B.-West hervor. Es ist in allen sich zeigenden Fällen sofort und brutal zuzuschlagen. Die Betroffenen sind zu vernichten, ohne im formellen Weg vorher beim RSHA Sonderbehandlung zu beantragen. Die Leiter der Kriminalpolizeistellen sind persönlich von Ihnen entsprechend zu informieren.«

7. April 1945

Auf dieser Grundlage erging am 7. April 1945 ein Tagesbefehl des Generalfeldmarschalls Model, Befehlshaber innerhalb des sogenannten

»...*Se kriegt us nit kaputt!*«

Gesichter des
 Wuppertaler Widerstands

117

Ruhrkessels. Dabei handelte es sich um die bereits von den Alliierten im Westen eingeschlossenen Gebiete. Sein Wortlaut:

»Auf Grund der mir vom Führer übertragenen Vollmachten ordne ich an, daß die Zuchthausgefangenen, die in den innerhalb der vom Feind eingeschlossenen Gebiete befindlichen Strafanstalten einsitzen, den Organen der Sicherheitspolizei zur sicherheitspolizeilichen Überprüfung zu übergeben sind. Dasselbe gilt für die in den Strafanstalten einsitzenden Untersuchungshäftlinge, soweit sie wegen politischer Vergehen oder Verbrechen in Haft sind oder Zuchthaus- oder Todesstrafe zu erwarten ist. Die nähere Regelung trifft der Höh. SS- und Polizeiführer.«

8. bis 10. April 1945

Diese »nähere Regelung« traf für die Stadt Wuppertal der »Höhere SS- und Polizeiführer West«, der SS-Obergruppenführer Guttenberg in Essen. Er gab den Tagesbefehl weiter: u.a. an den Kommandeur der Sicherheitspolizei Henschke in Düsseldorf und an den Leiter der Gestapo-Außenstelle in Wuppertal, Hüfenstuhl.

Nach telefonischer Anmeldung erschien am 10. April um 15.00 Uhr der Kriminalassistent Dahlmann bei Regierungsrat Dr. Engelhardt, dem Leiter des Zuchthauses Lüttringhausen. In Begleitung Dahlmanns befanden sich drei weitere Gestapo-Beamte, darunter einer in SS-Uniform. Dahlmann verlangte die »sicherheitspolitische Überprüfung« der einsitzenden Häftlinge vorzunehmen und berief sich dabei auf eben jene schriftliche Anordnung des »Höheren SS- und Polizeiführers West«. Dr. Engelhardt wußte genau, daß diese »sicherheitspolitische Überprüfung« für die Betroffenen den sicheren Tod bedeutet. Von diesem Zeitpunkt an versuchte er, durch eine geschickte Verzögerungstaktik Zeit zu gewinnen. Sein Versuch, durch ein Gespräch mit Hüfenstuhl in Wuppertal die ganze Aktion abzuwenden, indem er sich persönlich für die Gefangenen verbürgte, scheiterte. Es gelang ihm in diesem Gespräch lediglich, die ausländischen Häftlinge völlig aus der Überprüfung herauszunehmen. Dr. Engelhardt konzentrierte sich angesichts dieser Situation in der Folgezeit mit Erfolg darauf, den Kreis der zu »Überprüfenden« möglichst klein zu halten. Es gelang ihm zunächst, einige der Gefährdetsten am nächsten Tag auf ein Außenkommando zu schicken und die Zahl der in die »engere Wahl Kommenden« auf 90 Häftlinge zu beschränken. Die Gestapo hatte ursprünglich die Auslieferung von ca. 500 Häftlingen verlangt.

12. April 1945

Um 16.00 Uhr fuhren zwei große geschlossene Lastkraftwagen mit einem starken Polizeiaufgebot auf den Hof der Anstalt. Weitere Verzögerungsversuche verfrachten nicht mehr. Es stellte sich aber »zur Überraschung aller Beteiligten« heraus, daß von den ursprünglich von dem Kriminalassistenten Dahlmann vorgemerkten 90 Gefangenen nur 55 zum Abtransport angetreten waren. Dahlmann, in großer Eile und ärgerlich, erklärte sich nach längerem Hin und Her damit einverstanden, daß noch sechs Häftlinge mit einem Fahrzeug des Zuchthauses am anderen Morgen zum Polizeipräsidium Wuppertal nachgeschickt würden. Am nächsten Morgen kamen allerdings nur fünf Gefangene an. Der Grund: dem Häftling Auerwald gelang es, in einem unbewachten Augenblick in eine Spülzelle zu entkommen.

Auf dem Wege nach Wuppertal hielt der Gefangenentransport in Wuppertal-Ronsdorf vor dem dortigen kleinen Polizeigefängnis, in dem vier junge sowjetische Staatsangehörige, ausgemergelte und ausgebeutete »Fremdarbeiter«, wegen »Feldfruchtdiebstahls« einsaßen. Auch sie wurden gnadenlos und brutal von der Gestapo mit Kolbenhieben auf die Lastkraftwagen getrieben.

Zielstrebig setzte der Kovoï seine Fahrt zur nächsten Station, dem Untersuchungsgefängnis Wuppertal-Bendahl fort. Hier warteten vier »Politische« auf ihren Prozeß. Auf ihre »sicherheitspolitische Überprüfung« hatte der Leiter der Gestapo-Außenstelle Wuppertal, Hufenstuhl, besonders bestanden, galt es doch, endlich eine alte Rechnung zu begleichen. Seit 1933 hatten sich ihre Wege immer wieder gekreuzt. Immer wieder gejagt, gefangen, gefoltert, verurteilt hatten diese vier »Politischen« nicht aufgegeben, gegen die Faschisten Widerstand zu leisten. Und so kam es an diesem 12. April 1945 zur Eintragung in das Ausgangsbuch: Es wurden vier politische Untersuchungsgefangene zwecks »Transports« abgeholt und ins Polizeipräsidium gebracht. Unter ihnen waren der am 23. Februar 1944 festgenommene Hugo Breenkötter und der seit dem 15. Februar 1944 inhaftierte Erich Lohmer.

In der Zwischenzeit wurden in Solingen-Ohligs die Vorbereitungen für den Massenmord zielstrebig vorangetrieben. Bereits am 10. April waren die Gestapobeamten Hufenstuhl und Beine erschienen, um sich über den Stand der Dinge zu informieren. In Begleitung der Solinger Gestapomänner Burmann und Vogel begab man sich in die Ohligser Heide, um einen günstigen Platz für das Verbrechen ausfindig zu ma-

chen. Burmann und Vogel wurden durch Hufenstuhl beauftragt, durch ausländische Arbeiter, die in der Nähe Zwangsarbeit verrichten mußten, eine Grube ausheben zu lassen, deren Maße genau festgelegt wurde. Da dem Gestapomann Vogel wegen der »ungünstigen« Lage des Platzes Bedenken kamen, ließ er sich durch den Polizeileutnant Dreyer aus Solingen-Ohligs eine »besser geeignete Stelle« nennen: die Wenzelnbergschlucht. Mit Hilfe der ausländischen Arbeitskräfte, denen man gesagt hatte, sie müßten einen Panzergraben ausheben, wurde dort die Grube vorbereitet. Die Fertigstellung meldete Burmann nach Wuppertal.

13. April 1945

In aller Frühe kommen aus Richtung Wuppertal die beiden geschlossenen Lastkraftwagen, begleitet von anderen Polizeifahrzeugen. Am Schützenplatz in Solingen-Ohligs steigen die Solinger Gestapobeamten zu. Unmittelbar danach setzt der Konvoi seine Fahrt fort und erreicht kurze Zeit später sein Ziel.

Das Gelände ist zu diesem Zeitpunkt bereits weiträumig abgesperrt.

Brutal werden die Gefangenen vom Wagen hinuntergestoßen und den sandigen Hügel hinaufgetrieben. Einige von ihnen können nicht gehen, sie müssen von anderen gestützt werden. Einer von ihnen hat nur noch ein Bein und schleppt sich mit seinen Krücken durch den tiefen Sand. An der Grube angekommen, müssen sich die immer zu zweit gefesselten Opfer hinknien, worauf sie durch Genickschuß getötet werden, darauf die Nächsten und so fort. Die Exekution dauert etwa eine Stunde. Anwohner berichten später von entsetzlichen Schreien, unterbrochen von Pistolenschüssen.

Die am Verbrechen Beteiligten schaufeln die Grube zu, ein Kommando wird beauftragt, letzte Spuren zu verwischen. Doch behält das Grab sein Geheimnis nicht lange.

14. bis 17. April 1945

Am 14. April 1945 besetzt eine Gruppe mutiger Antifaschisten das Rathaus von Solingen-Wald.

Zwei Tage darauf befreien amerikanische Truppen Solingen endgültig und betreuen die Antifa-Gruppe mit Polizeiaufgaben.

An nächsten Tag, dem 17. April 1945, erscheint auf der Polizeiwache ein Mann, der zu der weiträumigen Absperrung der Mordstelle heran-

gezogen worden war, und macht Mitteilung von dem Massenmord. Mit Genehmigung des amerikanischen Kampfkommandanten fahren sogleich drei Mitglieder der Antifa-Gruppe mit einem PKW zur angegebenen Stelle. Das noch frische Grab ist sofort erkennbar. In einer Tiefe von ca. einem Meter stößt man auf den ersten Toten. Es ist – nach den bei ihm gefundenen Ausweispapieren – der 41jährige Untersuchungsgefangene Erich Lohmer. Der nächste Tote, den man ausgräbt, ist sein Freund und Kampfgefährte Hugo Breenkötter. Er liegt direkt neben ihm. Hugo Breenkötter wurde gerade 43 Jahre alt.

Erich Lohmer – Die illegale Gruppe »Rolandstraße«

Die Verhaftung

Am 15. Februar 1944 nähert sich um 15.30 Uhr ein Mann vorsichtig einer Laube in der Gartensiedlung Nüll in Elberfeld. Ein Polizist tritt plötzlich von hinten auf ihn zu, fragt nach Namen und Ausweis. Der Mann dreht sich um, wirft die Aktentasche weg und beginnt zu laufen. Er erreicht die Nüller Straße, wendet sich in Richtung Briller Straße. Schüsse peitschen hinter dem Flüchtenden her. Aus einem Streifschuß am Oberarm fließt Blut. Der Flüchtende überquert die Briller Straße, stolpert, fällt die Böschung zur Rheinischen Eisenbahn hinunter und taucht im Tunnel vor dem Ottenbrucher Bahnhof unter. Er kennt den Tunnel genau aus seiner Tätigkeit als Eisenbahnarbeiter und fürchtet sich deshalb auch nicht, als zwei Züge seinen Lauf passieren. Aber er ist in eine Falle geraten. Hinter ihm laufen Polizisten und am Ausgang, am Ottenbrucher Bahnhof warten weitere mit schußbereiter Waffe. Der Flüchtende ist zunächst ebenfalls bewaffnet, doch er wirft seine Pistole weg und versucht unbewaffnet zu entkommen. Vergeblich. Sein linker Oberschenkel wird durchschossen, der Mann bricht zusammen und wird festgenommen. Es ist 16.00 Uhr.

Die Festnahmemeldung

Die Gestapo schreibt am 16. Februar 1944 eine »Festnahmemeldung«:
 »Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
 Außendienststelle Wuppertal
 II A 1 – 237/43

Am 15.2.44 um 16.00 wurde durch Stapo A.D. Wuppertal festgenommen



Mit diesen Gestapo-Fotos wurde 1943 Erich Lohmers Haftbefehl »illustriert«.



Gestapo-Fotos von Erich Lohmer unmittelbar nach seiner Verhaftung am 15.2.1944.

Name: Lohmer, Erich

geb.: 8.3.1904 in Elberfeld

Beruf: Arbeiter

Ohne Wohnung

Reichsdeutscher

Konfession: glaubenslos

Familienstand: geschieden

Politische Einstellung: KPD – Funktionär

Strafbestimmung: Vorbereitung zum Hochverrat

Tatbestand: Lohmer wird in der Hochverratsache Alfons Kaps u.A. – hiesige Tgb.-Nr. ii A 237/43 – gesucht. Er war im Deutschen Fahndungsbuch Nr. 237 vom 1.3.43, Seite 463, zur Festnahme ausgeschrieben. Festgenommen am 15.2.44.

Haftbefehl erlassen am 31.3.44.«²

Kurze Zeit später werden Fotos von dem Gefangenen gemacht und dem »Personalbogen« beigefügt, der weitere Angaben zu Person enthält. Lohmer selbst berichtet in den anschließenden Verhören aus seinem Leben.

Der Lebenslauf

Erich Lohmer wurde am 8. März 1904 in Wuppertal Elberfeld geboren. Sein Vater, Karl Lohmer, arbeitete als Ablader auf Wuppertaler Bahnhöfen, starb 1941 an einer Lungenentzündung. Aus der Ehe mit seiner Frau Lydia, geb. Mertens, stammen außer Erich noch ein weiterer Sohn und eine Tochter.

Erich besuchte die evangelische Volksschule, wurde aus der 7. Klasse entlassen, weil er nicht versetzt wurde. Mit noch nicht ganz 14 Jahren arbeitete er als Hilfsarbeiter, erlitt einen Betriebsunfall und verlor dabei den Zeigefinger der linken Hand. Im Ersten Weltkrieg stellte er in einer Firma in der Nordstadt Granatenzünder her. 1924 wurde er arbeitslos, ging nach Essen, um Bergmann zu werden. Der Versuch blieb ohne Erfolg. Nach Wuppertal zurückgekehrt, arbeitete er auf verschiedenen Stellen als Bauhilfsarbeiter. Ab 1930 war Erich Lohmer arbeitslos. Er wohnte bis 1926 bei seinen Eltern, an die er sein gesamtes Geld abgeben mußte.

In diesem Jahr heiratete er Marte Peschke aus Lippstadt, die in Wuppertal als Hausgehilfin arbeitete. Die Ehe war nicht glücklich, wurde 1938 kinderlos geschieden.

1934 unterhielt Erich Lohmer ein »Liebesverhältnis« mit Emmi Schrepping. Das blieb nicht ohne Folgen. Sie wurde schwanger und bekam am 5. April 1935 ein Mädchen. Danach bricht die Verbindung zwischen den beiden ab.

1939 lernt Erich Lohmer Else Eckhardt kennen und zieht zu ihr in die Rolandstraße 18. Sie wollen heiraten, doch die nachfolgenden Umstände verhindern das.

1930: Arbeitslos – Erste politische Kontakte und Aktionen

Erich Lohmer, der in einem unpolitischen Elternhaus aufwuchs, hatte sich »bis 1930 wenig um politische Tagesfragen gekümmert«. Das änderte sich mit Beginn seiner Arbeitslosigkeit. Er sagt in den Verhören selbst über diese Zeit: »Erst als ich im Jahre 1930 arbeitslos wurde, hat sich dieser Zustand geändert. Ich hatte Zeit und besuchte mehrfach Versammlungen der verschiedensten Parteien. Schon nach kurzer Zeit erkannte ich, daß nur die KPD die Interessen der Arbeiter richtig vertrat. Ich konnte mich aber nicht dazu entschließen, Mitglied dieser politischen Partei zu werden. Ich kann es nicht mehr genau sagen, es kann ungefähr 1931 oder 1932 gewesen sein, als ich dem Kampfbund gegen den Faschismus beitrat. Es war anlässlich einer Versammlung der KPD in der Stadthalle in Elberfeld. Man hatte Listen ausgelegt und die Anwesenden wurden aufgefordert, sich in die Listen einzutragen, sofern sie gewillt seien, Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus zu werden. Dieser Organisation habe ich bis zur Auflösung angehört. Zu dieser Zeit habe ich mich auch an den Demonstrationen beteiligt. Besondere Funktionen hatte ich aber nie.«³

1936: Erster politischer Prozeß und Verurteilung

1934 lernte Erich Lohmer den KPD-Funktionär Gustav Brabender kennen und wurde aktives Mitglied der KPD. Sein Widerstand gegen den Faschismus erreichte damit eine neue Qualität, wurde bewußter und organisierter. Der faschistische Staat schlägt schnell zurück. Am 6. Januar 1935 wurde Erich Lohmer festgenommen und am 13. Juni 1936 vom OLG Hamm wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt.⁴

Am 16. Oktober 1937 wurde Erich Lohmer – er ist zu diesem Zeitpunkt 33 Jahre alt – entlassen. Über die Zeit danach ist nur ein Satz



Erich Lohmer mit seiner Frau. An der linken Hand ist deutlich der Verlust des Zeigefingers zu erkennen.

überliefert: »Krampfhaft habe ich versucht, mich von meinen früheren politischen Freunden fernzuhalten.«⁵

1942: Die Widerstandsgruppe »Rolandstraße« wird aktiv

Eine Wende brachte die Begegnung mit Alois und Paul Kaps im Herbst 1942. Alle drei kannten sich aus den Turnstunden des Arbeiterturnvereins »Deutsche Eiche«, an denen sie als Kinder teilgenommen hatten. Auch nach der Schule trafen sich die drei immer wieder.

In der Gastwirtschaft Wülfig in der Steinbecker Straße spielte einer der Kaps-Brüder in einer »kommunistischen Musikkapelle«. Auch Erich Lohmer war häufig Gast, die Wirtschaft lag schräg gegenüber der elterlichen Wohnung.

In mehreren Begegnungen und Gesprächen überzeugte Alois Kaps Erich Lohmer von der Notwendigkeit, eine illegale Organisation der KPD zu bilden und aktiv gegen den Faschismus zu kämpfen. Erich Lohmer sagt dazu im Verhör 1944: »Er erzählte mir dann, daß der Ausgang des Krieges für ihn nicht mehr zweifelhaft sei. Deutschland werde und müsse auch den Krieg verlieren, und je schneller der Krieg beendet würde, um so mehr Blut würde gespart. Man müsse zu diesem Zweck eine Organisation schaffen.«⁶

Es war nicht schwer, Lohmer angesichts der militärischen und politischen Situation, in der sich Deutschland zu dem Zeitpunkt befand, von einer solchen Notwendigkeit zu überzeugen. Lohmer gewann rasch Arthur Müller und Friedrich Gross als Kampfgefährten und hatte freundschaftliche Kontakte zu Walter Böhne. Man organisierte die Agitation, Häuserwände wurden mit Parolen versehen, man klebte und verteilte Flugblätter, stellte selbst welche her und gab sie weiter, führte Gespräche, unternahm Versuche, weitere Kampfgefährten zu gewinnen. Die wichtigsten Informationsquellen wurden die aus England und der Sowjetunion in deutscher Sprache gesendeten Informationen. Regelmäßig trafen sie sich deswegen auch mit anderen in Erich Lohmers Wohnung in der Rolandstraße. Melchior Schnorpfeil besorgte Landkarten. Auf ihnen studierte man die militärischen Ereignisse, vor allem die Ereignisse um Stalingrad.

Eine Freundschaft entsteht

In diese Zeit fällt auch seine Bekanntschaft mit Hugo Breenkötter, den er 1939 in der Gastwirtschaft »Am Bökel« kennenlernte. Dazu sagt

Erich Lohmer: »Ich saß allein an einem Tisch, an dem sich Breenkötter und seine Ehefrau ebenfalls niederließ. Breenkötter war lustig und erzählte allerlei Zoten. Am Schluß des Abends bin ich mit Breenkötter und seiner Ehefrau, weil wir ungefähr denselben Weg hatten, zusammen nach Hause gegangen, d. h. wir haben uns getrennt, als ich in der Nähe meiner Wohnung war. Von diesem Tag an habe ich Breenkötter des öfteren getroffen und gesprochen. Das Verhältnis mit Breenkötter wurde später freundschaftlich, so daß ich zu ihm in die Wohnung eingeladen wurde. (...) Gelegentlich einer Unterhaltung hat er mir erzählt, daß er nach der Machtübernahme wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. Bei dieser Gelegenheit habe ich dann auch über meine politische Vergangenheit berichtet.«⁷

25. Januar 1943: Die Gestapo schlägt zu

Die Aktivitäten dieser Gruppe blieben der Gestapo nicht verborgen. Nach langen Beobachtungen ordnete Kriminalrat Hufenstuhl eine Durchsuchung der Wohnung in der Rolandstraße an. Auch darüber wurde ein Protokoll angefertigt und zu den Akten genommen:

»Geheime Staatspolizei – Außendienststelle Wuppertal – II A 237/43 – 25.1.43«

Auf Anordnung des Krim. Rats Hufenstuhl als Hilfsbeamter der Staatsanwalt wurde, weil Gefahr im Verzuge war, heute um 18.00 Uhr in der Wohnung – den Geschäfts- und sonstigen Räumen – des Erich Lohmer, W.-Elberfeld, Rolandstraße 18 (...) eine Durchsuchung vorgenommen. Der Durchsuchung wohnten bei Else Eckhardt, Krim. Asst. Michel, Krim. Angest. Dzulko. Es wurde 1 Radiogerät Marke AEG aufgefunden und beschlagnahmt.«⁸

Die Organisation fliegt auf

Erich Lohmer, der um diese Zeit nach Hause kommt, wird von Frau Mankel gewarnt. Er erfaßt sofort die Situation und ergreift die Flucht. Er kommt zu der Erkenntnis: »Jetzt wußte ich bestimmt, daß die illegale Organisation aufgefliegen war.«⁹

Es folgte eine wahre Odyssee, die hier nicht in allen Einzelheiten nachgezeichnet werden soll. Besonders in den ersten Tagen bewährten sich Freundschaften. Er wurde von Quartier zu Quartier geschleust, verbrachte Tage und Nächte bei den Müllers, bei Breenkötters, bei

einer Familie Vesting. Die Nachbarin, Frau Mankel, brachte ihn für mehrere Wochen bei einer Bergarbeiterfamilie in Castrop-Rauxel unter. Wochen hielt er sich in Köln und Düsseldorf versteckt, übernachtet in Anlagen und Parks, in ausgebombten Häusern, wärmte sich auf in Wartesälen, Kinos und verlassenen Baubuden. Verpflegte sich, weil er keine Marken hat, in Wirtschaften mit dem markenfreien Einheitsessen. Immer wieder wagte er es, seine Mutter in der Steinbecker Straße und seine Schwester in der Löwenstraße 11 aufzusuchen, die ihn auch solidarisch unterstützten.

Anfang April 1943 kehrte er nach in Wuppertal zurück. Er nahm sofort Kontakt mit seinem Freund Breenkötter auf. Beiden gelang es, Luise Menze davon zu überzeugen, Erich Lohmer eine Gartenlaube in der Gartensiedlung Nüll zu überlassen. In dieser Zeit muß er auch die Pistole mit der Munition sowie einen größeren Geldbetrag als Unterstützung erhalten haben. Bei seiner Festnahme wurden 1100 RM bei ihm gefunden. Im Sommer und Herbst renovierte Lohmer die Gartenlaube, pflanzte Gemüse und zog Kaninchen auf. Häufig brachte ihm Luise Menze auch Essen in die Gartenlaube. Die Bombenangriffe auf Elberfeld überlebte er durch die Flucht in den Ottenbrucher Eisenbahntunnel. In diese Zeit fällt auch die Freundschaft mit Hugo Wischinski, der Erich Lohmer ebenfalls selbstlos unterstützte.

Und so kommt besagter 15. Februar 1944 ...

Verhöre durch die Gestapo

Nach seiner Festnahme wird Erich Lohmer gefoltert und gequält. Er wird am 21., 23., 24. und 25. Februar sowie am 9., 10., 13., 17. und 21. März 1944 verhört. Am 28. März 1944 formuliert die Gestapo das »Ergebnis« der Verhöre: »Der Arbeiter Erich Lohmer ist überführt und geständig, sich vom Sommer 1942 ab an der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens beteiligt zu haben. Es gelang ihm, in seiner Wohngegend eine Gruppe der illegalen KPD aufzuziehen, die die Bezeichnung »Gruppe Rolandstraße« hatte (...) In der Wohnung des Lohmer wurde fortgesetzt der Nachrichtendienst verbotener Auslandssender abgehört. (...) Das Gehörte wurde eifrig diskutiert (...) Am 25.1.1943 sollte Lohmer in seiner Wohnung festgenommen werden (...) Als Lohmer das Haus betrat, wurde er von der im Erdgeschoß wohnenden Ehefrau Mankel gewarnt. (...) Nach seiner Flucht hat sich Lohmer noch bei folgenden Personen aufgehalten: Arthur

Müller, Marta Vesting, Maria Seitz, Luise Menze, Eheleute Wischliniski, Elfriede Hoffmann, und Arthur Müller hat ihn gleich nach seiner Flucht durch Rat und Tat unterstützt. (...) An Hugo Breenkötter hat sich Lohmer gleich nach seiner Flucht gewandt, trotzdem er bestreitet, schon vorher mit Breenkötter illegal gearbeitet zu haben. Beide waren Freunde und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Lohmer den Breenkötter vom Aufbau seiner illegalen Zelle informiert hat. Von Breenkötter erhielt Lohmer nach seiner Flucht eine amerikanische Armeepistole mit 40 Schuß dazugehöriger Munition. (...) Der Menze gegenüber hat er, als er diese Pistole zeigte, im übrigen auch gesagt, daß man so ein ›Ding‹ haben müsse, man fühle sich sicherer (...) Lohmer war bei seiner Vernehmung verstockt und gab nur das zu, was ihm vorgehalten und bewiesen werden konnte. Die Schußwaffe mit der dazugehörigen Munition, und RM 1100.—, die angeblich der Menze gehören und bei Lohmer gefunden wurden, sind sichergestellt und hier asserviert.«¹⁰

Erich Lohmer sitzt in der nachfolgenden Zeit in verschiedenen Strafanstalten. Zu einem Prozeß ist es bis zu jenem 13. April 1945 nicht mehr gekommen.

Grete und Hugo Breenkötter

Kriminalrat Hufenstuhl und der Sudetengau

Nur zwei Tage nach der Verhaftung Erich Lohmers wird Kriminalrat Hufenstuhl wieder aktiv. An diesem Tag setzt er folgendes Fernschreiben ab:

»An die Staatspolizeileitstelle Reichenberg

Betrifft: Hilfsarbeiter Hugo Breenkötter, geboren am 16.4.1902 in Barmen, und seine Ehefrau Grete, geborene Schneider, geboren am 17.12.1903 in Barmen, jetzt wohnhaft in Altehrenberg 409.

Die Eheleute Breenkötter sind bei dem Terrorangriff auf W.-Elberfeld ausgebombt und dann nach Altehrenberg/Sudetengau evakuiert worden. Beide haben sich hier an der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens beteiligt. Ich bitte, die Eheleute festzunehmen und mit dem nächsten Sammeltransport getrennt in das Polizeigefängnis Wuppertal überführen zu lassen. Das bei der Durchsuchung evtl. anfallende Belastungsmaterial bitte ich umgehend an die hiesige Dienst-



Grete Breenkötter unmittelbar nach ihrer Verhaftung im März 1944.



Hugo Breenkötter. Gestapo-Fotos vom März 1944.

stelle zu senden. Über das Veranlaßte und Eintrefftag der Festgenommenen in Wuppertal bitte ich um FS-Nachricht.

gez. Hufenstuhl«¹¹

Bereits am 2. März 1944 wird Reichenberg gemahnt: »dringend – sofort vorlegen – Haftsache – Ermittlungsverfahren gegen die Eheleute Hugo Breenkötter (...) Ich bitte um umgehende Erledigung meiner FS – Anfrage vom (...)«¹²

Noch am gleichen Tag kommt die Antwort: »Die Eheleute Breenkötter wurden am 23.2.1944 festgenommen. Ihre Wohnung wurde durchsucht. Die Durchsuchung war erfolglos. Hugo Breenkötter wurde mit Sammeltransport am 26.2.44 nach Wuppertal-Elberfeld in das dortige Pol.-Gefängnis überstellt und trifft dort am 8.3.44 gegen 13.13 Uhr ein. Seine Ehefrau wird am 4.3.44 mit Sammeltransport nach dort überstellt und trifft am 15.3.44 gegen 13.13 Uhr dort ein. Die getrennte Überführung wird vorgenommen, um eine gegenseitige Verständigung zu verhindern.

i.A. gez. Ziemer K.K.«¹³

Die Festnahmemeldung

Und auch in diesem Fall wird eine »Festnahmemeldung« formuliert:

»Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Düsseldorf – Außendienststelle Wuppertal

Tgb. Nr. II A 1 – 237/43 – Wuppertal, den 10.3.44

Festgenommen am 23.2.44 um 7.00 Uhr

Name: Breenkötter

Vorname: Hugo

Geburtsdatum: 16.4.1902

Geburtsort: Barmen

Beruf: Elektriker

Zahl der Kinder: 4, Alter 19 – 9

Politische Einstellung: kommunistisch

Sachverhalt: Br. hat mit dem Funktionär der illegalen KPD Erich Lohmer illegal zusammengearbeitet. Nach der Flucht des Lohmer im Januar 1943 hat er diesen unterstützt und ihm Obdach gewährt. Bisher konnte dem Br. nachgewiesen werden, daß er Lohmer nach der Flucht eine Pistole mit etwa 40 Schuß Munition überlassen hat. Die Vernehmungen in dieser Sache sind noch nicht beendet. Br., der nach dem Terrorangriff auf W.-Elberfeld, wo er Brüderstraße 15 gewohnt hat, nach

Altehrenberg mit seiner Familie evakuiert wurde, wurde auf Veranlassung der hiesigen Dienststelle dort am 23.2.44 festgenommen und traf am 9.3.44 mit Sammeltransport hier ein.

Abgabe an die Strafverfolgungsbehörde: ja

Vorführung vor den Richter: ja

Sitzt im Gefängnis Wuppertal ein.

Dienststelle: Stapo Wuppertal

Sachbearbeiter: Segerath K.S.«¹⁴

Und auch für Grete Breenkötter wird am 22.3.44 eine »Festnahmemeldung« formuliert.

Danach ist sie am 23.2.44 um 6.30 Uhr festgenommen worden. Ihr wird folgendes zur Last gelegt: »Die Ehefrau Br. steht im Verdacht, den flüchtigen Funktionär der illegalen KPD, Erich Lohmer, bei seiner Flucht unterstützt zu haben. Sie wurde am 23.2.44 in Altehrenberg festgenommen und traf mit dem Sammeltransport am 16.3.44 in Wuppertal ein. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.«¹⁵

Für Grete und Hugo Breenkötter erläßt der Richter am 31. März 1944 Haftbefehl.¹⁶

Die Lebensläufe

Auch für Grete und Hugo Breenkötter werden »Personalbögen« angelegt, Fotos gemacht und diesen beigelegt. Und auch bei ihnen erstrecken sich die Verhöre auf die »persönlichen, wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse«. Den Protokollen sind bis heute diese Lebensdaten der Verhafteten zu entnehmen:

Hugo Breenkötter wurde als ältester Sohn von 5 Kindern (4 Jungen und ein Mädchen) am 16. April 1902 in Wuppertal-Barmen geboren. Der Vater, August Breenkötter, war Bäcker und arbeitete in einer Elberfelder Brotfabrik. Die Mutter Maria, geb. Rasch, versorgte den Haushalt. Die Familie wohnte in der Sattlerstraße 19. Vom 6. bis zum 14. Lebensjahr besuchte Hugo Breenkötter die evangelische Volksschule. 1916, während des Ersten Weltkriegs, wurde er aus der Schule entlassen und nahm eine Beschäftigung als Hilfsarbeiter an. Der Vater war zu der Zeit im Krieg. Hugo Breenkötter sagt in den Verhören über diese Jahre: »Während der Abwesenheit meines Vaters, (...) hat meine Mutter mit mir alle wichtigen Fragen, die sich aus dem Zusammenleben der Familie ergaben, besprochen. Aus diesem Grunde bin ich wohl früh mit den Fährnissen des Lebens in Berührung gekommen. Ich fühl-

te mich sehr früh erwachsen und konnte mich mit meinem Vater nicht mehr verstehen, als derselbe aus dem Weltkrieg zurückkehrte.«¹⁷

Das Zerwürfnis mit dem Vater

Aus diesem Konflikt wurde ein »Zerwürfnis mit meinem Vater«. Den (politischen) Grund beschreibt Hugo Breenkötter so: »In meinem Elternhaus wurde über politische Dinge überhaupt nicht gesprochen. Meine Eltern und Geschwister gehörten der Baptistengemeinde in Wuppertal-Elberfeld an. Ich war Außenseiter, und die Zerwürfnisse mit meinem Vater waren in der Hauptsache auf meine antibaptistische Einstellung zurückzuführen.«¹⁸

Er verließ Wuppertal und geht – mit 16 Jahren – nach Blankenhagen in Westfalen und verdingte sich als Knecht bei dem Bauern Weltmann. Dort lernte er seine spätere Frau kennen. 1920 kehrte er nach Wuppertal zurück. Der Vater hatte inzwischen ein »Geschäft in Herrenartikeln« eröffnet. Hugo Breenkötter ergriff die Gelegenheit und verkaufte im »Hausierhandel« Hosenträger und Sockenhalter aus dem Geschäft seines Vaters. Als seine Freundin 21 Jahre alt wurde, holte er sie gegen den Willen des Vaters kurzentschlossen nach Wuppertal und heiratete sie. Grete Breenkötter aus Barmen war die Tochter der Eheleute Friedrich Schneider und Ida Schneider, geb. Steinberg.

Der Konflikt zwischen Vater und Sohn Breenkötter brach erneut auf: »Am Hochzeitstage warf mein Vater mich mit meiner Frau aus seiner Wohnung. Wir beide standen mittellos da. Es traf uns besonders empfindlich, weil meine Frau im 5. Monat schwanger war. Wir haben uns ein möbl. Zimmer gesucht und ich habe mein Wandergewerbe weiter betrieben. Die Waren bezog ich zum größten Teil noch von meinem Vater.«¹⁹

1927 war Grete mit dem zweiten Kind schwanger. Die junge Familie befand sich in einer ernsten wirtschaftlichen Notlage. Hugo Breenkötter entschloß sich in dieser Situation, den Erlös aus dem Verkauf der Artikel nicht an die Firma Förster abzuführen. Die Firmenleitung zeigte ihn daraufhin erbarmungslos an; Hugo Breenkötter mußte zwei Monate ins Gefängnis. Weihnachten 1928 war er wieder zu Hause. Eine viel ernstere Folge seiner Unterschlagung war der Entzug des Wandergewerbescheins. Deswegen blieb er – mit einer kurzen Unterbrechung als »Notstandsarbeiter der Stadt Wuppertal auf dem Flugplatz in Langerfeld« 1934 – bis Anfang 1935 arbeitslos.

Weitere Widerstandsaktionen – Ein Terrorurteil

In diese Zeit als »Notstandsarbeiter« fällt eine weitere Widerstandsaktion gegen den faschistischen Staat: »Hier habe ich 6 Flugschriften der illegalen KPD von einem Arbeitskameraden angenommen und weiter verteilt.«²⁰ Hugo Breenkötter wurde aufgrund dessen am 15. Februar 1935 verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« am 15. Februar 1936 vom OLG Hamm zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren zuzüglich fünf Jahren »Ehrverlust« verurteilt. Es ist ein Rache- und Terrorurteil. Man hatte seine aktive Rolle bei der Vorbereitung der Thälmann-Kundgebung vom 12. Juli 1932 und seinen Kampf gegen die Kundgebungen Goebbels vom 13. Juli und Hitlers vom 24. Juli 1932 jeweils im Stadion Zoo nicht vergessen.²¹ Er verbüßte die Strafe im Zuchthaus Lager Aschendorf bei Papenburg.

Erneute Verhaftung und Rückkehr nach Wuppertal

Als Hugo Breenkötter am 26. Februar 1939 aus dem Zuchthaus entlassen wurde, kehrte er nach Wuppertal zurück, bekam bereits am 3. März 1939 eine Arbeitsstelle bei der Firma Specht in W.-Elberfeld und wurde dort zum Elektriker umgeschult. Im Sommer 1943 nach dem Luftangriff auf Elberfeld – Erich Lohmer war zu diesem Zeitpunkt bereits auf der Flucht – wurde die »wehrwichtige« Firma nach Altehenberg/Sudetengau verlegt. Da auch die Wohnung der Breenkötters »vollständig zerstört« wurde, folgten sie der Firma nach Altehenberg. Dort wurden beide verhaftet und nach Wuppertal gebracht...

Die Verhöre

Jetzt beginnen auch bei Grete und Hüge Breenkötter die Verhöre »unterstützt« von Folter und Erniedrigung. Grete Breenkötter gibt am 22. März 1944 zu Protokoll: »Ich kann nur immer wieder sagen, daß mein Mann ein treusorgender Vater und ein solider Ehemann war.(...) Ich habe vier Kinder und bin erneut von meinem Ehemann im vierten Monat schwanger. Durch die Festnahme bin ich stark heruntergekommen und habe augenblicklich der Schwangerschaft wegen Beschwerden.(...) Ich will meinen Kindern eine gute Mutter und meinem Mann eine treue Kameradin sein. Das ist schon immer der Sinn meines Lebens gewesen.«²²

Die Unmenschlichkeit des faschistischen Staates wird in diesem Fall nicht auf die Spitze getrieben. Da ihr offensichtlich nicht nachgewiesen

werden kann, »daß sie von der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens durch Lohmer und ihren Ehemann gewußt hat, (...) sie im vierten Monat schwanger ist und Beschwerden hat« wird sie am »22. März 1944, um 12.00 Uhr, aus dem Polizeigefängnis entlassen.«²³

Grete Breenkötter und ihre Kinder überleben. Sie lebt heute hochbetagt bei ihren Töchtern. Ihr Sohn Hugo lebt in Wuppertal.

Hugo Breenkötter bestätigt in den Verhören vom 12., 13., 14. und 22. März 1944 seine Freundschaft mit Erich Lohmer. Bei einer Begegnung habe er diesem sein Herz ausgeschüttet und »auch über meine Vorstrafe Aufklärung« gegeben. Auch Breenkötter trifft mit Arthur Müller und anderen Mitgliedern der »Gruppe Rolandstraße« zusammen. Das ist auch nicht besonders verwunderlich, wohnte er doch in der Brüderstraße 15, genau gegenüber auf der anderen Seite der Hochstraße. Er bestätigt, daß nach seiner Flucht, Lohmer mehrmals bei ihm war und er ihn, »weil er kein Obdach hatte«, »auf seiner Couch in seinem Wohnzimmer habe schlafen lassen«. Breenkötter ist zu diesem Zeitpunkt im Besitz einer Pistole, die er »von dem Soldaten Paul Pohlmann« bekommen habe. Der habe sich am letzten Tag seines Heimaturlaubs mit seinen Eltern verfeindet und deswegen bei Breenkötter übernachtet. Bei seiner Abreise habe er die Pistole zusammen mit einem »Säckchen mit gleichkalibriger Munition und einer Kette zum Reinigen eines Karabiners mit Bürste vergessen.« Breenkötter habe die Pistole Lohmer gezeigt und kurze Zeit später bemerkt, daß die Pistole verschwunden sei. Er bestätigt auch die Treffen mit Frau Mankel und sagt: »Ich glaube sogar, daß ich der Mankel einige Male Brotmarken für Lohmer gegeben habe.«

Die Gestapo formuliert das Ergebnis der Verhöre

Bereits am 28. März 1944 ist sich die Gestapo sicher: »Bei der Aufrolung der illegalen KPD im Westen Anfang 1943 wurde hier in Wuppertal festgestellt, daß der Funktionär der illegalen KPD, Erich Lohmer, (...) und seine Geliebte, die geschiedene Ehefrau Else Eckhardt, freundschaftlich mit den Eheleuten Breenkötter verkehrten.(...) Sein Verkehr erstreckte sich in der Hauptsache auf Personen, die wie er früher der KPD angehört hatten, bzw. wegen Vorbereitung zum Hochverrat bestraft worden waren. Hierunter befand sich auch Lohmer (...) Nunmehr steht fest, daß Breenkötter Lohmer nach seiner Flucht durch Rat und Tat unterstützt und ihm sogar eine amerikanische Armeepistole mit

39 Schuß Munition geschenkt hat.(...) Der Ehefrau Breenkötter konnte eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden.«²⁴

Die letzten Stunden der beiden Freunde

Auch Hugo Breenkötter verschwindet in der nachfolgenden Zeit hinter verschiedenen Zuchthausmauern. Auch in seinem Fall kommt es bis zu jenem 13. April 1945 nicht zu einem Prozeß.

Wir wissen nicht, ob die beiden Freunde sich in dieser Zeit gesehen haben, miteinander sprechen konnten. Was wir aber wissen ist, daß sie die letzten Stunden in ihrem Leben zusammen sein konnten. Was und worüber mögen sie gesprochen haben? Was werden die beiden gedacht und gefühlt haben? Hugo Breenkötter, der Frau und vier Kinder hinterließ? Erich Lohmer, der eine Tochter, ganze zehn Jahre alt, und viele Kampfgefährten zurückließ? Wir wissen es nicht.

Als Erich Lohmer auf der Flucht vor den Faschisten war und Hugo Breenkötter seine Wohnung im Bombenhagel verlor und seine Heimatstadt Wuppertal verlassen mußte, beendete Julius Fučík am 9. Juni 1943 seine »Reportage, unter dem Strang geschrieben« mit den Worten: »Auch mein Spiel geht dem Ende zu. Das beschreibe nicht ich. Das kenne ich nicht. Es ist kein Spiel mehr. Es ist Leben. Und im Leben gibt es keine Zuschauer. Der Vorhang hebt sich. Menschen, ich hatte euch gern. Seid wachsam!«²⁵

Dieser Kämpfer gegen den Faschismus wurde am 23. Februar 1903 in Prag geboren, ging 1940 in den Untergrund. Julius Fučík wurde nach seiner Verhaftung durch die Gestapo am 25. August 1943 zum Tode verurteilt und am 8. September 1943 in Berlin-Plötzensee durch den Strang ermordet. Seine »Reportage« entstand im Gestapo-Gefängnis in Prag, wurde in den Pausen zwischen Verhören und Torturen auf Zettel niedergeschrieben. Diese Zettel konnten als Kassiber aus der Zelle geschmuggelt und so 1945 von seiner Frau veröffentlicht werden. Fučík Reportage, formuliert im Angesicht des Todes, ist »dokumentarische Literatur«, ist der authentische Bericht eines Opfers. Sie umschließt auch das Leben und den Tod von Erich Lohmer und Hugo Breenkötter.

30. April 1945

An diesem Tag sind die Vorbereitungen soweit gediehen, daß mit der Exhumierung aller Ermordeten begonnen werden kann. In einem ame-

rikanischen Militärbericht heißt es: »Dazu wurden 40 örtlich bekannte Mitglieder der Nazi-Partei abkommandiert, damit es ihnen eine Lehre sei (...) Ein großer Teil der Gruppe glaubte, daß man sie exekutieren würde. Bevor die Arbeit begann, wurde die grabende Nazi-Partei ermahnt, daß, wenn eine sorglos angesetzte Schaufel auch nur einen Leichnam berühren würde, müsse die Arbeit mit den Händen beendet werden.«²⁶

Insgesamt werden 71 Leichen geborgen. Der Versuch, die Toten an Ort und Stelle zu identifizieren, gelingt nur in wenigen Fällen, da die meisten keine Papiere bei sich tragen. In der nachfolgenden Zeit können jedoch insgesamt 68 Ermordete identifiziert werden. Drei sind bis heute unbekannt geblieben, auch weiß man nicht, wann und wie sie zu dieser Gruppe gestoßen sind.

1. Mai 1945

Auf Anordnung der amerikanischen Besatzungsbehörde werden die Opfer vor dem Rathaus in Solingen-Ohligs beigesetzt. Die Bevölkerung wird zur Teilnahme an der Trauerfeier aufgefordert; 3000 Menschen kommen dieser Aufforderung nach. Über die Beerdigung der Opfer heißt es in dem bereits zitierten Bericht: »Auf dem Rathausplatz waren Einzelgräber ausgehoben, mit neuen Brettern ausgeschlagen und mit Kiefernzweigen verdeckt, dann mit rotem und weißem Flieder ausgeschmückt. Als die Wagen mit den Toten ankamen, hat das Ausgrabe-Kommando die Leichname abgeladen und jeden vorsichtig in sein neues Grab gelegt. Der Geruch, der von den Leichen ausging, war zum Überwerden. Der Zustand einiger der Toten war grauenhaft (...) Zwei Stunden dauerte die Beerdigung, die Anwesenden standen ruhig und beobachtend. Um nicht ohnmächtig zu werden, waren die meisten Anwesenden gezwungen, das Taschentuch vor die Nase zu halten.« Der Bericht fährt fort: »Als der letzte Tote am Ort seiner endgültigen Ruhe niedergelassen war, mußten alle Zuschauer an den offenen Gräbern vorbeigehen und die Leichen ansehen, bevor sie zugedeckt wurden. Dann wurde die ganze Bevölkerung Ohligs' beauftragt, den kleinen Friedhof mitten in ihrer Stadt zu pflegen.«²⁷

Jetzt beginnen die Untersuchungen und Vernehmungen. – Das Fazit lautet 50 Jahre danach: Das Verbrechen ist bis heute ungesühnt geblieben!

Das Vermächtnis

Was wir Nachgeborenen tun können ist, immer wieder an das unspektakuläre und selbstverständliche Handeln dieser Menschen gegen den Faschismus zu erinnern. Und sie taten es ungeachtet der Bedrohung für ihr Leben. Wer versucht, diese Menschen und ihren Widerstand gegen den Faschismus auszugrenzen, nur weil sie Kommunisten waren, handelt unverantwortlich und beschädigt das Ansehen des Widerstands gegen den Faschismus insgesamt. Und so soll am Ende dieser Erinnerung ein Zitat aus einer Erklärung von NS-Verfolgten vom Juli 1994 stehen:

»Wir Überlebende des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Verfolgte des Naziregimes aus Ghettos und Konzentrationslagern, Emigranten und Deutsche, die in den Armeen der Anti-Hitler-Koalition und bei den Partisanen kämpften, sowie Angehörige von Frauen und Männern, die vom NS-Regime eingekerkert, gefoltert und ermordet wurden, wenden uns gegen Bestrebungen, bestimmte Gruppierungen des deutschen Widerstandes und der Emigration aus der ständigen Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin auszugrenzen.«²⁸

Nachbemerkung

Der Bürgermeister Max Reiss sagte am Grab der Ermordeten: »Mögen die toten Männer vor diesem Rathaus in Frieden ruhen und möge diese Gruft eine Mahnung sein für alle Bürger, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit sich für alle Zeiten solche unmenschlichen Verbrechen nicht wiederholen.«²⁹

Es hat lange gedauert, bis nach zähem Bemühen am Ort des Verbrechens eine würdige Gedenkstätte eingerichtet werden konnte. An ihr findet alljährlich an einem Sonntag Mitte April eine Mahn- und Gedenkveranstaltung statt, die seit einiger Zeit gemeinsam von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) und den Städten Langenfeld, Remscheid, Solingen und Wuppertal veranstaltet wird.

Nachforschungen haben ergeben, daß enge Angehörige von Erich Lohmer und Hugo Breenkötter leben. Sie sind – anders als Angehörige von Opfern des Faschismus in anderen Städten Nordrhein-Westfalens – nie besucht worden, wurden nie eingeladen, an der Gedenkfeier teilzunehmen. Wird sich das mit dieser Erinnerung ändern?

- 1 Soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, basiert diese Darstellung auf folgenden veröffentlichten und unveröffentlichten Quellen: VVN/Bund der Antifaschisten, Landesvorstand NRW (Hg.): Jahre in Lüttringhausen. Endstation Wenzelnberg. Berichte von antifaschistischen Widerstandskämpfern, Düsseldorf o.J. (Protokolle und Dokumente wurden auf der Basis der Recherchen von Karl Bennert 1994 neu aufgezeichnet.); HStAD, Bestand 58/24516; Stadtarchiv Wuppertal, Personalakten Erich Lohmer, Hugo Breenkötter; Klaus Goebel (Hg.): Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, Wuppertal 1984; Ernst Thälmann: Eine Biographie. Bd. 2, Berlin (DDR) 1980 sowie Recherchen und Gespräche des Verfassers mit Angehörigen, Zeitzeugen und Weggefährten.
- 2 HStAD, Bestand RW 58/24516. Akte Erich Lohmer.
- 3 A.a.O.
- 4 Oberlandesgericht Hamm, Aktz. 6 O. Js 20/36.
- 5 HStAD, a.a.O.
- 6 A.a.O.
- 7 A.a.O.
- 8 A.a.O.
- 9 A.a.O.
- 10 A.a.O.
- 11 HStAD, Bestand RW 58/24516. Akte Eheleute Hugo und Grete Breenkötter.
- 12 A.a.O.
- 13 A.a.O.
- 14 A.a.O.
- 15 A.a.O.
- 16 A.a.O.
- 17 A.a.O.
- 18 A.a.O.
- 19 A.a.O.
- 20 A.a.O.
- 21 Oberlandesgericht Hamm, Aktz. 6 O Js. 433/35.
- 22 HStAD, a.A.O.
- 23 A.a.O.
- 24 A.a.O.
- 25 Julius Fučík: Reportage, unter dem Strang, Frankfurt a.M. 1976, S. 121.
- 26 Laurence G. Byrnes: History of the 94th Infantry Division in World War II., Washington 1948, S. 472ff. Vgl. dazu auch »die tat«, 11. April 1970.
- 27 Byrnes, History of the 94th Infantry Division in World War II., a.a.O.
- 28 »unsere zeit« (uz), 22. Juli 1994.
- 29 Byrnes, History of the 94th Infantry Division in World War II., a.a.O.

Morde kurz vor Kriegsende

In den Morgenstunden des 13. April 1945 — nur kurze Zeit vor dem Einmarsch der Amerikaner — wurde bei Solingen-Landwehr eines der gemeinsten Verbrechen unter dem Naziregime im Rheinland begangen. 71 Menschen starben durch Genickschuß, 60 von ihnen hatten Wuppertaler Gestapoleute aus dem Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen, weitere Häftlinge aus dem Wuppertaler Gefängnis herausgeholt. Unter ihnen befanden sich vier Ausländer. Kriminalrat Hufenstuhl aus Wuppertal und sein Mitarbeiterstab mit Beamten aus Solingen hatten sich geeinigt, am Wenzelnberg bei Solingen-Landwehr auf „höheren Befehl“ die „Hinrichtung“ an 71 Menschen zu vollstrecken. Ausländische Arbeiter, die in der Nähe untergebracht waren, mußten die Erde ausschachten. Sie wußten nicht, wozu ihre Arbeitskraft mißbraucht wurde. Als nun in der Morgendämmerung ein Lastwagen mit 71 Menschen vom Wuppertaler Polizeipräsidium in Richtung Solingen-Ohligs fuhr, da stand um den Wenzelnberg schon ein großes Polizeiaufgebot. Straßen waren gesperrt. Die Häftlinge waren zu zweit aneinandergefesselt und wurden unter den üblichen Methoden, mit Brüllen, Drohungen, Schlägen und Stößen die Anhöhe hinaufgehetzt. Paarweise mußten sich diese hilflosen Menschen an den Rand der Grube stellen und wurden durch Genickschuß hingemordet. Von ihnen sind 14 langjährig verurteilte Männer des antifaschistischen Widerstandes namentlich bekannt: Ferdinand Jahny, Friedrich Knopp, Paul Tegethoff, Leopold Chonczey, Johann Galwelat, Artur Koch, Erich Lohmer, Friedrich Kamleiter, Max Lang, Paul Wodzinski, Adolf Führer, Otto Gaudig, Hugo Breemkötter, Jakob Krieger sen. Andere politische Häftlinge, die erschossen werden sollten, konnten durch das Bombenräumkommando unter Hauptmann Schweitzer vorher weggeschafft werden oder wurden durch das menschliche Verhalten des Direktors Engelhardt und anderer Beamten vor dem Erschießen gerettet.¹¹²

Es gehört zur Tradition der Solinger Antifaschisten, alljährlich Mitte April eine Gedenkstunde in der Wenzelnbergschlucht abzuhalten.

112 LA/VVN Nr. 1467, 1471.

Inge Stosny
Karl Schabrad
**Widerstand
in
Solingen**

Aus dem
Leben
antifaschistischer
Kämpfer



Röderberg-Verlag Frankfurt/Main

3. Die Rettung der Müngstener Brücke

Überlieferung: Abdruck in der "Rheinischen Post. Zeitung für christliche Kultur und Politik" Jahrg. 2 Nr. 57 vom 19. Juli 1947.

Da, wo die Eisenbahnstrecke, die die Schwesterstädte Solingen und Remscheid verbindet, die Wupper schneidet, schwingt sich in weitgespanntem Bogen eine kühne und doch trotz der ungeheuren Stahlmassen fast anmutig wirkende Brückenkonstruktion: die Müngstener Brücke, eines der Wahrzeichen des Bergischen Landes. Mit ihren 107 Meter ist sie die höchste Eisenbahnbrücke Europas. Am 15. Juli 1897 wurde sie feierlich ihrer Bestimmung übergeben, und heute, fünfzig Jahre nach ihrer Eröffnung, erfüllt sie diese Bestimmung noch genau wie am ersten Tage, nämlich: Mittlerin zu sein zum und vom Bergischen Land. Unversehrt und völlig intakt, trotz der großen Brückenvernichtungen am Ende des letzten Krieges, schwingt sich der weite Brückenbogen auch heute noch über das Wuppertal. Wie ist es möglich, daß eine so wichtige Brücke der Vernichtungswut des zusammenbrechenden Gewaltregimes entging? Auch für sie war der Befehl zur Zerstörung erteilt. Die Vernunft aber triumphierte über den Wahnsinn. Dem entschlossenen Eingreifen aufrechter Männer ist die Erhaltung dieses

eigenartigen und in seiner Art einzigartigen Brückenwerkes zu danken.

Anfang April 1945. Seit Wochen vernimmt die bergische Bevölkerung den Lärm der nahen Schlachten. Weit um den bergischen Raum herum sind die Amerikaner und Briten ins Innere des Reiches vorgestoßen. In den noch unbesetzten Raum von Solingen und Remscheid fluten deutsche Truppen unter dem Befehl des Abschnittskommandeurs, General Weber, zurück. Seit Mitte März hat Solingen einen Stadtkommandanten, den Rittmeister der Reserve Werner Stolzmann, einen gebürtigen Solinger. Der Rittmeister Stolzmann ist ein guter Bürger, dem Wohl und Wehe der Heimat am Herzen liegen. Längst ist es ihm klar, daß alles, was sich jetzt noch abspielt, frevelhaft und sinnlos ist. Es gilt nur eines: die Heimat und ihre Menschen vor der restlosen Vernichtung zu schützen. Diesem Ziel gilt seine Arbeit, eine Arbeit, die zu der Zeit noch den Kopf kosten kann. Am 7. April sucht der Stadtkommandant den Abschnittskommandeur in dessen Hauptquartier auf und beschwört ihn, vom Einsatz der Volkssturmbataillone Abstand zu nehmen, da er sinnlos sei. Der General ist nicht in der Lage, einen klaren Befehl zu erteilen. Er richtet seine Abwehrfront nach Westen auf.

"Sämtliche im Befehlsbereich des Abschnittskommandeurs, General Weber, liegenden Brücken sind

zu sprengen!" Diesen Befehl findet Rittmeister Stolzmann nach seiner Rückkehr vor. Da heißt es handeln! Einsichtige, verantwortungsbewußte Männer sammeln sich um den Kommandanten der Stadt. Und während der Rittmeister Stolzmann hinausjagt zur Müngstener Brücke, um den dort befehlenden Pioniermajor zu bitten, den wahnsinnigen Befehl nicht durchzuführen, übernimmt es der Oberstleutnant a. D. Boehm-Tettelbach, nochmals bei General Weber vorzusprechen. Noch sind an diesem 10. April keine geballten Ladungen an der Riesenbrücke angebracht. Dies beruhigt den Rittmeister Stolzmann, obwohl er den Pionierkommandeur nicht antrifft. Er hinterläßt die Bitte, der Major möge alsbald nach seiner Rückkehr zu einer Rücksprache in die Weiner Straße kommen. Aber dort erwartet er den Major vergeblich.

Die Unterredung zwischen dem General Weber und dem Oberstleutnant a. D. Boehm-Tettelbach im Hause des Fabrikanten Lauffs in Wiescheid geht nicht unter vier Augen vor sich. Eindringlich verweist der Oberstleutnant, der übrigens auch bei dem im Jahre 1938 auf Hitler geplanten Attentat seine Hand im Spiele hatte, auf die Tatsache des sich schließenden Kessels, auf die Lächerlichkeit der Brückensprengungen, die den Feind doch nicht aufzuhalten vermögen. Der General Weber trommelt nervös auf dem Tisch. Die Gegenwart

der Stabsoffiziere erlaubt ihm keine eindeutige Antwort. Als der Oberstleutnant Boehm-Tettelbach von Landwehr zurückfährt, fährt er mit dem Gefühl, daß der Abschnittskommandant bereit ist, Brücken und Industrieanlagen seines Divisionsbereiches zu schonen. (Die Richtigkeit dieses Gefühls wurde durch zwei Briefe bestätigt, die der damalige General Weber an Herrn Boehm-Tettelbach im Jahre 1946 geschrieben hat. Darin berichtet er, daß er im Frühjahr 1945 trotz aller Führer-, Gauleiter- und Armeebefehle die im Divisionsbereich zur Sprengung befohlenen Brücken nicht habe sprengen lassen, daß er die Sprengung der beiden [!] Kasernen in H i l d e n verhindert und den Städten Solingen und H i l d e n ihre zur Sprengung befohlenen Industrieanlagen unter Einsatz seines Kopfes erhalten habe. In einem zweiten Schreiben betont der General, daß er sich der Unterredung mit Herrn Boehm-Tettelbach noch gut erinnere. Er sei damals sehr zurückhaltend gewesen, da er einige Tage vorher durch einige Spitzel, die mit ähnlichen Anliegen zu ihm gekommen waren, überführt werden sollte. Er habe auch deshalb sehr vorsichtig sein müssen, weil er mit den Gauleitern von Köln und Düsseldorf wegen Nichteinsatzes ihrer ihm zugeführten Volkssturmbataillone ohnehin Schwierigkeiten gehabt habe.)

Aber es drohte noch von anderer Seite Gefahr. In diesen Tagen haben die "kleinen Hitlers" nochmals Konjunktur. Sie zerstören in ihrer Dummheit weit mehr, als die militärische Notwendigkeit - wenn sie noch einen Sinn hätte - erfordern würde. In Solingen entschließt man sich daher, die Zuflucht zu einer List zu nehmen. Ein fingiertes Telegramm bringt den angeblich von Feldmarschall Model unterzeichneten Befehl, die befohlenen Sprengungen nicht durchzuführen. Wird diese Fälschung ausreichenden Schutz bringen? Am 14. April wird das Gelände am Bahnhof Solingen-Schauberg vermint. Aus der Hofschacht Schauberg verbreitet sich die Nachricht mit Windeseile nach Solingen und Remscheid. Pioniere bereiten die Sprengung der kleineren Brücken bei Burg an der Wupper, Strohn, Glüder und weiter wupperabwärts vor. Während es dem tatkräftigen Einsatz, dem Mut und der Entschlossenheit klardenkender Männer gelingt, die Sprengkörper aus der wichtigen Straßenbrücke über die Reichsbahnstrecke Solingen-Remscheid in der Schützenstraße wieder zu entfernen, kommt die Hilfe bei einem Teil der anderen Brücken zu spät. Die Müngstener Brücke aber steht immer noch. - Der 15. April ist ein Samstag. In aller Frühe beginnt die Bevölkerung des Bergischen Landes, die Panzersperren zu beseitigen. Noch einmal reagiert das Militär. Der Stadtkommandant erhält Befehl,

die Panzersperren zu erhalten und die Leute zu bestrafen, die sich an ihnen zu schaffen machen. "Jawohl, bestrafen!" wiederholt der Rittmeister Stolzmann. Sein Befehl aber lautet: "Weitermachen, weg mit den Sperren!" Am nächsten Tag ist alles vorbei. Mit seiner Division geht der General Weber in amerikanische Kriegsgefangenschaft.

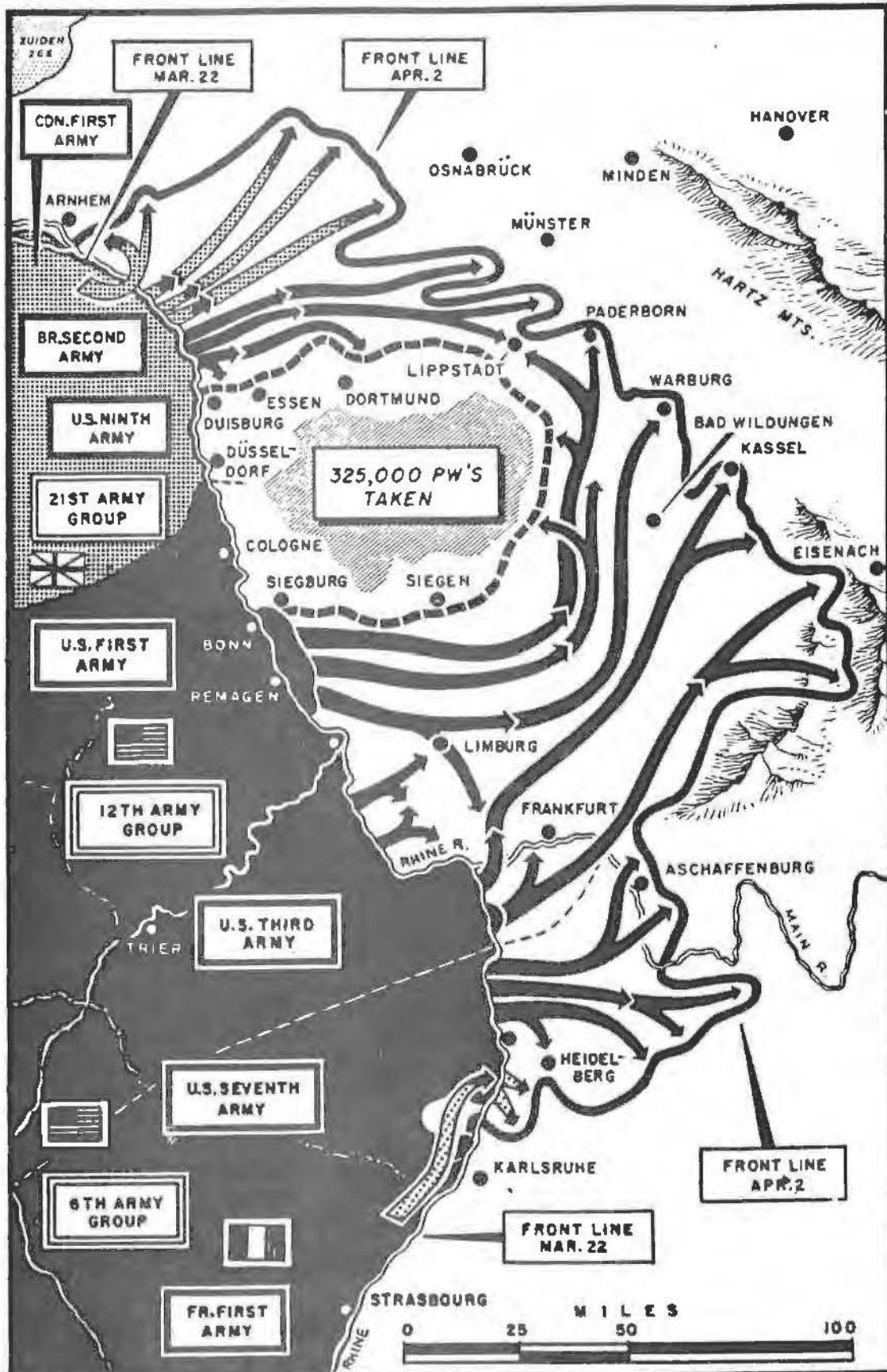
Es ist schwer, heute zu entscheiden, wem das Verdienst zugeschrieben werden darf, daß die einzigartige Münstener Brücke erhalten blieb. Im Grunde ist es auch weniger wichtig als die Tatsache, daß sie durch das Zusammenwirken einer Anzahl verantwortungsbewußter Männer erhalten geblieben ist.

Nach 50 Jahren stellt sie heute noch fast die gleiche Sehenswürdigkeit dar, wie an jenem 15. Juli 1897, dem Tag ihrer Eröffnung.

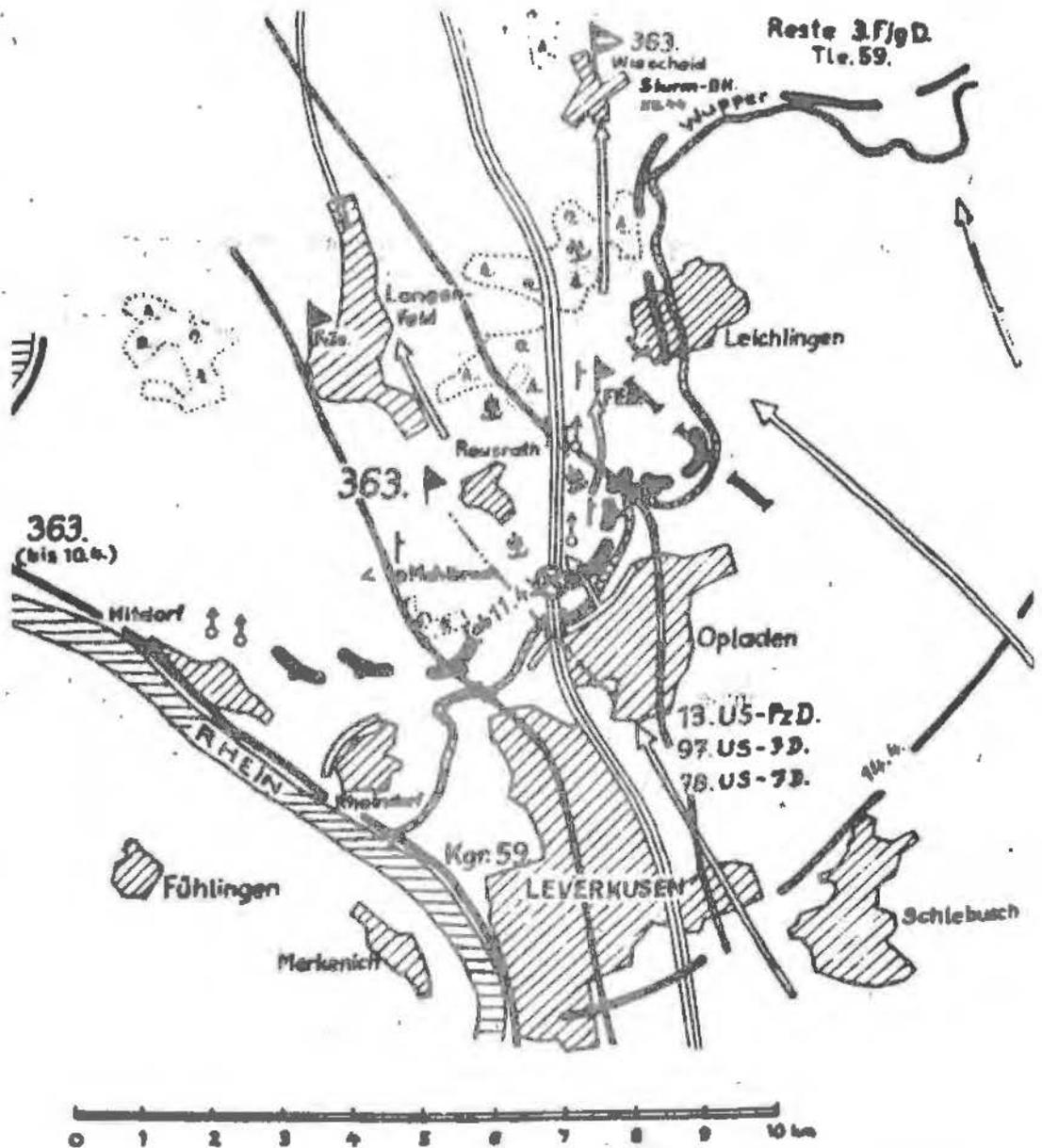
F. R.



**Der Zusammenbruch:
Lage am 24.3.1945 mit Vormarschrichtungen
der alliierten Truppen von West und Ost**



Kriegssituation am 1. April 1945. Die gestrichelte Linie südlich von Düsseldorf bezeichnet die Rheinüberquerungen der US-Armee am 6. und 16. 4. 1945.



So stellte sich der „Frontverlauf“ am 14. April in Langenfeld dar; zwei Tage später marschierte die 1. US-Armee kampflos ein.

Mitteilung des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe B,
Generalfeldmarschall Walter Model,
an den General der Wehrmacht-Ordnungstruppen der Heeresgruppe B
über Todesurteile an den für die Verteidigung
der Rheinbrücke bei Remagen verantwortlichen Offizieren

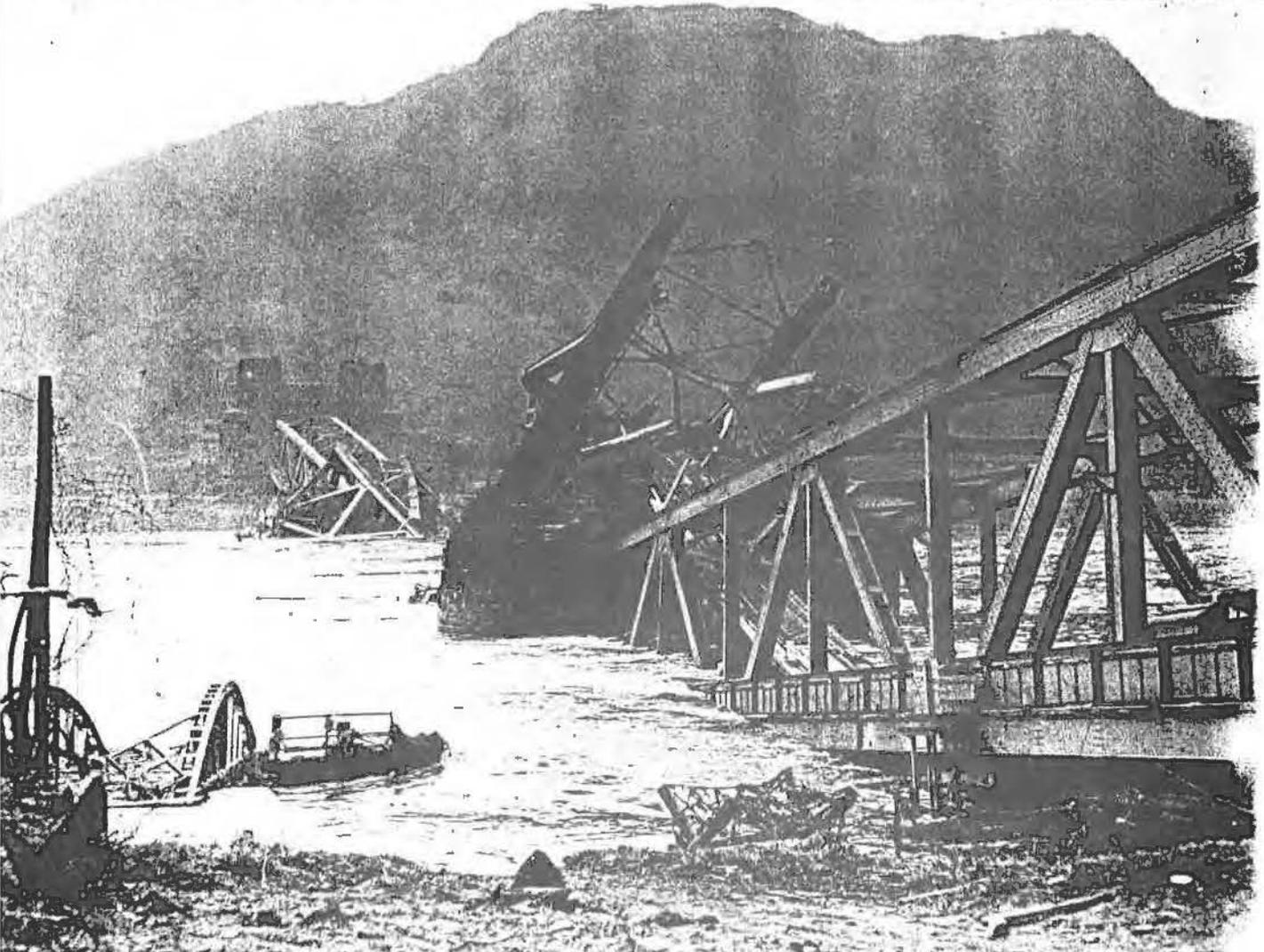
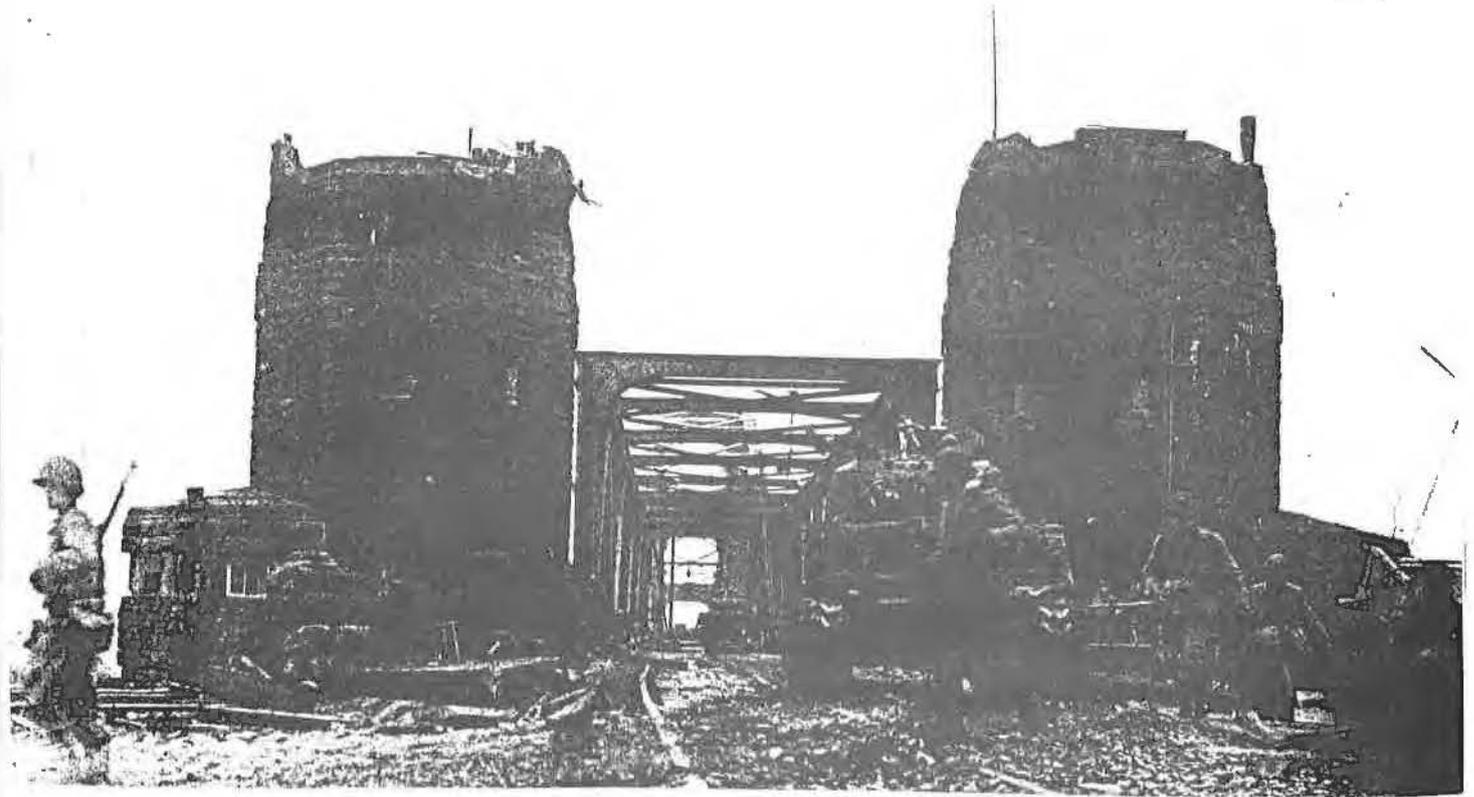
16. März 1945

Das vom Führer eingesetzte fliegende Standgericht West hat folgende Urteile gefällt:

1. Der Kampfkommandant von Remagen, Major Scheller, wurde wegen Ungehorsams gegen den Befehl, den Brückenkopf Remagen zu verteidigen, sowie grober Dienstpflichtverletzung im Felde zum Tode und zum Verlust der Wehrwürdigkeit verurteilt.
2. Der für den Abschnitt der Rheinbrücke Remagen verantwortliche Major Strobel, Kommandeur eines Pi. Rgts. Stabes, wurde wegen besonders schwerer Dienstpflichtverletzung im Felde zum Tode und zum Verlust der Wehrwürdigkeit verurteilt.
3. Der für die auf der Rheinbrücke Remagen eingesetzte Pi. Komp. verantwortliche Major Kraft, Kdr. eines Ls. Pi. Batl., wurde wegen schwerer Dienstpflichtverletzung im Felde zum Tode und zum Verlust der Wehrwürdigkeit verurteilt.
4. Der in Remagen eingesetzte Hptm. Brathke wurde wegen eines besonders schweren Falles der Dienstpflichtverletzung im Felde in Abwesenheit zum Tode und zum Verlust der Wehrwürdigkeit verurteilt.
5. Der zur Flaksicherung der Brücke Remagen eingesetzte Oberltn. Peters wurde wegen grober Dienstpflichtverletzung im Felde und Feigheit vor dem Feinde zum Tode und zum Verlust der Wehrwürdigkeit verurteilt.

Sämtliche Urteile sind bestätigt und bereits vollstreckt. Mündliche Bekanntgabe an alle Offiziere, Beamte, Uffz. und Mannschaften hat sofort zu erfolgen.

MA, H 10.11.04./62, Bl. 5.



Am 17. März stürzte die beschädigte Ludendorff-Eisenbahnbrücke ohne erkennbaren Grund in den Rhein. Bombardierungen, Artilleriefuer, die mißglückten Sprengungen und V 2 Waffenbeschuß hatten den Einsturz vorbereitet. Am 12. März hatte die ›SS Werfer Abteilung 500‹ aus dem Waldstück ›Eelerberg‹ bei Hellendoorn in Holland, 30 km nordöstlich von Deventer, 12 V 2-Raketen im taktischen Einsatz gegen die Brücke gestartet.

Räumungsbefehl!

An die Zivilbevölkerung!

Aus militärischen Gründen müssen sofort folgende Gebiete total geräumt werden: Die Städte Düsseldorf, Ratingen, Hilden, Opladen, Leverkusen, Leichlingen, Bergisch-Neukirchen und Hiltorf und die Gemeinden Angermund, Wittlaer, Lintorf, Eggerscheidt, Hubbelrath, Schwarzbach, Erkrath, Baumberg, Monheim und Langenfeld.

Die Weiterleitung nach Osten in Innerdeutsche Gauen erfolgt in Trecks unter Führung der Partei und der Behörden. Die Wehrmacht, für die die Räumung durchgeführt wird, wird größtmögliche Hilfe leisten. Die näheren Anweisungen erfolgen durch die zuständigen Parteistellen.

Am 29. März 1943.

Florian,

Gauleiter und Reichverteidigungskommissar.

Aufruf!

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen!

Der unter jüdischer Führung gegen uns erbarmungslos kämpfende Feind lügt in Wort und Schrift so, wie er stets gelogen hat. Seine Aufforderungen, auf ihn zu warten und ihm zu vertrauen, sind der Speck in der Mausefalle. Die Absichten des Feindes, d. h. der Engländer und US-Amerikaner sind der Hungertod, wie er ihn in Indien an den Indern, in Afrika an den Buren und in Amerika an den Indianern seit Jahrhunderten übt. Diese Absichten führt er bereits an deutschen Menschen in den von ihm besetzten Gebieten rücksichtslos durch. Die Deutschen sollen ohne Eigenleben als Sklaven verrecken. Dieser anglo-amerikanische Hungertod ist genau so grauenvoll wie der rote bolschewistische.

Wer dem Feind glaubt, ist ein Feigling und Verräter an seinem Volk und an sich selbst. Er hat sein Leben für alle Zeit verwirkt.

Alle aus militärischen Gründen notwendigen Räumungsmaßnahmen sind daher gewissenhaft zu befolgen. Wer

sich widersetzt, ist ein Verräter und wird als solcher behandelt.

Diese klare Entscheidung mit Ihren Forderungen ist durch die Tatsache begründet, daß der Führer auf den Augenblick wartet, wo er die gesamten Kräfte des deutschen Widerstandswillens zur Herbeiführung der von uns erwarteten Wendung in diesem schweren Schicksalsringen einsetzen kann. Das Wann liegt allein in seiner Hand.

~~Volksgenossen und Volksgenossinnen!~~

Dem Feinde darf nichts in die Hand fallen, was er zur Vernichtung des Volkes verwenden kann, weder Mensch noch Material. Jeder hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die notwendig werdenden Maßnahmen konsequent durchgeführt werden. Wir glauben trotz allem an Deutschlands Unvergänglichkeit!

Es lebe der Führer!

Es lebe unsere deutsche Volksgemeinschaft!

Es lebe unsere heilige Heimat!

Florian,

Gauleiter und Reichverteidigungskommissar.

Ein historisch wertvolles Dokument zur Geschichte unserer Heimat: Dieser Aufruf zur Räumung sollte heute vor zehn Jahren erscheinen. In letzter Minute wurde er zurückgezogen, da es unmöglich war, 300 000 Menschen, darunter 250 000 Düsseldorfer, zu evakuieren. Dieser Räumungsbefehl hat sich nur noch als Abzug erhalten.

RHEINISCHE LANDESZEITUNG

HAUPTGESCHAFTSSTELLE: DÜSSELDORF, MARTIN LUTHER-PLATZ 23-27, AUF 10213.
NACH 17 UHR NUR: HAUPTSCHRIFTLEITUNG 21746, LOKALSCHRIFTLEITUNG 15705.
POSTNER 11334, VERSENDABT. 10331. HERAUSGEBER: VOLKISCHER VERLAG.



BEZUGSPREIS: BEI WÖCHENTLICH SECHSMALIGEM ERSCHEINEN 2,10 RM. EINSCHL.
15 RPF TRÄGERLOHN. BEI POSTSTELLUNG 2,40 RM. EINSCHL. 18 RPF. POST-
ZEITUNGSGELDER UND 4 RPF. ZULAGEGELD. POSTUMSANDORT: DÜSSELDORF.

16. JAHR/NR. 66 (EINZELPREIS 10 PF.)

DURCH NATIONALSOZIALISMUS

ZU FREIHEIT UND BROT

3. APRIL 1945

1945 April 3 (Dienstag) (D) Berlin. Kampf bis zum Letzten. Der Leiter der Parteikanzlei Reichsleiter Bormann gibt folgende Anordnung bekannt: "Nationalsozialisten! Parteigenossen! Nach dem Zusammenbruch von 1918 verschrieben wir uns mit Leib und Leben dem Kampfe um die Daseinsberechtigung unseres Volkes.

Jetzt ist die höchste Stunde der Bewährung gekommen: die Gefahr erneuter Versklavung, vor der unser Volk steht, erfordert unseren letzten und höchsten Einsatz. Von jetzt ab gilt: Der Kampf gegen den ins Reich eingedrungenen Gegner ist überall mit aller Unnachgiebigkeit und Unerbittlichkeit zu führen.

Gauleiter und Kreisleiter, sonstige Politische Leiter und Gliederungsführer kämpfen in ihrem Gau und Kreis, siegen oder fallen.

Ein Hundsfott, wer seinen vom Feind angegriffenen Gau ohne ausdrücklichen Befehl des Führers verläßt, wer nicht bis zum letzten Atemzug kämpft; er wird als Fahnenflüchtiger geächtet und behandelt.

Reißt hoch die Herzen und überwindet alle Schwächen! Jetzt gilt nur noch eine Parole: siegen oder fallen! Es lebe Deutschland! Es lebe Adolf Hitler!

Qu.: RLZ vom 3.4.1945

RHEINISCHE LANDESZEITUNG

HAUPTGESCHÄFTSSTELLE: DÜSSELDORF, MARTIN-LUTHER-PLATZ 33 37. BÜRO: 10113
 NACHR. 17 UND NUR: HAUPTSCHRIFFLEITUNG 10118, LOKALSCHRIFFLEITUNG 13195
 SPORTEILER 11316, VERANSTÄNDL. 10182, HERAUSGEBER: VOLKISCHES VERLAG.



BEZUGSPREIS: BEI WÖCHENTLICH SCHNELLEREM ERSCHEINEN 110 RM, EINSCHL.
 35 RM FRACHTGELDEN. BEI POSTZUSTELLUNG 240 RM, EINSCHL. 10 RM POST-
 ZULAGEGEBÜHREN UND 10 RM ZL-STELLEGEDE. POSTVERBANDORT: DÜSSELDORF.

16. JAHR/NR. 86 (EINZELPREIS 10 RM)

DURCH NATIONALSOZIALISMUS

ZU FREIHEIT UND BROT

FREITAG 14. APRIL 1945

1945 April 13 (Freitag) (D) Führerhauptquartier. Bis zum Äußersten.

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt ferner bekannt:

Städte liegen an wichtigen Verkehrsknotenpunkten. Sie müssen daher bis zum Äußersten verteidigt und gehalten werden, ohne jede Rücksicht auf Versprechungen oder Drohungen, die durch Parlamentäre oder feindliche Rundfunksendungen überbracht werden.

Für die Befolgung dieses Befehls sind die in jeder Stadt ernannten Kampfkommandanten persönlich verantwortlich. Handeln sie dieser soldatischen Pflicht und Aufgabe zuwider, so werden sie, wie alle zivilen Amtspersonen, die den Kampfkommandanten von dieser Pflicht abspenstig zu machen versuchen oder gar ihn bei der Erfüllung seiner Aufgabe behindern, zum Tode verurteilt.

Ausnahmen von der Verteidigung von Städten bestimmt ausschließlich das Oberkommando der Wehrmacht.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, gez. Keitel.

Der Reichsführer SS, gez. Himmler.

Der Leiter der Parteikanzlei, gez. Bormann.

Qu.: RLZ vom 13.4.1945

1945 April 13 (Freitag) (D) Berlin. Erlaß des Reichsführers SS.

Jede Stadt und jedes Dorf werden mit allen Mitteln verteidigt.

Reichsführer SS Heinrich Himmler hat folgenden Befehl erlassen:

Der Feind versucht durch Irreführung, deutsche Orte zur Übergabe zu veranlassen. Durch vorgeprellte Panzerspähwagen unternimmt er es, die Bevölkerung mit der Drohung einzuschüchtern, daß im Falle der Nichtübergabe der Ort durch angeblich aufgefahrene Panzer oder Artillerie zusammengeschossen würde. Auch diese Kriegslist des Feindes verfehlt ihr Ziel. Keine deutsche Stadt wird zur offenen Stadt erklärt. Jedes Dorf und jede Stadt werden mit allen Mitteln verteidigt und gehalten. Jeder für die Verteidigung eines Ortes verantwortliche Mann, der gegen diese selbstverständliche nationale Pflicht verstößt, verliert Ehre und Leben.

Qu.: RLZ vom 13.4.1945

1945 April 16 (Montag) (D) Tagesbericht der 363. Volksgrenadier-Division. Am 8.4.45 wurden, als die Division aus dem Raum Olpe-Waldbröl/Sieg an die Rheinfront nach Hitdorf verlegt werden sollte, Hauptmann Rose, Leutnant Schmidt und Leutnant Haas mit den Resten des Grenadier-Regiments 959 mit LKWs nach Hilden in die Flak-Kaserne gebracht, um dort als Feldersatzbataillon neu aufgestellt zu werden.

Am Spätnachmittag des 15.4. besuchten der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, Generalfeldmarschall Model und der Oberbefehlshaber der 5. Panzer-Armee den Gefechtsstand des XII. SS-Panzer-Korps in Haan, wobei Model auch für den nächsten Tag den Befehl zu weiterem Widerstand gab. Der Divisions-Kommandeur, General Weber, bot Kaffee und Zigaretten an, was von den Herren dankbar angenommen wurde.

Noch am Abend des 15.4. erhielt das Feld-Ersatz-Bataillon 363 zu Hilden den Befehl, zur Verstärkung der Division sich bei dieser einzufinden. Im Dreieck Hilden-Ohligs-Haan löste sich die 363. Volksgrenadier-Division mit Resten der 3. Feldjäger-Division, der 59. und der 353. Infanterie-Division auf, bzw. geriet in Gefangenschaft.

Qu.: Kriegstagebuch der 363. Infanterie-Division der Deutschen Wehrmacht.

1945 April 16 (Montag) (D) Tagesbericht der 97. US-Inf.-Div.

"Alle drei Regimenter der Division überquerten die Wupper. Zu dieser Zeit war der Feindwiderstand weitgehend unorganisiert geworden und große Gefangenennmassen wurden täglich in allen Gebieten eingebracht.

Das Regiment 386 erreichte die Vororte von Solingen, Regiment 387 griff 3-4 km nördlich der Wupper an, während das 303. Regiment Hilden durchquerte. In Hilden griff das 2. Bataillon durch das 1. Bataillon hindurch an und besetzte Benrath. Die Divisionsartillerie verfeuerte an diesem Tag 2768 Schuß in diesem Bereich.

Qu.: Kriegstagebuch der 97th US-Inf.Div. "Trident" (= Dreizack-Division), deren Soldaten aus den US-Staaten Maine, Vermont und New Hampshire stammten.

1945 April 17 (Dienstag) (R). Lagebuch 17.4.1945. Heeresgr.B:
Der Endkampf hat begonnen. Von der 15. Armee liegen keine Meldungen mehr vor. Der OB der Heeresgruppe meldet 2 tiefe Einbrüche. Einzelne Teile sind bereits überrollt. Waffen und Munition fehlen. Gehalten wird noch die Ecke um Düsseldorf. Der Stab des OB dient als Eingreifreserve. Die Aufforderung zur Übergabe wurde abgelehnt. Die Funkverbindung funktioniert noch.

Qu.: Kriegstagebuch des OKW - Percy E. Schramm - Bernard u. Graefe Verlag, München, 1982.

1945 April 18 (Mittwoch) (R) Lagebuch 18.4.45. Der geschlossene Widerstand der Heeresgr. B ist am 17.4. zu Ende gegangen. Kleinere Gruppen kämpfen noch weiter.

Der Ob., Gen.-Feldm. Walter Model, machte am 21.4. bei Duisburg seinem Leben ein Ende.

Qu.: Kriegstagebuch des OKW - Percy E. Schramm - Bernard u. Graefe Verlag, München, 1982.

AUSGABE D

RHEINISCHE LANDESZEITUNG

HAUPTSCHAFFSTELLE: DÜSSELDORF, MARTIN-LÜTHER-PLATZ 33/37. BÜRO 10213.
NACH 17 UHR NUR: HAUPTSCHRIFTLEITUNG 23746, LOKALSCHRIFTLEITUNG 15745
SPORTNEK 11324, VERANST. 10015. HERAUSGEBER: VOLKSCHE VERLAG.



ABZUGSPREIS: BEI WÖCHENTLICH REGELMÄßIGEM ERSCHEINEN 2,10 RM. EINSCHL. 25 RPF. TRACHPLOIN. BEI POSTZUSTELLUNG 2,45 RM. EINSCHL. 10 RPF. POSTZEITUNGSGEBÜHR UND 30 RPF. ZUGSTELLGELD. POSTVERSENDORT: DÜSSELDORF.

16. JAHR/NR. 86 (EINZELPREIS 10 RPF.)

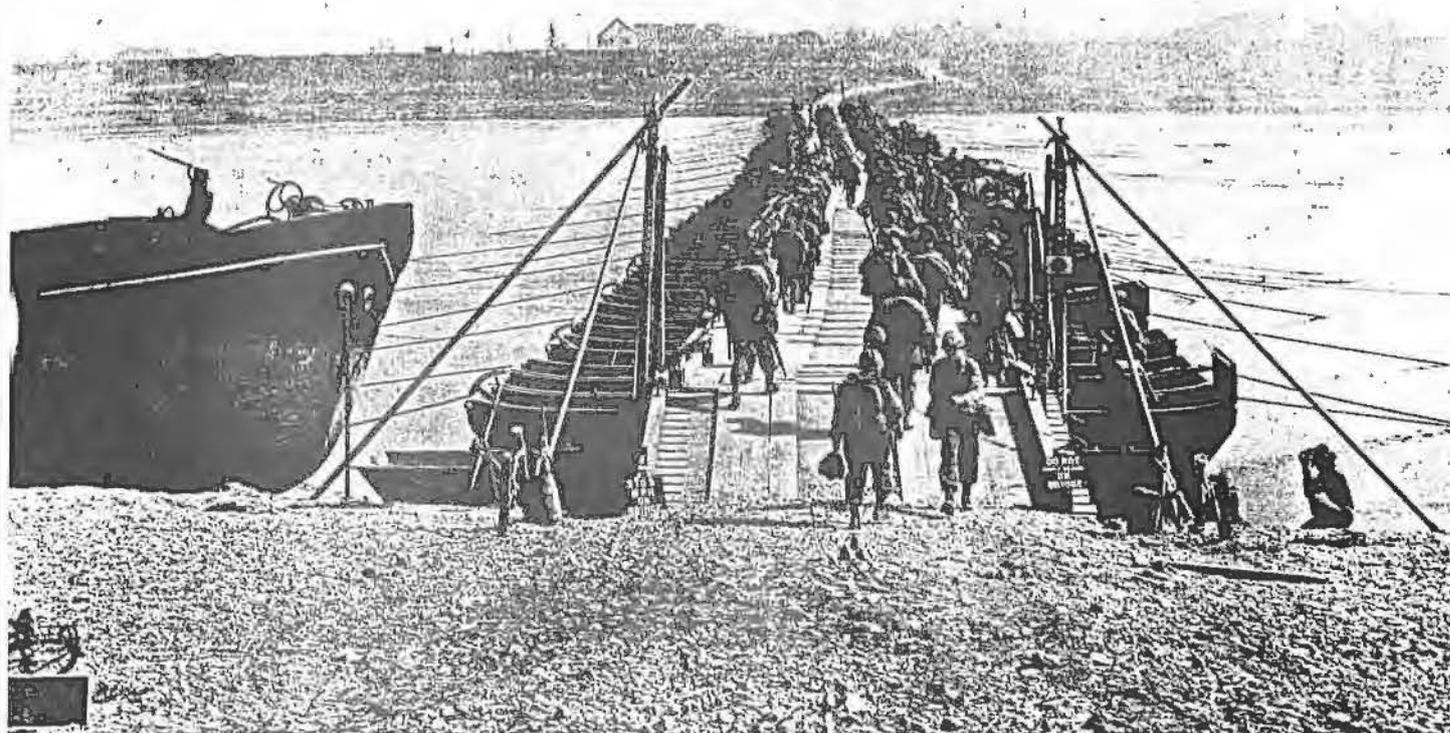
DURCH NATIONALSOZIALISMUS

ZU FREIHEIT UND BROT

18. APRIL 1945

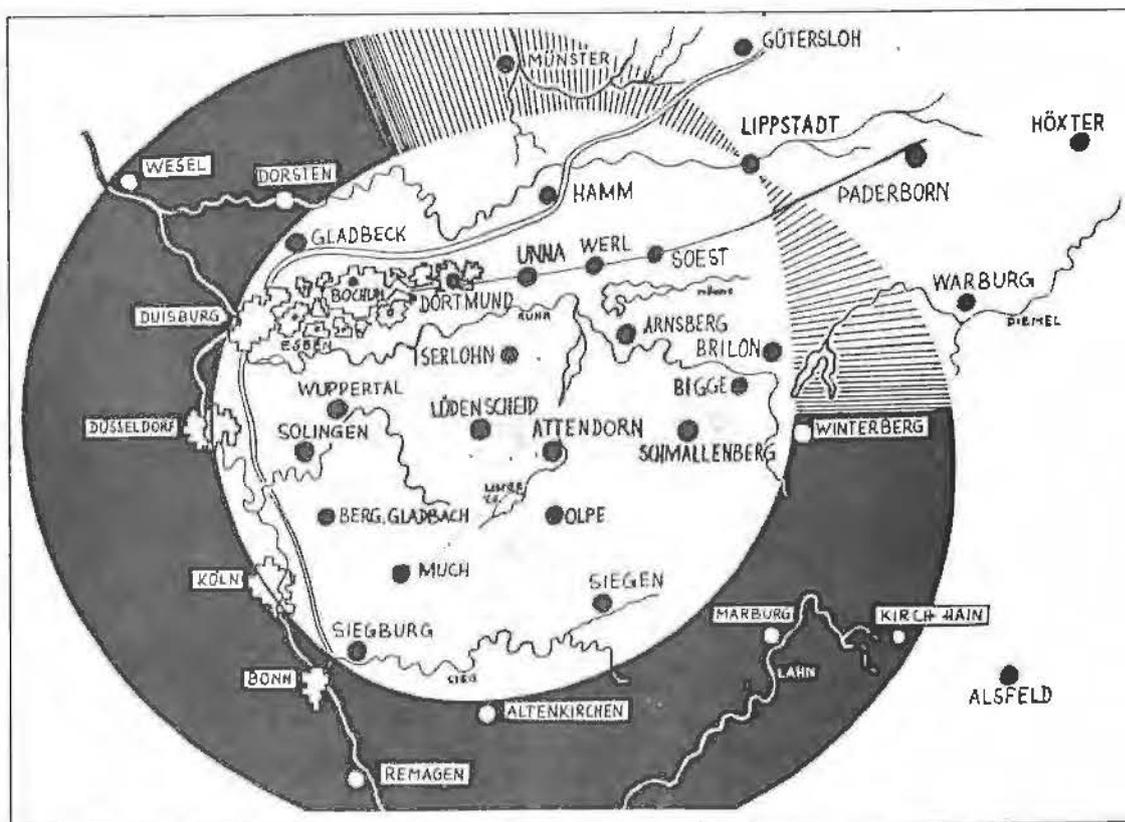
1945 März 28 (Mittwoch) (R) Führerhauptquartier. Übersetzversuche über den Rhein bei Düsseldorf im Abwehrfeuer gescheitert. Harter deutscher Widerstand am Niederrhein / Offenbach nach hartem Kampf verloren / Kämpfe im Südtteil von Frankfurt / Erbitterte Kämpfe an den Stadträndern von Gotenhafen und Danzig.

Qu.: RLZ vom 28.3.1945



Infanterie der 9. US-Armee überquert eine der zahlreichen Kriegsbrücken am Niederrhein.

Am 1. April 1945, am Ostersonntag, schloß sich nach den erfolgreichen Rheinübergängen bei Remagen und Wesel der Ruhrkessel in Lippstadt. Damit war das Ruhrgebiet, das industrielle Herz des Reiches, von Rest-Deutschland abgeschnitten. Im größten Kessel des Kriegsschauplatzes West ging die Heeresgruppe B unter Generalfeldmarschall Model unter. Mehr als 325 000 Soldaten und 100 000 Mann der Heimatflak gerieten in Gefangenschaft, darunter 24 Generäle und ein Admiral.



Nr. 207.

Hitlers Zerstörungsbefehl vom 20. März 1945

Nach: Der Proceß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XLI, S. 430 f.

Der Kampf um die Existenz unseres Volkes zwingt auch innerhalb des Reichsgebietes zur Ausnutzung aller Mittel, die die Kampfkraft unseres Feindes schwächen und sein weiteres Vordringen behindern. Alle Möglichkeiten, der Schlagkraft des Feindes unmittelbar oder mittelbar den nachhaltigsten Schaden zuzuführen, müssen ausgenutzt werden. Es ist ein Irrtum zu glauben, nicht zerstörte oder nur kurzfristig gelähmte Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen bei der Rückgewinnung verlorener Gebiete für eigene Zwecke wieder in Betrieb nehmen zu können. Der Feind wird bei seinem Rückzug uns nur eine verbrannte Erde zurücklassen und jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung fallen lassen.

Ich befehle daher:

1. Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.

2. Verantwortlich für die Durchführung dieser Zerstörung sind die militärischen Kommandobehörden für alle militärischen Objekte einschl. der Verkehrs- und Nachrichtenanlagen; die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare für alle Industrie- und Versorgungsanlagen sowie sonstigen Sachwerte. Den Gauleitern und Reichsverteidigungskommissaren ist bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch die Truppe die notwendige Hilfe zu leisten.

3. Dieser Befehl ist schnellstens allen Truppenführern bekanntzugeben, entgegenstehende Weisungen sind ungültig.

Unterzeichnung der Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte

Urkunde über die militärische Kapitulation

1. Wir Endesunterzeichneten, die wir im Namen des deutschen Oberkommandos handeln, erklären die bedingungslose Kapitulation aller unserer Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie aller übrigen Streitkräfte, die zur Zeit unter deutschem Befehl stehen, vor dem Oberkommando der Roten Armee und gleichzeitig vor dem Oberkommando der Alliierten Expeditionstreitkräfte.

2. Das deutsche Oberkommando erteilt unverzüglich allen deutschen Befehlshabern des Heeres, der Marine und der Luftwaffe und allen von Deutschland beherrschten Streitkräften Befehl, die Kampfhandlungen am 8. Mai 1945 um 23.01 Uhr mitteleuropäischer Zeit einzustellen, in den Stellungen zu verbleiben, in denen sie sich zu dieser Zeit befinden, sich vollständig zu entwaffnen, indem sie alle Waffen und alles Kriegsgut den örtlichen Verbündeten Befehlshabern oder den durch die Vertreter des Verbündeten Oberkommandos bestimmten Offizieren abliefern sowie Schiffe, Boote und Flugzeuge, ihre maschinellen Einrichtungen, Rümpfe und Ausstattungen, ferner Maschinen, Bewaffnung, Apparate und technische Gegenstände, die Kriegszwecken im allgemeinen

dienslich sein können, weder zu vernichten noch zu beschädigen.

3. Das deutsche Oberkommando bestimmt unverzüglich die entsprechenden Kommandeure und stellt die Durchführung aller weiteren vom Oberkommando der Roten Armee und dem Oberkommando der Alliierten Expeditionstreitkräfte herausgegebenen Befehle sicher.

4. Diese Urkunde steht der Ersetzung durch ein anderes Generaldokument über die Kapitulation nicht im Wege, das von der Vereinten Nationen oder in deren Namen bezüglich Deutschlands und seiner Streitkräfte im ganzen abgeschlossen wird.

5. Sollten das deutsche Oberkommando oder irgendwelche Streitkräfte, die unter seinem Befehl stehen, nicht gemäß dieser Kapitulationsurkunde handeln, so werden das Oberkommando der Roten Armee ebenso wie das Oberkommando der Alliierten Expeditionstreitkräfte diejenigen Strafmaßnahmen ergreifen oder andere Handlungen durchführen, die sie für notwendig erachten.

6. Diese Urkunde ist in russischer, englischer und deutscher Sprache ausgefertigt. Nur der russische und der englische Text sind authentisch.

Unterzeichnet am 8. Mai 1945 in Berlin.

Im Namen des deutschen Oberkommandos:

KEITEL, FRIEDBURG, STUMPF

Es waren anwesend:

Im Auftrag des Oberkommandos
der Roten Armee
Marschall der Sowjetunion
G. SHUKOW

Im Auftrag des Obersten Befehlshabers
der Expeditionstreitkräfte der Alliierten
Hauptmarschall der Luftstreitkräfte
TEDDER

Bei der Unterzeichnung waren als Zeugen anwesend:

Der Befehlshaber der strategischen
Luftstreitkräfte der U. S. A.
General SPAATZ

Der Oberbefehlshaber
der französischen Armee
General DELATRE DE TASSIGNY

Nr. 105 — Dienstag, 7. Mai 1945

Rheinische Post

LANGENFELD · MONHEIM

Drei Tage vor der Besetzung Langenfelds

Der Massenmord am Wenzelnberg

Von unserem Mitarbeiter Christoph Schotten

Langenfeld — Am 7. März 1945 war es amerikanischen Truppen überraschend gelungen, bei Remagen den Rhein zu überqueren und auf dem östlichen Ufer einen Brückenkopf zu bilden. Die zunächst schwachen Kräfte wurden ununterbrochen verstärkt, der Brückenkopf erweitert. Bad Honnef und die Höhen des Siebengebirges gerieten unter amerikanische Kontrolle. Versuche von deutscher Seite, die gegnerischen Streitkräfte zurückzudrängen, scheiterten. Doch erst zwei Wochen nachdem sie den Strom überschritten hatten, nahmen die alliierten Soldaten am 22./23. März den Vormarsch wieder auf. Die 1. US-Armee stieß in östlicher Richtung

In den Abendstunden des 9. April traf der Stab der 363. Volksgrenadier-Division unter Generalmajor Weber in Langenfeld ein und bezog Quartier. Auf mehrere Häuser verteilt, wurde der Gefechtsstand der Division in Wiescheid untergebracht. In der Nähe der Bahnlinie Köln-Düsseldorf errichtete das 363. Füsilier-Bataillon seinen Gefechtsstand. Zu diesem Zeitpunkt bestand die Division, die südlich Langenfelds in Abwehrstellung ging, lediglich aus zwei schwachen Infanterie-Bataillonen, einer Artillerie-Abteilung sowie einigen Pionieren und Panzerjägern.

Zwei Tage nachdem die deutsche Einheit ihren neuen Einsatz erreicht hatte, erhielt sie am 11. April den Befehl: „Sofortiger Aufbau einer Flankenschutzstellung zum Schutz der Südflanke der Division entlang

vor, traf am 1. April bei Lippstadt auf von Norden anrückende alliierte Truppen und schloß damit den „Ruhrkessel“, in dem sich etwa 300 000 deutsche Soldaten befanden. Zur gleichen Zeit begannen amerikanische Einheiten von Süden her in den Köln-Düsseldorfer Raum und das Bergische Land vorzudringen. Acht Tage später war die Front von Reusrath und Gieslenberg nicht einmal mehr 60 Kilometer entfernt. Der Zeitpunkt, an dem Gemeinde selbst zur Front werden würde, war abzusehen: Am 8. April 1945 bekam die 363. Volksgrenadier-Division den Befehl zur Verteidigung des Langenfelder Raumes.

der Wupper, von deren Mündung in den Rhein bis in die Höhe der zweiten Stellung bei Beßelnkirchen, mit Schwerpunkt zwischen Rhein und Opladen. Hierzu weitere rücksichtslose Schwächung der Rheinfront, vor allem sämtlicher Panzer-Abwehrwaffen.“

Große Hoffnungen auf eine erfolgreiche Verteidigung machte sich zu diesem Zeitpunkt allerdings niemand mehr. An zahllosen Brücken waren Sprengladungen angebracht worden, so auch an den Pfeilern der damaligen Autobahnbrücke der heutigen A 3, die an Langenfeld vorbei nach Frankfurt führt. Die Sprengungen sollten den Vormarsch der amerikanischen Truppen verzögern. Doch mehr und mehr setzte sich die Erkenntnis der Sinnlosigkeit dieser Zerstörungen in letzter Minute durch. Auf

dem Divisionsgefechtsstand Webers erschienen Solinger Bürger und baten darum, von der ebenfalls zur Sprengung vorgesehenen Müngstener Brücke abzusehen – ein Besuch, der immerhin bewirkte, daß der Generalmajor mit Anordnung vom 14. April solche Brücken von einer Zerstörung ausnahm, über die wichtige Verbindungen und Versorgungslinien zwischen den Städten verliefen.

Zivilisten waren ahnungslos

Von alledem erfuhr die Zivilbevölkerung Langenfelds nur wenig. Trotz stetig näher-rückender Front, trotz Tieffliegerangriffen und Artilleriebeschuß versuchten die Langenfelder ihrem „gewohnten“ Tagesablauf nachzugehen. Man ging weiterhin zur Arbeit und erledigte die notwendigen Einkäufe. Der Gedanke an die ungewisse Zukunft wurde dabei soweit wie möglich verdrängt. Denn, so formulierte es eine Langenfelderin, an den nationalsozialistischen Alltag und den Krieg hatte man sich „gewöhnt“. Man wußte, womit man zu rechnen hatte. Was jedoch nach diesem Krieg und den Nationalsozialisten kommen würde, war unbekannt.

Weitgehend unbekannt war auch zunächst die Erschießung von 71 Männern am Fuß des Wenzelberges in einer Sand-schlucht bei Wiescheid, drei Tage vor dem Einmarsch von US-Einheiten in Langenfeld. Und erst „geraume Zeit“ nachdem amerikanische Truppen die Gemeinde besetzt hatten, wurde das Ausmaß des Verbrechens vom 13. April bekannt. In der Geschichte der 94. US-Infanterie-Division aus dem Jahre 1949, jener Einheit, die nach dem 25. April als Besatzung in Langenfeld stationiert war, heißt es dazu:

„Einige Zeit nachdem das 390. Feld-Artillerie-Bataillon in den ihm zugewiesenen Raum (Anm.: gemeint war Langenfeld) eingerückt war, vernahm man Gerüchte von einem erst kürzlich entstandenen Massengrab. Nachforschungen wurden angestellt, und schließlich fand man das Grab in einer Sandgrube neben einer einsamen Straße in der Nähe der Stadt Ohligs. Die Grube war umgeben von Kiefernbuschwerk, und einiges deutete darauf hin, daß dieser Platz als Munitionslager in der Vergangenheit benutzt worden war. Nach einer Untersuchung

Tote mit Sand bedeckt

stieß man schnell auf Körper, da diese nur durch eine lockere Sandschicht bedeckt waren.“ Die Exhumierung der Toten wurde angeordnet, und am 30. April war das Ausmaß des Verbrechens für alle sichtbar.

Was genau sich an jenem 13. April am Wenzelberg abgespielt hatte und wie es zu dem Mord an 71 Männern gekommen war, wurde erst viele Jahre später bekannt. Ob am Anfang ein Befehl des Oberbefehlshabers der eingeschlossenen Heeresgruppe B, Generalfeldmarschalls Walter Model, stand, ist nicht eindeutig. Darin hatte es geheißen: „... daß die Zuchthausinsassen, in den viel innerhalb der vom Feind eingeschlossenen Gebiete befindlichen Strafanstalten einsitzen, den Organen der Sicherheitspolizei zur

sicherheitspolitischen Überprüfung zu übergeben sind... Die nähere Regelung trifft der Höhere SS- oder Polizeiführer.“ Der für diese „nähere Regelung“ zuständige Höhere SS- und Polizeiführer West, Karl Guttenberger, erklärte später, von einem solchen Befehl Models nichts gewußt zu haben.

Am Ergebnis ändert sich dadurch nichts, denn seit dem 10. April begannen SS und Gestapo (Geheime Staatspolizei) mit ihrer „sicherheitspolitischen Überprüfung“, die offensichtlich am 13. April beendet war. An diesem Tag kamen in aller Frühe aus Richtung Wuppertal zwei geschlossene Lastkraftwagen, die von Polizeifahrzeugen begleitet wurden. Sie hielten zunächst in Ohligs. Solinger Gestapoleute stiegen zu, und die Fahrt ging weiter.

In Wiescheid bogen die Lastwagen von der Hauptstraße ab, überquerten den Sportplatz, fuhren über den Kapeller Weg und hielten schließlich in der Sandschlucht am Wenzelberg. Dort war inzwischen das Gelände von einem größeren Polizeiaufgebot abgeriegelt worden. Die Gefangenen, die aus dem Zuchthaus Lüttringhausen sowie aus Gefängnissen in Wuppertal-Ronsdorf und Bendahl stammten, mußten aussteigen. Zu zweit aneinander gefesselt, wie später berichtet wurde, mußten sie zu einer kurz vorher ausgehobenen Grube gehen. Einige der Gefangenen konnten nicht mehr gehen und mußten von anderen gestützt werden. An der Grube angekommen, mußten sie sich jeweils zu zweit hinknien und wurden durch Genickschüsse getötet.

Anwohner hörten die Schreie

Etwa eine Stunde dauerte die Exekution, wie Anwohner sich später erinnerten, die auch die Schreie der Gefangenen und den Knall der Schüsse gehört hatten. Anschließend wurde die Grube, die zwei Meter breit und ungefähr 30 Metern lang war, zugeschaufelt. Die Front verlief an diesem Tag im Köln-Leverkusener Raum. Langenfelds Besetzung war nur noch eine Frage von Stunden...

Einen Tag später, am 14. April, als amerikanische Truppen bei Leverkusen standen, beauftragte Landrat Dr. von Baumbach den Langenfelder Dr. Krischer für den „Fall der Besetzung“ mit der „Führung der Dienstgeschäfte des Bürgermeisters“. Am selben Tag starben zwei Soldaten der Flakbatterie am Flachenhof durch einen Rohrkrepierer. 24 Stunden später erreichten die vorrückenden amerikanischen Einheiten die Stellungen der 363. Volksgrenadier-Division südlich Langenfelds, während seit neun Uhr Artillerie von der linken Rheinseite und aus dem Leverkusener Raum Langenfeld unter Feuer nahm. An diesem Tag gab es noch einmal zahlreiche Tote und schwere Gebäudeschäden.

Ebenfalls am 15. April besuchte Generalfeldmarschall Walter Model den Gefechtsstand der deutschen Einheit, die nach wie vor in Wiescheid untergebracht war und erteilte letzte Befehle. Gegen Abend löste sich der Langenfelder Volkssturm auf. Am Tag darauf rückte das 303. Regiment der 97. US-Infanterie-Division kampfflos in Langenfeld ein.

Kriegsende in Langenfeld

Zum Jahreswechsel 1944/45 scheiterte der letzte Versuch der deutschen Wehrmacht, das Blatt an der Westfront militärisch noch einmal zu wenden. Die zunächst erfolgreiche »Ardennen-Offensive« war an der gewaltigen Materialüberlegenheit der Alliierten völlig verpufft. Anfang Februar 1945 gingen anglo-amerikanische Streitkräfte in breiter Front zum Angriff über. Im Norden erreichten die englischen Truppen unter General Montgomery nahe der holländischen Grenze den Rhein. In der Nacht zum 23. Februar überquerten sie den Strom bei Wesel und drangen nördlich des Ruhrgebietes weit ins Hinterland vor. Den US-amerikanischen Verbänden im Süden gelang ihrerseits der Vorstoß bis Bonn und durch die Eifel schließlich nach Mainz. Bei Remagen fiel ihnen am 7. März eine Rheinbrücke unzerstört in die Hände.

Bomben und Granaten

Nachdem die US-Army am östlichen Ufer einen Brückenkopf gebildet hatte, setzte sie zwei Wochen später den Vormarsch in Richtung Osten fort und traf in einer weitgefaßten Zangenbewegung am 1. April in Lippstadt auf die von Norden hinzustoßenden britischen Einheiten. Rheinland und Ruhrgebiet waren damit vom restlichen Reichsgebiet abgetrennt: Im sogenannten »Ruhrkessel« saß die Heeresgruppe B unter Generalfeldmarschall Model mit rund 325.000 Soldaten fest. Anfang April begannen die amerikanischen Truppen, das Gebiet von Süden her aufzurollen. Am 9. April standen sie nur noch 60 km von Reusrath entfernt.

Mit dem Näherrücken der Front wuchs das Leid der Zivilbevölkerung auch in Langenfeld. An die Stelle von Luftangriffen war der Beschuß durch feindliche Artillerie getreten. Langenfeld, nun in Reichweite alliierter Geschütze, mußte in der Nacht vom 4. auf den 5. März die ersten acht Todesopfer beklagen. Um dem Granatfeuer zu entgehen, wich die Gemeindeverwaltung aus dem zentralgelegenen Rathaus in die katholische Schule in Richrath aus. Dieser Teil der Stadt genoß als Lazarettsperrgebiet (das Krankenhaus war zum vorgeschobenen

Hauptverbandsplatz geworden) einen gewissen Schutz. Vom 29. März datiert die in der Presse veröffentlichte Aufforderung des Gauleiters Florian an die Zivilbevölkerung, den Raum zwischen Düsseldorf und Köln zu räumen: »Die Weiterleitung (der Bevölkerung) nach Osten in innerdeutsche Gaue wird in Trecks erfolgen«. Diesem widersinnigen Befehl folgten die meisten Bewohner nicht. Eine Flucht war schon wegen der bevorstehenden Einkesselung fast unmöglich.

Das letzte Aufgebot

Indessen bereitete man sich auf den aussichtslosen Kampf vor. Panzersperren wurden ausgelegt, und mit dem Überfluten des Galkhausener Baches hoffte man, einen Angriff von Süden her behindern zu können. Als die US-Truppen immer näherrückten, erhielt die 363. Volksgrenadier-Division den Befehl, den Vormarsch der Amerikaner bei Langenfeld aufzuhalten. Dieses Volkssturmaufgebot rekrutierte sich in der Mehrzahl aus hastig ausgehobenen, mangelhaft bewaffneten alten Männern, Kindern und Jugendlichen. Sie gingen zwischen Reusrath und Opladen entlang des Wupperlaufes in Stellung. Entgegen dem Befehl des SS-Reichsführers Himmler vom 13. April aber wurde Langenfeld nicht »bis zum äußersten verteidigt«, sondern weitgehend kampfflos aufgegeben; dank einer Anordnung des Divisionskommandeurs Generalmajor Weber vom 14. April blieb damit das Straßen- und Verkehrsnetz fast unbeschadet.

Während am 15. April von der linken Rheinseite aus alliierte Artillerie ab 9 Uhr Langenfeld massiv unter Feuer nahm, drangen ihre Panzerspitzen bis Gieslenberg vor. Am selben Tag erschien Generalfeldmarschall Model im Wiescheider Gefechtsstand und erteilte die letzten Befehle. Zum Abend hin löste sich der Volkssturm auf, am 16. April konnte dann das 303. Regiment der 97. US-Infanterie-Division nahezu kampfflos in Langenfeld einrücken, nachdem im Parteibüro der NSDAP alles belastende Material eiligst beseitigt worden war. Im Ausweichquartier der Verwaltung in Richrath bestätigte ein amerikanischer Offizier den durch landrätlichen Auftrag als Bürgermeister eingesetzten Amtmann Dr. Krischer.

Eine Bilanz des Schreckens

Auch die Schergen der Gestapo hatten es eilig, ihr mörderisches Handwerk zu vollenden: Am 13. April, drei Tage vor dem Einrücken der Amerikaner in Langenfeld, wurden in den Sandbergen am Wenzelnberg 71 Häftlinge aus Strafanstalten in Lüttringhausen und Wuppertal standrechtlich erschossen. - Für Langenfeld war der Krieg zu Ende. In der statistischen Bestandsaufnahme faßt der Verwaltungsbericht über Schäden und Verluste zusammen: 50 Wohngebäude wurden schwer beschädigt oder völlig zerstört, 1300 Wohnhäuser hatten mittlere bis leichte Schäden zu verzeichnen. Bomben und Granaten forderten 116 Tote und 100 Verletzte unter der Langenfelder Zivilbevölkerung. Im Abwehrkampf der Monate März und April fielen auf Langenfelder Gemeindegebiet 119 Soldaten. Eines der letzten Opfer im Kampf um Langenfeld war der deutsche Soldat Wachtmeister Josef Hermann Bildstein (Foto des Grabes auf Seite 8), der beim Versuch, einen amerikanischen Panzer zu zerstören, von nachfolgenden Fahrzeugen in Höhe der Ohligser Straße 34 getötet wurde. Insgesamt fanden 486 zum Wehrdienst eingezogene Langenfelder Bürger im Krieg den Tod. *Lutz Pinkert*

